

KURDISTAN REPORT
Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten
DUR
JANDARMA
Nr. 158 November/Dezember 2011 2,50 €

Im Kurdistan Report Nr. 158 November/Dezember 2011 berichten wir über:



Die Repressionswelle gegen kurdische PolitikerInnen reißt nicht ab. Täglich werden im Durchschnitt 9 Personen inhaftiert. Tendenz steigend. Foto: DIHA



Die Bevölkerung in Kurdistan zeigt ihre Verbundenheit mit ihrer Guerilla. So nehmen z. B. bei Beerdigungen von Gefallenen tausende Menschen teil. Foto: DIHA



Eine internationale Delegation versuchte an die Grabstätte von Ronahî/Andrea Wolf und der anderen am 23.10.98 getöteten Guerillas zu gelangen. Foto: Bender

Liebe Leserinnen und Leser,

mit dieser letzten Ausgabe dieses Jahres liegt Ihnen eine sehr umfangreiche Ausgabe vor, in der beide Seiten vorkommen:

Hoffnung – konkreter Aufbau wirklich demokratischer Strukturen bis tief in die Gesellschaft;

Enttäuschung – Enttäuschung darüber, dass es keinen Durchbruch gegeben hat in der Entwicklung eines wirklichen Friedensprozesses, bei dem beide Konfliktparteien an einem Tisch zusammenkommen, um die Probleme auf demokratisch-friedlichem Wege angehen zu können.

Doch wäre es in der heutigen Zeit nicht auch naiv gewesen zu glauben, dass ein Frieden oder zumindest ein Schweigen der Waffen mit einem hochgerüsteten NATO-Staat wie der Türkei, deren Verbündete in der Realität nur die militärische Lösung einbringen können – weil sie selbst auch keine andere Erfahrung mit sich bringen –, durch Dialog erreicht werden könnte? Die Türkei und mit ihr der „demokratische“ Westen, hat nach den Erfolgen der kurdischen Freiheitsbewegung ihr wirkliches Gesicht gezeigt. Ein Frieden mit der kurdischen Freiheitsbewegung, ein Frieden mit selbstbewussten demokratischen Kurden und Kurdinnen ist nicht gewollt, dies sieht ihr Plan nicht vor. Doch was ist ihr Plan? Was haben sie vor? Sammeln sie militärische Niederlagen? Geht es ihnen wirklich nur um Vernichtung? Sind sie nicht ihren Kindergartentagen entwachsen, als man sich noch gegenseitig die Sandburgen zerstörte?

Es sieht so aus. Sonst hätten sie sich wohl längst die Hand zum Frieden gereicht und die Friedenspläne der Kurdinnen und Kurden ernstgenommen und sich an den Tisch gesetzt.

Oder? Sie haben die Friedenspläne ernstgenommen und sehen nicht in dem Krieg ihr Problem, sondern in dem Frieden, in den realistischen Friedensschritten, die Abdullah Öcalan entwickelt hat. Vielleicht lässt sich mit ihrem Krieg mehr Geld verdienen als mit dem gerechten Frieden. Vielleicht können sie mit dem Krieg besser leben als in einer wirklich demokratischen Gesellschaft.

Oder warum nehmen sie tausende Menschen fest und stecken sie in die Gefängnisse: die Bürgermeisterin, den Stadtrat, die Journalistin, den Menschenrechtler, die Vertreterin des Frauenrates, die Politikerin, den aus der Jugendkommission …? Was ist an ihnen so gefährlich? Dass sie von der eigenen Bevölkerung als RepräsentantIn vorgeschlagen und gewählt worden sind. Weil sie sich die Probleme der Bevölkerung in dem Stadtviertel anhören und versuchen, gemeinsam Lösungen zu finden, um den Alltag besser zu gestalten. Weil sie Menschen in eigenen selbstorganisierten Akademien Wissen vermitteln. Weil sie die Menschen wirklich ernstnehmen. Weil sie den Menschen zeigen, dass nur, wenn mensch sich organisiert, sich mit anderen zusammenschließt, überhaupt eine Chance hat, wahrgenommen zu werden.

Das ist es, was die kurdische Gesellschaft gelernt hat, sich organisieren, selbstbewusst, selbstbestimmt, solidarisch. Und das passt nicht in das demokratische Bild, das die NATO-Länder mit Gewalt den Völkern aufbomben wollen. Ihr Bild von Demokratie hat wenig mit der Praxis der Demokratischen Autonomie in Kurdistan gemein.

Mit dieser Ausgabe wecken wir bestimmt das Interesse für eine lebhafte Auseinandersetzung um die Praxis und die Ziele der Demokratischen Autonomie – vielleicht auch über die Grenzen von Kurdistan hinaus.

Mit solidarischen Grüßen
Ihre Redaktion

Eine kurze Lageanalyse

Wussten Sie, dass die AKP die Kurden vertritt?

Songül Karabulut

Der Staat der AKP, der Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung, führt einen umfassenden Krieg gegen das kurdische Volk. Für den Fall, dass Sie mir nicht glauben, hier einige Fakten:

– Seit dem 17. August 2011 führt die Türkei **ununterbrochen grenzüberschreitende Luftangriffe** auf die von der Guerilla kontrollierten Medya-Verteidigungsgebiete in Südkurdistan (Nordirak) durch. Vorbereitungen für eine Bodenoffensive laufen mit voller Geschwindigkeit weiter.

– Seit dem 27. Juli wird der kurdische Volksvertreter Abdullah Öcalan in der Haft einer **verschärften Isolation** ausgesetzt und die seit einigen Jahren mit ihm auf Imralı geführten Gespräche einer Delegation der Türkei sind seitdem eingestellt.

– Eine neue Welle von **Operationen des politischen Genozids** hat begonnen. Allein in den letzten sechs Monaten wurden 4 148 Personen festgenommen, davon kamen 1 548 Menschen in Haft.

– Mit neuen Erlassen wurde erneut das Betreten von Viehweiden verboten. Für den Zeitraum vom 3. Oktober bis zum 3. Januar wurden in vier Provinzen insgesamt 15 Regionen zu **militärischen Sperrzonen** erklärt.

– Es wird an einem Gesetz gearbeitet, nach dem **Kopfgeld** für „Terroristen" ausgeschrieben werden soll. Wer zu ihrer Festnahme beiträgt, soll finanziell belohnt werden.

Ich will die Auflistung dabei belassen und nun versuchen, die Frage nach dem Charakter dieses Krieges zu beantworten. Warum wird er geführt?

Die AKP-Regierung (inzwischen der AKP-Staat) hat sowohl innenpolitische als auch internationale Ambitionen. Innenpolitisch ist die AKP darauf aus, alles kontrollieren zu wollen. Also alleiniger Machtanspruch im Staat. Zum größten Teil ist es ihr auch gelungen. Justiz, Sicherheit, Bildung, Armee, Wirtschaft und nicht zu vergessen die Medien hat sie nacheinander unter ihre Kontrolle gebracht. Alles könnte so schön sein, wären da nicht die Kurden, die nicht mehr kontrolliert werden wollen, die nicht mehr Objekt der historischen Etappen sein wollen, die sich nicht mehr betrügen lassen wollen. Diese „widerspenstigen, rückständigen Banditen" von Kurden glauben im Ernst, dieselben Rechte zu haben wie alle anderen Völker auch. Sie glauben im Ernst, den Türken, Arabern, Persern, Europäern gleichwertig zu sein. Sie glauben daran, einen Staat dazu bewegen zu können, ihre Existenz und ihre Rechte zu akzeptieren. Die sind ja vollkommen „übergeschnappt" und müssen daher des Besseren „belehrt" werden! Sie müssen, koste es, was es wolle, in ihre „Grenzen" verwiesen werden. Es ist ein Alptraum für Vertreter des Staates, wenn eine Gruppe seiner Bürger sich ihm entzieht. Wenn sie sich verweigert. So ungefähr lässt sich die türkische Mentalität beschreiben, so war es früher und ist es heute noch.

Sie finden, ich übertreibe?

Nun gut, wie bitte soll ich – nur als Beispiel – die folgenden Äußerungen und Handlungen bewerten: Die Kurden sagen, wir sind ein Volk (gibt es jemand, der das Gegenteil behauptet?), und wollen als solches offiziell anerkannt werden und von ihren Rechten wie z. B. muttersprachlicher Bildung, Selbstverwaltung, Organisierungsfreiheit etc. Gebrauch machen. Erdoğan aber sagt: Nein, ihr seid Türken mit kurdischen Wurzeln. Ihr dürft Bildung nur in Türkisch genießen und habt kein Recht auf Selbstverwaltung. Alle unabhängigen Organisierungen der Kurden werden als Terrorstruktur diffamiert und zum staatlichen Angriffsziel erklärt. Parteien werden verboten, Bürgermeister und Politiker (auch Abgeordnete) verhaftet, kurdische Medien zensiert oder verboten etc.

Oder die Kurden sagen: Abdullah Öcalan ist mein politischer Vertreter (offiziell haben 3,5 Mio. Kurden eine entsprechende Petition eingereicht), der sich für meine Rechte einsetzt. Erdoğan dagegen: Nein, Öcalan ist Terrorist, wer von ihm mit Respekt spricht, wird abgeurteilt. Die AKP ist eure Vertreterin. Wir haben soundsoviele kurdischstämmige Abgeordnete in unserer Partei. Also vertreten **wir** euch und nicht die PKK (Arbeiterpartei Kurdistan) oder die BDP (Partei für Frieden und Demokratie) oder der DTK (Kongress für eine Demokratische Gesellschaft), wie ihr behauptet. Damit unterstreicht er eigentlich noch einmal, dass er die Kurden als Volk nicht akzeptiert und ihnen folglich auch kein Vertretungsrecht zugesteht.

Die Kurden erklären das Projekt der Demokratischen Autonomie zu ihrem Lebens- und Lösungsmodell. Der Staat sagt: Das ist Separatismus, ihr könnt euch nicht verwalten. Wie könnt ihr mehr Rechte einfordern, als wir euch zu geben bereit sind? Im Namen der Einheit, von Erdoğan immer wieder als „ein Staat, eine Nation, eine Sprache, eine Flagge!" umschrieben, müsst ihr auf eure legitimen Rechte verzichten.

Erdoğan ruft „seine“ moslemischen kurdischen Bürger dazu auf, sich von ihrer eigenen Bewegung (der kurdischen Befreiungsbewegung) zu distanzieren. Es sei ihm ein Rätsel, wie die Kurden eine Organisation wie die PKK unterstützen können, sagt er.

Das sind eindeutige Äußerungen und Annäherungsweisen, die aus der überheblichen bzw. herrschenden Sichtweise resultieren.

Erdoğan versucht mit Krieg die Errungenschaften des kurdischen Volkes rückgängig zu machen, um stellvertretend für die Kurden deren Zukunft zu bestimmen. Um auch in ihrem Namen eine Verfassung zu konstituieren, um sie erneut ohne Gewährleistung ihrer kollektiven Rechte zu entrechten, zu unterdrücken und auszubeuten. Er träumt von einem kurdischen Volk, ihm total unterwürfig und seine Macht ohne Wenn und Aber akzeptierend. Erdoğan wünscht sich Kurden, die die Kolonialisierung verinnerlicht haben, versklavte Kurden.

Demokratische Öffnung oder neokoloniale Politik?

Sein militärisches Vorhaben von drei unterschiedlichen Fronten gegen die Guerilla scheint vorerst gescheitert. Folglich ist der erhoffte militärische Erfolg ausgeblieben. Die türkische Syrienpolitik wie auch das Abkommen über die Stationierung des US-Raketenabwehrsystems in Malatya haben die türkisch-iranischen Widersprüche vertieft. Der Iran hat den Waffenstillstand der in Ostkurdistan/Iran agierenden Partei für ein freies Leben in Kurdistan (PJAK) positiv beantwortet. Die hochgepriesene Politik des führenden AKP-Strategen und Außenministers Ahmet Davutoğlu („null Probleme mit den Nachbarn“) ist gescheitert. Auch die südkurdischen Parteien oder die Regionalregierung haben sich nicht aktiv an einer Militäroperation an der Seite der Türkei beteiligt. Vor diesem Hintergrund ist es eine offene Frage, ob die Türkei trotz dieser schlechten Voraussetzungen tatsächlich eine Bodenoffensive durchführen wird. Zwar wurde das parlamentarische Mandat für grenzüberschreitende Operationen in den Irak (Südkurdistan) gegen die Stimmen der Abgeordneten des „Blocks für Arbeit, Demokratie und Freiheit“ vorerst um ein weiteres Jahr verlängert. Doch es dient als Trumpfkarte. Wenn sich die Gelegenheit bieten sollte, wird die Türkei davon Gebrauch machen wollen.

Das Ausbleiben des militärischen Erfolgs soll nun mit politischen Operationen korrigiert werden. Seit längerem über die türkischen Medien angekündigt, hat mit aller Härte eine neue Welle von sogenannten „KCK-Operationen“ [*s. a. Artikel S. 12*] begonnen. Nach Angaben des Rechtsausschusses der BDP vom 6. Oktober sind seit dem 14. April 2009 (Datum des Beginns der KCK-Operationen) bis heute 7 748 Menschen fest-, davon 3 895 in Haft genommen worden. Allein in den letzten sechs Monaten beläuft sich die Zahl der Festgenommenen auf 4 148, die der Verhafteten auf 1 548.

Erdoğan hatte zuvor den Kreis der von den politischen Operationen potentiell Betroffenen erweitert, indem er die BDP-Wähler mit den Worten bedrohte: „Sie werden Rechenschaft ablegen müssen!“ Neben BDPlern mit offiziellem Mandat wie Bürgermeistern und Abgeordneten sind Parteivertreter, -angestellte, -mitglieder und nun auch Parteiwähler Angriffsziele



Massenfestnahmen von politischen AktivistInnen, gewählten PolitikerInnen etc. gehören in der Türkei mittlerweile zum Alltag. Annähernd 8 000 Personen wurden seit April 2009 festgenommen, fast 4 000 von ihnen befinden sich in Haft. Foto: DIHA

dieser Operationen. Die AKP-Regierung lässt nicht mehr per Verfassungsgerichtsurteil eine Partei schließen, sondern räumt ab.

Es ist auch kein Zufall, dass diese neue Verhaftungswelle genau zu dem Zeitpunkt einsetzte, als die Abgeordneten des „Blocks für Arbeit, Demokratie und Freiheit" am 1. Oktober ihren Parlamentsboykott beendet hatten und in die türkische Nationalversammlung zurückgekehrt waren.

Es hat sich herausgestellt, dass die AKP mit ihrer sogenannten „demokratischen Öffnung" nicht die politische Lösung der kurdischen Frage, sondern lediglich die Entwaffnung der kurdischen Befreiungsbewegung ohne weitere Lösungsperspektive anstrebt. Die Gespräche zwischen Vertretern einer Delegation des türkischen Staates und dem kurdischen Volksvertreter Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel Imralı sowie Gespräche mit hochrangigen Vertretern der kurdischen Befreiungsbewegung sind inzwischen keine Spekulation mehr. Auszüge daraus wurden im Internet veröffentlicht. Erdoğan hat eingeräumt, den Vertreter des Nationalen Geheimdienstes MIT selbst beauftragt zu haben. Die Frage, warum die AKP-Regierung die drei von Öcalan ausgearbeiteten Protokolle ignoriert, wartet dennoch auf Antwort. Wenn die AKP keinen Schritt in Richtung einer Lösung unternimmt, warum dann diese Gespräche? Genau an dieser Frage kann das eigentliche Interesse der AKP aufgedeckt werden. Sie führte die Gespräche, um – ohne Zugeständnisse an die Kurden – die Befreiungsbewegung zu entwaffnen, d. h. zu vernichten. Nachdem Abdullah Öcalan diese Absicht der AKP-Regierung publik gemacht und auf diese hinterhältige Politik reagiert hatte, wurde als Strafe seine Isolationshaft verschärft. Erdoğan glaubt mit dieser Politik das kurdische Volk erpressen und zur Kapitulation zwingen zu können. Hinter dem politischen Genozid steckt dieselbe Absicht. Erdoğan beansprucht für sich das Vertretungsrecht für das kurdische Volk. Daher kann dieser Krieg ohne Weiteres als Kolonialkrieg bezeichnet werden.

Was ist eigentlich so neu an der Kurdenpolitik der AKP-Regierung?

Das Ziel unterscheidet sich nicht von der bisherigen Vernichtungs- und Verleugnungspolitik der Türkei. Die vorherigen Regierungen wollten mit aller Gewalt den Kurden das Türkentum aufzwingen, um sie nicht als eigenständiges Volk anerkennen und ihnen ihre Rechte einräumen zu müssen. Die AKP gesteht zwar ein, dass diese Menschen kurdische Wurzeln haben, aber alle Bestrebungen, die sich daraus ergebenden Rechte in Anspruch zu nehmen, werden als Terrorismus denunziert und zu vernichten versucht.

In beiden Fällen sollte das geschichtliche Bewusstsein der Menschen zerstört werden. Die einen behaupteten, „es gibt kein Volk namens Kurden", während Erdoğan heute alle Errungenschaften des kurdischen Volkes zu vereinnahmen sucht und deren eigentliche Vorkämpfer zu Delinquenten erklärt in der Hoffnung, die Kurden gegen die eigene Bewegung und die eigenen Werte aufzubringen.

In beiden Fällen sollte der Vertretungsanspruch für die Kurden vereinnahmt werden. Was also ist neu an der Politik der AKP? Nur die Art und Weise, wie diese Politik umgesetzt wird, ist subtiler und gefährlicher geworden.

Gefährlicher, weil die AKP sich zum Staat und mit jedem Tag hin zum Größenwahn entwickelt.

Dieser Größenwahn wirkt sich auch auf die Außenpolitik aus. Der AKP-Staat verfolgt in der Region neo-osmanische Ziele. Er wird als Modellstaat für einen gemäßigten Islam vorgeführt und will seine hegemonialen Bestrebungen durchsetzen. Vor diesem Hintergrund ist das von der AKP verkündete außenpolitische Motto „null Probleme mit den Nachbarn" umgeschlagen in eine Drohgebärde. Erdoğan: „Syrien sehen wir als unsere innere Angelegenheit." Sowohl mit Drohungen gegen das syrische Regime als auch mit Unterstützung für dessen Kritiker (selbstverständlich antikurdisch ausgerichtete) versucht die Türkei aktiv in die Entwicklungen zu intervenie-

Polizei beschlagnahmt Pluderhosen

Razzia in Berlin und Verhaftung in Hamburg.

Westerwelle setzt auf »Null-Toleranz-Politik« gegenüber PKK

Von Nick Brauns

Weil er ein traditionelles kurdisches Gewand getragen hat, wurde die Wohnung eines Kurden in Berlin am Donnerstag von der Polizei gestürmt. Als Moderator einer Demonstration gegen Massaker der türkischen Armee an kurdischen Freiheitskämpfern hatte der Co-Vorsitzende des Deutsch-Mesopotamischen Bildungszentrums, Ibrahim A., im Mai in Berlin-Neukölln eine grüne Tracht mit Pluderhosen getragen. Damals hatte ihn der Staatsschutz zum Ausziehen des Gewandes gezwungen. Es handle sich bei der Bauerntracht in Wirklichkeit um eine Guerillauniform der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans PKK, lautete die Begründung.

Dieser Logik folgte nun auch die Berliner Staatsanwaltschaft, die die Razzia angeordnet hatte. Das Folkloregewand wurde beschlagnahmt. »Diese Kleidung ist Teil der kurdischen Kultur. Ich komme aus Mardin. Dort tragen wir alle diese Kleidung zu Festen und besonderen Anlässen«, erklärte Ibrahim A. gegenüber der Nachrichtenagentur Firat. So wird die jetzt in Berlin beschlagnahmte Kleidung auch von Bürgermeistern und Abgeordneten der prokurdischen Partei für Frieden und Demokratie (BDP) in der Türkei getragen, und der Präsident der kurdischen Autonomieregion im Irak, Massoud Barzani,

ren. Auf der anderen Seite billigt sie die Stationierung des US-Raketenabwehrsystems in Malatya für imperiale Machtinteressen und bildet eine Bedrohung für die Region. Der Iran ist über die türkische Syrienpolitik sowie über das Raketenabwehrsystem sehr verärgert. Seine Vertreter äußern sich äußerst aggressiv gegenüber der Türkei. Die Krise mit Israel hält – allerdings nicht in dem Umfang, wie sie hochgepuscht wurde – ebenfalls an. Die neo-osmanischen Bestrebungen des AKP-Staates werden auch außenpolitisch weitere Widersprüche und Spannungen mit sich bringen. Diese Politik produziert Widerstand, polarisiert, vergrößert die Instabilität, schafft Ärger und Spannungen.

Der Ausgang dieses Krieges steht schon heute fest

Wie oft haben wir diesen Film gesehen. Der Wahnsinn besteht doch darin, bereits erprobte Methoden in Erwartung eines anderen Resultats immer wieder anzuwenden.

Diese Politik wird sicherlich nicht das vom AKP-Staat und seinen westlichen Verbündeten USA und EU erwartete Ergebnis einbringen: Die Kurden werden nicht davor einknicken. Sie werden ihre Errungenschaften nicht hergeben. Sie werden ihr Ziel des Friedens in Freiheit nicht aufgeben. Dafür haben sie einen zu hohen Preis bezahlt, sich dabei stark politisiert und organisiert.

Viel wahrscheinlicher ist, dass die Regierung, die diese Politik betreibt, daran selbst zerbrechen wird – wie die vorherigen alle auch. Um als politische Vertretung eines Volkes auf die Bühne treten zu können, bedarf es mehr als Wählerstimmen. Eine Zukunftsvision, ein großes Herz, Entschlossenheit und Mut und, viel wichtiger, Selbstlosigkeit.

Berlin sollte den AKP-Feldzug gegen Kurden nicht unterstützen

Im Krieg gegen die Kurden sucht die AKP dringend nach Unterstützung. Auf seiner jüngsten Deutschlandreise kritisierte der türkische Staatspräsident Abdullah Gül in tatsächlich übertriebener Form Berlin, nicht ausreichend gegen die PKK vorgegangen zu sein. Für Berlin war diese Kritik etwas beleidigend! Sofort antwortete Bundesinnenminister Friedrich mit Fakten. Demnach habe Deutschland auf Bundes- und Länderebene seit 1993 bislang insgesamt 53 Organisations- und Betätigungsverbote gegen „PKK-Strukturen“ erlassen; 85 Funktionäre der mittleren und oberen Führungsebene seien zu Haftstrafen verurteilt worden. Man könnte meinen, der Minister habe Abdullah Gül sagen wollen, dass Deutschland in seiner PKK-Jagd keineswegs hinter der Türkei zurückstehe. Die Wut Güls, die für viele, so auch den Innenminister, unverständlich war, könnte als ein Hinweis darauf gesehen werden, dass er mit leeren Händen gegangen ist. Womöglich hatte Gül eine noch viel intensivere Hatz auf Kurden eingefordert. Was sollte denn Berlin noch tun? Seit dem 26. November 1993, dem Tag des Verbots der PKK, hat doch Deutschland sehr viel gemacht und trotzdem nichts erreicht im Kampf gegen die PKK. Mehr geht nicht!

Wie dem auch sei, der Wut Güls folgten Erdoğans Unterstellungen gegen in der Türkei arbeitende deutsche Stiftungen. Sie erschienen wie ein Racheakt. Aber auch wie eine Vorbereitung auf seine bevorstehende Berlin-Reise im November. Was Gül nicht geschafft hat, will Erdoğan über besagte Diffamierung erreichen. Hoffentlich ist Berlin endlich zur Vernunft gekommen. Und lassen Sie uns hoffen, dass es die alten Spielchen nicht wiederholt und Erdoğan vor seiner Deutschlandreise keine „Geschenke“ – über Verhaftungen, Vereins- oder Wohnungsdurchsuchungen bei Kurden – macht. ♦

---

war so gekleidet schon zum Staatsbesuch nach Deutschland gekommen. Um sich gemäß der Partisanentaktik im Volk wie der Fisch im Wasser zu bewegen, haben auch die Guerillakämpfer der PKK eine ähnliche Kleidung wie die kurdischen Bauern. Die türkische Polizei versucht daher immer wieder, den Verkauf solch traditioneller Gewänder durch Einschüchterung zu verhindern.

Unterdessen wies Bundesaußenminister Guido Westerwelle (FDP) bei einem Treffen mit seinem türkischen Amtskollegen Ahmet Davutoğlu am Donnerstag in Istanbul Vorwürfe des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdoğan zurück, wonach »deutsche Stiftungen« über Projekte in BDP-regierten Kommunalverwaltungen die PKK finanzieren. Beide Politiker erklärten indes, bei den Anschuldigungen Erdoğans habe es sich um ein »Mißverständnis« gehandelt. Deutschland verfolge gegenüber der PKK eine »Null-Toleranz-Politik«, versicherte Westerwelle.

Wohl als »Gastgeschenk« an Davutoğlu hatten Beamte des Bundeskriminalamtes am Mittwoch in Hamburg den Kurden Ali Ihsan K. wegen »Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung« nach Paragraph 129b Strafgesetzbuch verhaftet. Die Bundesanwaltschaft wirft ihm vor, zwischen 2007 und 2008 als Leiter der PKK in Hamburg Spendengelder gesammelt sowie Veranstaltungen und Demonstrationen organisiert zu haben. Seitdem der Bundesgerichtshof Ende letzten Jahres die PKK zur ausländischen terroristischen Vereinigung erklärt hat, wurden rund ein Dutzend entsprechende Strafverfahren gegen Kurden in Deutschland eingeleitet. Zu einer Verurteilung ist es bislang nicht gekommen.

junge Welt, 15.10.2011

Die kurdische Frage und die Zukunft

Den Frieden verteidigen bedeutet das Leben verteidigen

Aysel Tuğluk, Unabhängige Abgeordnete von Wan (Van) und DTK-Co-Vorsitzende

Ich glaube trotz der Schwierigkeiten zwischen TürkInnen und KurdInnen daran, dass sie zusammen eine starke Solidarität und eine gemeinsame Zukunft aufbauen werden, was die heutigen Debatten und Ereignisse eines Besseren belehren wird.

Wegen meiner Artikel über die Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) erhalte ich regelmäßig positive oder aber auch negative Reaktionen, die ich auch als solche Kritiken ernsthaft annehme. Eine Rede kann nicht kritikfrei bleiben. Doch so, wie ich diese ernsthaft aufnehme und brauche, so benötigt auch die AKP angemessene Reaktionen und ebenso geeignete negative Kritiken. Eine Kritik, auf die ich mich beziehen möchte, ist das schreckliche Verständnis der AKP von Demokratie und Frieden.

Die Mythisierung der AKP-Regierung

Seit Bestehen der AKP-Regierung sind 45 zusätzliche Gefängnisse errichtet worden, die wegen der rapiden Überfüllung durch die Verhaftungswellen nicht ausreichen, was weiter unten noch statistisch deutlich gemacht wird. Während das Justizministerium noch 14 Gefängnisse bauen lässt, gibt es bekannt, weitere 58 Haftanstalten geplant zu haben, wobei 13 vorhandene noch ausgebaut werden sollen.

Nach den Statistiken der „Generaldirektion für Straf- und Haftanstalten“ stieg die Zahl der Häftlinge seit dem Antritt der AKP-Regierung 2002 bis April 2011 von 59 429 auf 124 074. Den offiziellen Angaben zur maximalen Kapazität der türkischen Gefängnisse ist ein Überschuss von 9 153 InsassInnen zu entnehmen.

Von den 113 000 GefängnisinsassInnen sind 110 000 wegen krimineller Delikte Verurteilte, 6 850 politische Häftlinge, 2 426 sind Bandenmitglieder und bei 1 688 ist die Gruppenzugehörigkeit nicht definiert.

Jetzt sollte der „politische Genozid“ an der Partei für Frieden und Demokratie (BDP) und dem Kongress für eine Demokratische Gesellschaft (DTK) nachvollziehbar sein. Die Daten: Vom 14. April 2009 bis heute wurden 7 748 kurdische Personen festgenommen, davon 3 895 inhaftiert. Außerdem gab es in den letzten 6 Monaten 4 148 Festnahmen, davon 1 548 Inhaftierungen. Im Vergleich mit den vorherigen Zahlen wird also deutlich, dass ein sehr großer Teil der politischen Gefangenen aus KurdInnen besteht. Ich möchte festhalten, dass in der Politik der ideologische Kontext sowie der soziale Hintergrund maßgebend für den jeweiligen Zustand sind. Innerhalb der Bevölkerung spricht sich herum, dass die Regierung zu nichts anderem fähig ist als zur Repression. Ist die AKP aber auch fähig, den Konflikt [*die kurdische Frage*] friedlich zu lösen? Als eine Akteurin und eine Partei muss sie es. Wir müssen sie dazu bringen …

Die Einzigartigkeit der Lösung

Ich bin mir nicht sicher, ob es psychische Prägung oder kulturelle Gewohnheit ist, aber manchmal heißt es obligatorisch „es kommt, wie es kommt“. Mit einem solchen Verständnis kann die Friedensdebatte nicht geführt werden. Oder „nur wenn die Waffen ruhen, kann ein Dialog stattfinden“, sowie „kein Rückzug der Bewaffneten, keine Verhandlungen“, oder aber „wenn gesetzliche Sicherheiten gewährleistet werden, beschleunigt sich die Lösung“. Alle Welt kann ihre ideologischen, politischen Ideen oder Bedingungen äußern oder prozessrelevante Aussagen treffen. Jedoch zeigt das Leben auch hier, dass es kreativer sein kann als jegliche Kunst. Denn wenn alles passiert ist, schauen die Menschen zurück und fragen sich, was noch übrig ist; bzw. welche Strömung sie ausgelöst haben.

Es ist so, dass das ursprüngliche Wesentliche neue, andere Facetten erhält, wenn eine Lösung aufkommt. Sie wird zu einem unerwarteten Zeitpunkt entsprechend auftauchen. Die kurdische Frage wird auch ihren einzigartigen Faktor offenbaren. Das heißt aber nicht, dass wir mit der Annahme „es wird schon werden“ die heutigen Bemühungen nicht mehr weiterzuführen brauchen. Unter Berücksichtigung der Realität müssen wir unsere Praxis mit den derzeitigen Werten und politischen Prinzipien fortsetzen. Denn falls wir, eine Niederlage annehmend, das Nötige unterlassen, ergeben wir uns dem Tod. Und das Leben würde in Trümmern weitergehen.

Einer Legende nach brachte eine Krähe, als Stammvater Abraham verbrannt werden sollte, in ihrem Schnabel Heureste ans Feuer. Gefragt, was das bringen solle, antwortete sie: „Es mag nichts nützen, aber es demonstriert meine Gedanken!“ Am selben Schauplatz versuchte wiederum eine Ameise, das Feuer mit Wasser aus ihrem Mund zu löschen. Gefragt, was das Ganze bringe, sagte sie Ähnliches: „Ist egal. Hauptsache,

ich habe alles versucht!“ Wo verläuft die Trennlinie zwischen Legende und Realität dieser Geschichte? Diese Diskussion wäre strapaziös und kompliziert, aber wenn ich mich an diese Legende erinnere, dann merke ich, dass sie eine Interpretation des schaurigen Lebens ist. Mich packt dann das Gefühl, als wären unser Alltag, unsere politischen Aktionen, kulturellen Praktiken mit dieser Legende verwoben. In diesen Momenten denke ich erneut an das von mir oben Geschriebene. Und ich weiß, dass eines Tages auch die kurdische Frage gelöst sein wird.

Ich bemerke das Spezifische und Einzigartige dieser Lösung. Und mehr noch kann ich erahnen, falls ich den Tag der Lösung miterleben sollte, dass ich an die heutigen Tage mit einem traurigen Lächeln zurückdenken würde. Aber ich betone, dass nie die Ameise in dieser Legende vergessen werden sollte. Vor allem darf nie die Zeit aus den Augen verloren werden, als die schwarzen Krähen am lautesten waren, die Ameisen kleine, aber eilige Schritte machten. So wie der Weg der Menschlichkeit.

Gestern – heute – morgen

Auch wenn wir mit unseren Vermutungen Unrecht haben sollten, so führt kein Weg daran vorbei, es zu versuchen. Weil wir an die Zukunft, an das Morgen glauben, können wir heute durchhalten. Manche von uns wissen es besser als andere, dass sie das Morgen vielleicht nicht erleben werden. Früher oder später wird die kurdische Frage so oder so gelöst sein. Weil das aber so ist, heißt das nicht, zynisch zu sein und abzuwarten. Die meisten Menschen wissen, dass unser heutiges Sein von den vergangenen Ereignissen bestimmt ist. Dies ist nicht zu leugnen, jedoch wird übersehen, dass für unsere heutige Lage die Zukunft mindestens genauso relevant ist wie die Vergangenheit. Wenn ich mich auf unsere Bewegung beziehe, dann will ich sagen, dass das, was wir fordern und was wir tun, maßgeblich auf die Lösung einwirken wird. Und unsere Vergangenheit beginnt in dieser Zukunft, wenn wir unseren Geliebten in die Augen schauen und davon erzählen, was wir taten, als wir die Krähen fragten, warum sie jenes tun.

Es ist an der Zeit zu versprechen …

Aus dieser Perspektive ist es an der Zeit zu sagen: Wir versprechen, dass unser Wort ein politischer Akt sein wird, dass unsere Reden mit Werten gefüllt sind, dass wir dem Schmerz unsere Sehnsüchte zuflüstern, um ihn zu lindern … Wenn wir an die Ameisen denken, dann gibt es noch einige „kleine“ Schritte, die wir für die kurdische Frage tun müssen. Dass die BDP im türkischen Parlament vereidigt wurde und somit partizipieren kann, dass ein Wort bei der Neugestaltung einer demokratischen Verfassung mitgeredet werden kann, dass sogar Reaktionen auf die geheimen MIT-PKK-Gespräche entstanden und diese protokolliert wurden, das waren ebenso wichtige Schritte. Wenn noch mehr gemacht wird, können neue Perspektiven aufblühen und neue Ansätze geschaffen werden; oder aus den geheimen Gesprächen könnten sich im Nachhinein seriöse Verhandlungen entwickeln, die praktische Umsetzungen nach sich ziehen würden. Und wenn erst die demokratische Verfassung etabliert wäre, was könnte nicht sonst noch erfolgen …

Das Leben liefert uns Bedingungen, aus denen wir, als AkteurInnen, Geschichte schreiben. Die kurdischen AkteurInnen sind bekannt. Selbst die „Ameisen“ und „Krähen“ sind offensichtlich. Vielleicht werden wir eine traurige Zeit auf dem Weg unserer „kleinen“ Schritte haben. Möglich. Aber trotz allem. Versuch es immer wieder! Ich werde nie aufhören, das zu sagen; ohne anzuhalten, zu berücksichtigen und aufzugeben, geht es weiter. Kleine Schritte können wiederholt werden, aber ich weiß, dass daraus die Früchte unserer Arbeit wachsen und gedeihen werden.

- Imralı kann im Moment möglicherweise keine Bedingungen ändern, geschweige denn den Waffenstillstand herbeiholen, aber das liegt daran, dass die präsente physische Isolation IHN daran hindert. Er würde sich von den staatlichen Eliten nicht ausnutzen lassen. Die bestehenden Haftbedingungen müssen auf seine produktive Anteilnahme am Prozess hin angepasst werden. Aber im Moment ist diese wichtige, unverzichtbare Persönlichkeit in einer ziemlich eingeschränkten Situation.

- Um den Konflikt in alle Bereiche tragen zu können, ist zu empfehlen, dass für das Gleichgewicht der Kräfte ein „Hausarrest“ notwendig ist und eingerichtet werden sollte, statt einseitige Forderungen zu stellen.

- Die verfassungsrechtliche Lösung (inklusive des „gesellschaftlichen Friedensgesetzes“; beachtet: Ich schreibe bewusst nicht „Amnestie“) sollte parallel zur Entwaffnung beginnen. Diese Phase könnte jetzt bereits eingeleitet werden.

- Wenn die unausweichlichen Verhandlungen mit dieser Perspektive (mit Zugeständnissen) nicht neu beginnen, wird, wie während der vergangenen Unterbrechungen, Krisen und Gefechten, die Situation fortdauern und schwieriger werden.

Fazit

Natürlich wird das Leben selbst seinen Lauf nehmen, allerdings glaube ich, dass die Vorschläge wichtige Beiträge hinzufügen werden. Ich glaube trotz der Schwierigkeiten zwischen TürkInnen und KurdInnen daran, dass sie zusammen eine starke Solidarität und eine gemeinsame Zukunft aufbauen werden, was die heutigen Debatten und Ereignisse eines Besseren belehren wird. Wir haben 940 Jahre zusammen gelebt und voneinander übereinander gelernt. Ich glaube nicht, dass sich das auch ändern sollte. Den Frieden zu verteidigen heißt hier, in jeglicher Form das Leben zu verteidigen. Denkt nur an die Ameise. ♦

Erschienen in Radikal İki am 09.10.2011

AKP ist nicht bereit, eine lebendige Opposition zu akzeptieren

Die Jagd der AKP auf Kurden: Mehr als 3 500 inhaftierte Politiker

Baki Gül, Journalist und Soziologe

Die Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) stellt seit den Wahlen vom 03. November 2002 die Regierung und regiert somit seit neun Jahren die Türkei. Tayyip Erdoğan folgte auf Abdullah Gül im Amt des Ministerpräsidenten. In diesem Zeitraum fanden in den Jahren 2002, 2007 und 2011 Parlamentswahlen statt und 2004, 2009 und 2011 jeweils Kommunalwahlen. In all diesen Wahlen wurde die AKP landesweit stets zur stärksten Kraft gewählt. Wir können jedoch bei den Parlamentswahlen 2007 und 2011 und den Kommunalwahlen 2009 und 2011 auf den großen Verlust der AKP in den kurdischen Gebieten hinweisen. Die Parteien und Bündnisse, welche die Interessen der Kurden und der Unterdrückten vertreten, haben bei den Kommunalwahlen als auch den Parlamentswahlen ihren Stimmenanteil fast verdoppelt und somit der AKP herbe Verluste im kurdischen Gebiet zugefügt. Auch wenn die durch Tayyip Erdoğan vertretene, mittlerweile offen nationalistisch-islamistisch agierende, AKP ihren Stimmenanteil in den türkischen Regionen gehalten, gar teils erhöht hat, haben die Kurden in den kurdischen Regionen, Istanbul, Mersin, Adana und anderen Metropolen der Türkei ihren Stimmenanteil knapp verdoppelt. Sie stellen nun in einer Stadt wie Mersin den Bürgermeister und haben eben aus Mersin, Istanbul und Adana auch Abgeordnete ins türkische Nationalparlament entsandt.

Wenn man die Politik der AKP im Hinblick auf die kurdische Frage und ihre Ergebnisse auf kommunaler Ebene in der Region untersucht, dann kann sie als gescheitert betrachtet werden. Denn sie zog es vor, statt den Kurden ihre kollektiven und individuellen Rechte verfassungsrechtlich zu garantieren, die nationalistische Rhetorik der Vorgängerregierungen zu übernehmen und die Lösung der Frage wie ihre Vorgänger an das Militär zu delegieren. Die Kurden haben parallel dazu ihren Organisierungsgrad auf gesellschaftlicher und politischer Ebene weiter gesteigert und als Antwort auf die fehlenden Lösungskonzepte der Regierung, damit der AKP, ihr eigenes Lösungsmodell, die „Demokratische Autonomie“, entwickelt. Die AKP lehnt jedoch aufgrund der nationalistisch-türkisch-islamischen Ausrichtung ihrer staatlichen Politik dieses Lösungsmodell ab, so dass sie auf militärischer Ebene den Krieg und auf politischer Ebene tausendfache Verhaftungen als Lösungskonzept umzusetzen begonnen hat. Die Kurden verdoppelten bei den Kommunalwahlen vom März 2009 die Zahl ihrer Bürgermeister. Als die politischen Strukturen der Kurden anschließend am 14. April 2009 ihr politisches Lösungsmodell vorstellten, antwortete die AKP mit einer nie da gewesenen Verhaftungswelle. Innerhalb kürzester Zeit wurden hunderte Kurden verhaftet – Menschenrechtler, Bürgermeister, ehemalige Abgeordnete, Parteivorstände legaler Parteien und deren Mitglieder.

Diese Verhaftungen waren nur der Beginn von Massenverhaftungen, die in kurzen Abständen aufeinander folgten.

Mehr als 3 500 kurdische Politiker inhaftiert

In einem Artikel von Abdurrahman Gök, Reporter der Nachrichtenagentur Dicle, wird uns unter Einbeziehung von Berichten der Menschenrechtsvereine und der Partei für Frieden und Demokratie (BDP) das Ausmaß der Verhaftungswellen aufgezeigt. Die Eckdaten:

„Seit dem 13. August 2010, als die Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK) auf den Aufruf Abdullah Öcalans hin eine Phase der Aktionslosigkeit verkündetes, sind die militärischen Operationen der türkischen Armee von Şemdinli über Mardin, Hatay bis hin nach Samsun fortgeführt worden. Innerhalb eines Jahres wurden insgesamt über 220 Militäroperationen gegen die Volksverteidigungskräfte (HPG), die militärische Organisation der PKK, durchgeführt, so dass im Verlauf der Zusammenstöße 89 HPG-Kämpfer und 131 türkische Soldaten ihr Leben verloren haben. In dieser Zeit kam es auch zu 3 500 Festnahmen, von denen 500 inhaftiert geblieben sind.“

Eine weitere wichtige Erklärung zu den Verhaftungen und zu den Operationen vor der Parlamentswahl am 12. Juni 2011 und danach kam von der BDP. Die Anwältin Meral Danış Beştaş, Co-Vorsitzende der BDP und Sprecherin der BDP-Kommission für Recht und Menschenrechte, bezieht sich darin auf die Operationen um den 14. April 2009 als auch um den 12. Juni 2011 herum. Sie führt an, dass durch die Sicherheitskräfte seit dem 14. April im Rahmen der sogenannten KCK-Verfahren insgesamt 7 748 Menschen festgenommen und von diesen wiederum 3 895 Personen direkt inhaftiert worden sind. Allein in den letzten 6 Monaten wurden 4 148 Personen festgenommen und von diesen 1 548 unmittelbar inhaftiert. In der Erklärung heißt es weiterhin, dass im Zuge der Operationen 2 Kreisparlamentspräsidenten, 4 stellvertretende Kreisparlamentspräsidenten, 29 Stadträte, 10 Bürger-

meister, 8 Bürgermeisterberater, 2 stellvertretende Bürgermeister und 2 ehemalige Bürgermeister inhaftiert wurden. Momentan werden täglich ca. 9 kurdische Politiker oder Aktivisten festgenommen, so dass Meral Danış Beştaş im Namen der BDP aufgrund dieser „entsetzlichen“ Zahlen zu einer Änderung des türkischen Strafrechts aufruft. Sie nennt hierbei eine mehr als nur entsetzliche Zahl für die Betroffenen des türkischen Antiterrorgesetzes (TMK), die laut offizieller Statistik, ohne die letzten 6 Monate, bei 192 000 liegt. Diese Erklärung von Beştaş datiert vom 23. September 2011.

Die Verhaftungswelle gegen die kurdischen Politiker und Aktivisten ist nicht abgeebbt, da der türkische Ministerpräsident, wie wir alle nun wissen, über eine Liste verfügte, nach der es 1 400 weitere Personen zu verhaften gilt. Dies wurde vor den Maßnahmen durch die systemnahen Medien verbreitet und prompt ging erneut eine Verhaftungswelle los. Die Zahl der Festgenommenen und Inhaftierten von Ende September bis Anfang Oktober lag ebenfalls sehr hoch. In dieser Phase wurden am 23. September in Izmir ein Mitglied des Parteivorstands, ein Mitglied des Parteirates und 30 weitere Personen festgenommen. Die Verhaftungswelle betrifft momentan eher die Regionen um Mersin und Şirnex (Şırnak). Hierbei sind in den letzten Tagen täglich Dutzende Politiker und Aktivisten festgenommen worden, darunter auch die Bürgermeister von Şirnex (Şırnak), Silopi und Hezex (Idil).



Die AKP-Polizei ist zur Jagd auf Kurden übergegangen Foto: ANF

Warum werden die BDPler verhaftet?

Die Antwort von BDP-Vorstandsmitgliedern auf diese Frage lautet in ihren Grundzügen: „Die AKP will die Kurden mit einem politischen Genozid liquidieren.“ Gültan Kışanak, die am 04. Oktober 2011 in der ersten Fraktionssitzung des „Blocks für Arbeit, Demokratie und Freiheit“ im türkischen Parlament sprach, bewertete die Verhaftungen so: „Offen gesagt, die AKP-Polizei befindet sich auf der Jagd nach Kurden.“ Kışanak meinte, täglich erhalte sie Nachricht von der Verhaftung ihrer Mitglieder oder Aktivisten, und unterstrich: „Tansu Çiller hatte mal vor einiger Zeit eine Todesliste in der Tasche. Erdoğan hat nun eine Liste von Tausenden, die es zu verhaften gilt.“ Laut Kışanak seien diese Verhaftungen keineswegs mit dem Recht in Einklang zu bringen. Da Erdoğan diese Liste präsentiert habe, sei die AKP-Polizei auch zur Jagd auf Kurden übergegangen. Seyîd Riza habe einst auf dem Weg zu seiner Hinrichtung gesagt: „Es soll mir eine Lehre sein, dass ich es nicht geschafft habe, eure Tricks zu entlarven, da ich nun am Ende bin. Aber ihr habt ein Problem, denn ich habe mich weder vor euch noch vor euren Tricks gebeugt.“ Kışanak schickte Erdoğan mit Verweis auf dieses Zitat die Botschaft, dass die Kurden bereits als Kinder diese Sätze zu hören bekommen haben: Wir alle kennen sie, so dass wir unsere Lehren daraus gezogen haben und nun im Stande sind, gegen diese Tricks zu bestehen. Fakt ist, dass dieser Widerstand Erdoğan eine große Sorge bereiten wird: Ihr sollt wissen, dass dieses Volk, auch wenn Ihr 10 000 statt 3 000 inhaftiert, nicht vor Euch knien wird. Im Zuge der KCK-Operationen wurden 3 500 Personen inhaftiert und nun in den letzten 6 Monaten weitere 1 500. Somit sind insgesamt um die 5 000 Menschen in Haft. Wir rufen Erdoğan dazu auf, offenzulegen, um wie viele Personen es sich bei der Liste handelt, sind es vielleicht 10 000? Kışanak hat, indem sie darauf verwies, dass man als Abgeordnete des Blocks an der Tür warte, bekräftigt, dass auch sie bereit seien, die Liste zu vervollständigen. Im Anschluss betonte sie, dass man ihnen nicht mit Verhaftung drohen solle, da man diesen Weg trotz der Drohung eingeschlagen habe und gewillt sei, ihn weiter zu gehen.

Zum Schluss wies Kışanak dann darauf hin, dass die AKP nicht bereit sei, eine lebendige Opposition zu akzeptieren und an der Errichtung der „zivilen Diktatur“ arbeite. ♦

Wenn die AKP Staat wird

Die KCK-Operationen sollen die Zukunft der Kurden verfinstern

Kenan Kirkaya, Journalist, Türkei

Seit zwei Jahren wird die kurdische Politik mit Hilfe der unmittelbar politisch organisierten KCK-Operationen schwer unter Druck gesetzt. Die Aussage der US-nahen Lumpenproletarier „wir ebnen die Zukunft der kurdischen Politik" entspringt derselben imperialistischen Denkstruktur wie die damalige Behauptung der USA, die Demokratie in den Irak zu bringen, aber gleichzeitig eine Million Menschen umzubringen. Ob unter KCK (Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans) oder einer anderen Bezeichnung, die laufenden Operationen dienen dazu, die kurdische Zukunft zu verfinstern und die Kurden mundtot zu machen.

Die KCK-Operationen, die am 14. April 2009, unmittelbar nach den Kommunalwahlen, begannen und immer weiter verschärft werden, finden ihre Fortsetzung in immer neuen und intensiveren Wellen. Außer einem Haufen Lumpenproletarier, die ihren Schreibstift als Waffe im Dienste der psychologischen Kriegführung verwenden und deren Aufgabe in der neuen Phase darin besteht, der AKP zu gefallen, unterstützt niemand diese Operationen. Obwohl es Kritik an ihnen gibt, bleibt sie offensichtlich wirkungslos und die Operationen werden trotz gesellschaftlicher Reaktionen fortgesetzt. Daher sind sowohl der Staat als auch die Regierung nicht auf der Suche nach Legitimierung und missachten die öffentliche Reaktion. Diese Situation wirft die Frage auf, wie die trotz aller Reaktion ungebändigte Macht des Staates zu zähmen sei, schafft aber auch Legitimität für die Gewalt, die nun herrscht und von allen zuerst verflucht wird, anstatt ihre Ursachen aus dem Weg zu räumen. Diejenigen, die der Gewalt jegliche Legitimität abgesprochen haben, werden widerlegt durch die ungebändigte Macht des Staates, die alle unterdrücken würde und gleichzeitig fern von Verstand, Gewissen und Emotionen ist.

Auch bei den KCK-Operationen herrscht die Ära des auswendig Gelernten

Mit den Operationen geht eine intensive KCK-Diskussion einher. Zunächst muss gesagt werden, dass die Debatten mit einer bestimmten Absicht geführt werden und die Analysen dadurch nur aus dem auswendig Gelernten bestehen. Dieses blinde Wiederholen ist auch der Grund dafür, dass die kurdische Frage seit dreißig Jahren nicht wirklich verstanden und gelöst worden ist und somit gravierende Folgen nach sich gezogen hat. Die Quellen zum KCK-System stammen von der Polizei und widersprechen sich auch gegenseitig, und um den Operationen Legitimität zu verschaffen, wird viel Desinformation betrieben. Ob wir es als KCK oder anders bezeichnen, die heutige Situation beschreibt die Suche der Kurden, sich in ihrem eigenen Namen auszudrücken und zu organisieren. Es geht um ihre Selbstverwaltung. Genau wie jegliche kurdische Formation in der Vergangenheit, die der Wut des Staates ausgesetzt war, machen unter dem Titel KCK die BDP (Partei für Frieden und Demokratie) und andere politische Organisationen dasselbe durch, nur viel intensiver. Solange wir schweigen, werden wir alle zu denen in Handschellen gestellt.*

Die Verhaftung von Bürgermeistern, die erneute Verhaftung von Hatip Dicle, des Co-Vorsitzenden des Kongresses für eine Demokratische Gesellschaft (DTK), und vor allem die Aberkennung seines Abgeordnetenmandats sowie die Tatsache, dass im Rahmen der KCK-Operationen bestimmte Journalisten und Intellektuelle zum Teil des Ganzen gemacht wurden, illustrieren die Ausrichtung dieser Maßnahmen. Als der mit Handschellen gefesselte Wille des kurdischen Volkes in eine Reihe gestellt und diese Reihe immer länger wurde, waren jene, die ihr Gewissen noch nicht vollkommen verloren hatten, beunruhigt. Dagegen ist die Gesellschaft mittlerweile so an das Bild der gefesselten Reihe gewöhnt, dass nicht einmal gehörige Reaktionen aufkommen konnten, geschweige denn Kritik.

Daher wird die Reihe des gefesselten kurdischen Willens trotz dieses Halbgewissens immer länger. Jeden Tag werden neue Menschen, neue Gesichter eingereiht. Jene, die sich vor diesem Bild nur aufgeregt und nur kritisiert haben, werden nach und nach dazugestellt. Es ist offensichtlich, dass diese Reihe, ob früher oder später, alle ihre Zuschauer aufnehmen wird. Je länger geschwiegen wird, umso länger wird diese Reihe werden.

*Bezug auf das damals heftige Empörung auslösende Pressefoto, das im April 2009 die mit Handschellen gefesselten und in langer Schlange zum Abtransport anstehenden festgenommenen kurdischen PolitikerInnen zeigte.

Behauptungen der Befürworter der Operationen

Es gibt regierungsnahe Befürworter dieser neuen Operationswellen, die nach Timing, Art und Inhalt die Fortsetzung und einen Teil der vorhergehenden bilden. Folgt man der Denkweise der Befürworter, haben die Operationen einen rechtmäßigen Grund, grob gesagt: „Die KCK ist eine Formation à la Staat im Staate." Das ist das eigentliche Argument, zudem ausgeschmückt mit Begriffen wie „Gewalt, Aktion, Bericht, Befehl", die für mehr Quote sorgen und die KCK als eine Gruppierung, „die Gewalt als Mittel verwendet", darstellt. Darin liegt der Kern der Behauptungen, Aussagen wie „der gab dem einen Befehl, der hat den ausgefragt, hier fand man dieses und jenes Dokument", die sie belegen sollen, dienen nur als Anekdoten. Kurzum, die Befürworter der KCK-Operationen blicken uns in die Augen und sagen offen: „Die organisieren sich, werden zu einer Macht und gründen ein System, das werden wir nicht zulassen."

KCK-Operationen basieren auf imperialistischer Denkweise

Während einer Diskussionssendung auf Kanal 24 zu den Operationen antwortete ein AKP-naher Kolumnist auf den Vorwurf Maya Arakons [*Dozentin an der Istanbuler Yeditepe-Universität, Fakultät für Politikwissenschaften und Internationale Beziehungen*], die ein Gewissen besitzt, dass diese Maßnahmen die kurdische Politik blockieren würden: „Im Gegenteil, sie ebnen den Weg für die kurdische Politik." Seit dem 14. April steht er für die Propaganda, die besagt: „Eigentlich retten wir die BDP vor den unterdrückenden Faktoren." Diese Aussage erinnert an die US-Besetzung, mit der dem Irak angeblich die Demokratie gebracht werden sollte. Zwischen den Behauptungen „um euch den Weg zu ebnen, stecken wir euch in den Kerker" (KCK-Operationen) und „um euch die Demokratie zu bringen, massakrieren wir euch" (Besetzung Iraks) besteht kein Unterschied. Im Gegenteil, es beweist, wie dieselbe imperialistische Mentalität sich an Situation und Ort anpassen kann. Es darf auch nicht vergessen werden, dass in der Vergangenheit Tansu Çiller, Doğan Güreş und Mehmet Ağar tausende von Operationen durchsetzten und 17 000 Menschen ermorden ließen, um angeblich die Kurden vor der PKK zu retten und von ihr zu befreien. Auch die Ausführungen des ehemaligen MIT-Agenten Mahir Kaynak während der oben genannten Diskussion – das Schlimmste für die Kurden sei die Demokratische Autonomie, denn sie könnten sich nicht selbst verwalten und würden sogenannte „töre" (Sitten und Bräuche noch aus feudaler Zeit) anwenden, man solle ihnen eher beibringen, Individuen zu werden – scheinen das imperialistische Bild zu vervollständigen.

Damit Kurden sich nicht organisieren, wird Angst erzeugt

Durch diese Argumentation erkennen wir, dass die KCK-Operationen dazu dienen, eine neue, alternative Politik zu kreieren. Darum diese Wut, diese Feindschaft und das Vorenthalten der Freiheit. Das heißt, dass der Staat seit zwei Jahren diese immer intensiveren und gewalttätigeren Operationen nur deswegen durchführt, damit die Kurden sich nur nach seinem Willen und nicht anders organisieren.

Und damit sie sich nicht innerhalb dieser anderen Formation organisieren, wird eine Angstwolke erzeugt, und sie werden im Schatten dieser Wolke zur Dunkelheit verdammt. Doch darf nicht vergessen werden, dass diese Wolke in Form von Wut auf ihre Erzeuger zurückfallen wird.

Auch Existenz der Kurden gesetzwidrig

Die Kurden führen seit dreißig Jahren einen Existenzkampf. Am Ende dieses beispiellosen und unerbittlichen Kampfes voller Schmerzen konnten sie ihren Verleugnern ihre Existenz aufzwingen. Und nun wollen sie sich zukunftssicher organisieren, damit sie nicht noch einmal verleugnet und nicht sogar noch physisch vernichtet werden. An diesem Punkt können nicht andere entscheiden, wie sie sich organisieren, wie sie denken und leben sollen. Die Entscheidung liegt bei ihnen selbst, den anderen bleibt nur übrig, ihr mit Respekt zu begegnen. Doch zeigen die KCK-Operationen, dass der Staat, der seine Vorherrschaft auf der Nichtexistenz der Kurden aufgebaut hat, nicht aufgibt, sich in die Organisierung derjenigen einzumischen, deren Realität er gezwungenermaßen anerkennen musste. Er sagt: „Diese Einstellung, die Art eurer Organisierung und euer Zusammenkommen sind gegen die Gesetze!"

Natürlich, jegliche kurdische Organisierung ist gegen die Gesetze. Dabei war auch ihre Existenz gesetzwidrig und ist es weiterhin. Die Verfassung und alle Gesetzeswerke ordnen alle Unterschiedlichkeiten einem Volk unter. Laut Verfassung und nach Gesetzeslage existiert in diesem Land kein anderes Volk außer dem türkischen, dessen Glauben sunnitisch und dessen Ideologie kemalistisch ist, und andere haben keinerlei Recht auf Selbstbestimmung. Daher soll einem Volk, das den Verleugnungsring dieser Gesetze durchbrechen konnte und die Anerkennung seiner Existenz durchgesetzt hat, nicht erlaubt sein, in seinem eigenen Namen zu sprechen und sich zu organisieren. Das ist die Hauptsache in diesem Geschehen und das wollen sie uns als die KCK-Prozesse verkaufen. Mit diesen Prozessen gibt die AKP, die den Staat repräsentiert und immer mehr zum Staat selbst wird, den Kurden zu verstehen: „Ihr habt kein anderes Existenzrecht als das, was wir euch zugestehen!" Hauptfrage und -problem an dieser Stelle: Was muss sich ändern? Wird von den Kurden erwartet, ihre Existenz abzustreiten, nur weil sie den Gesetzen nicht entspricht? Sollen sie nicht zusammenkommen und sich nicht um die gemeinsamen Werte gruppieren, was zur Gesellschaftswerdung gehört, nur weil die Gesetze dies nicht hergeben? Ist es nicht sinnvoller, die von Putschisten und militaristischen Köpfen stammenden Gesetze zu ändern, statt die menschliche Natur zu zerstören?

Für Kurden gelten die Gesetze, die ihre Existenz leugnen, nicht

Es besteht kein Grund, wie andere es tun, einzeln nach gesetzwidrigen Aktionen zu suchen. Hauptsache ist, dass der Existenzkampf der Kurden den Gesetzen widerspricht. Im Gegenzug gelten die Gesetze, die sie verleugnen, für die Kurden nicht. Eigentlich sind diese Gesetze für alle ehrenhaften Menschen, die Freiheit fordern, ohne zwischen Kurden und Türken zu unterscheiden, und Demokratie wollen, illegitim. Hier kann von einem Legitimitätsproblem gesprochen werden. Da AKP und Staat über die Macht verfügen, stecken sie die als illegal betrachteten Kurden in die Gefängnisse. Säßen Kurden und Revolutionäre in der Regierung, so müssten die Urheber dieser Verfassung und Gesetze, das heißt die Putschisten vom 12. September und allen voran Kenan Evren, hinein. Jene, die diesem Volk Leid und Folter angetan haben. So sieht die Realität aus.

Wieso wurden BDP-Akademien zur Zielscheibe?

Im Rahmen der neuen Welle von Operationen wurden die politischen Akademien der BDP, tituliert als „PKK-Schule", zur Zielscheibe. Die meisten Verhafteten in Izmir sind Politiker, die in diesen Akademien unterrichtet wurden. Auch Deniz Zarakolu, Ayşe Berktay und andere geraten ins Visier, weil sie hier unterrichten. Die Botschaft dahinter ist offensichtlich; man lässt es nicht zu, dass neue Politiker ausgebildet werden, die zu einem neuen und alternativen System beitragen und es aufrechterhalten können. Manche in dieser Akademie besprochenen Bücher und Inhalte gelten als Straftatbestände. Die Nähe des kurdischen Volkes zum PKK-Führer Abdullah Öcalan gilt weiterhin als Straftatbestand. Anscheinend soll den Kurden nicht einmal die Möglichkeit gelassen werden, sich selbst unter schwersten Bedingungen weiterzubilden, während die AKP mit Hilfe des Amtes für religiöse Angelegenheiten, der Presse, des nationalen Bildungsverständnisses, das sie für sich gewonnen hat, und der Moscheen sich ihre eigenen Kurden und Kader schaffen will.

AKP will keine Alternative zu eigenen Akademien

Es war die AKP, die Abdullah Öcalans Vorschlag politischer Akademien zuerst in die Tat umsetzte. Öcalan hatte 2005 nach der Gründung der DTP den Aufbau „politischer Akademien" gefordert und die AKP rief sie im Jahre 2008, vor DTP und BDP, ins Leben. Es heißt, bisher hätten mehr als zweitausend Menschen sie absolviert. Dort werden Themen behandelt wie Geschichte der Politik in der Türkei, Demokratie und die Kultur des Zusammenlebens, politische Grundbegriffe, Medien und Politik, politische Identität, konservative Politik, Sicherheitspolitik und -strategie, Sicherheit in der Demokratie, Religion, Staat und Laizismus – Themen, die unmittelbar mit der Weltanschauung der AKP und der kurdischen Frage zu tun haben. Die AKP, die mit Regierungsmitteln Politiker für ihre eigene Ideologie ausbildet, macht dies auch noch zu einem Einkommenszweig. Der allen zugängliche Unterricht kostet 200 TL. Somit profitiert sie davon in Form von Geld, Kadern und politischer Anerkennung. Dort erörtert sie im Hinblick auf die kurdische Frage intensiv die Punkte Öcalan und PKK und macht sie zu einem politischen Diskussionsthema.

Wer sich zu Öcalan bekennt, sieht Öcalan als politischen Repräsentanten

Während das alles für die AKP Recht ist, gilt es als Straftatbestand, wenn Kurden in den Akademien Bildung erhalten. Als Grund heißt es, Öcalans Bücher würden gelesen und über Vergangenheit und Zukunft der kurdischen Politik würde diskutiert. Was erwartet man denn? Sollte die BDP, die eigentlich zugleich Opfer, Zeugin und Folge der kurdischen Frage ist und die Politik amateurhaft als Kampfmittel anwendet, eher über Literatur sprechen, statt über PKK, Öcalan und die zugehörige staatliche Politik zu diskutieren?

Es sollte der Legitimierung der Operation in Izmir dienen, als den Medien vermittelt wurde, die Schüler hätten auf Öcalan geschworen. In diesem Land hatten 3,5 Millionen Menschen trotz der Risiken Öcalan zum Repräsentanten ihres politischen Willens erklärt und dafür Petitionen bei den staatlichen Organen eingereicht. Diese 3,5 Millionen sind alle BDP-Wähler. Dass die Nähe der Menschen, die Öcalan zu ihrem politischen Willensträger erklärt und dies dem Staat mitgeteilt haben, zu Öcalan in der Türkei noch für Erstaunen sorgt, kann nur auf politischer Blindheit beruhen. Schließlich können diejenigen, die Öcalan als ihren politischen Willensträger ansehen, nicht ihre Verbundenheit mit Erdoğan beteuern.

AKP folgt Öcalan mehr als die Kurden

Gleichzeitig stellt die AKP die Regierung, die auch die intensivste intellektuelle Beschäftigung mit der kurdischen Frage, die sie als eine des Terrors bezeichnet, veranlasst. Sie lässt zahlreiche Akademiker arbeiten, die die kurdische Frage verstehen, Gegenpropaganda entwickeln, die militärischen Mittel erweitern und eine Liquidierungspolitik vorschlagen sollen. Daneben wurden auch Think Tanks gegründet, die sich auf dieses Thema konzentrieren. In allen Zeitungen, die die AKP unter ihre Kontrolle gebracht hat, wurden Dutzende sogenannte Kurdenexperten eingestellt. All diese [*AKP*-]Sympathisanten, die sich mit der kurdischen Frage beschäftigen, lesen und folgen Öcalan viel nachdrücklicher als Öcalans Sympathisanten und die BDP. Bücher Öcalans und Quellen, die es sonst nirgendwo gibt, stehen in ihren Bibliotheken. Einerseits studiert die AKP Öcalan und analysiert die PKK in jeder Hinsicht, um die Kurden zu liquidieren, versucht aber andererseits die kurdische Politik fernzuhalten von den Gedanken Öcalans und der PKK, die seit dreißig Jahren die politische Geschichte der Kurden und gleichzeitig der Türkei prägen. Wenn dies keine vorherrschaftliche Annäherungsweise ist, was dann? ♦

Psychologische Kriegsführung

oder: Die Lust der türkischen Intellektuellen an der Züchtigung der kurdischen Bewegung

Murat Çakır, Kolumnist, 10. Oktober 2011

In der Türkei ist in den letzten Monaten vermehrt zu beobachten, wie regierungsnahe Medien und vermeintlich linksliberale Kreise den KurdInnen im Allgemeinen und der kurdischen Bewegung im Besonderen vorschreiben wollen, wie sie zu sein und was sie zu fordern haben. Als das militärisch-bürokratische Vormundschaftsregime die KurdInnen züchtigen und assimilieren wollte und vor einem schmutzigen Krieg nicht zurückschreckte, war es auch für liberale Intellektuelle einfach, sich dagegen zu positionieren.

Doch heute sind linksliberale Intellektuelle dabei, die kurdische Bevölkerung zu einer Hinnahme der AKP-Politik und einem Aufgeben von »*unnötigen und unrealistischen*« Forderungen zu drängen. Ihr Versuch, die kurdische Bewegung zu domestizieren, wird vor allem damit begründet, dass »*die AKP das militärisch-bürokratische Vormundschaftsregime abgeschafft*« habe, »*die Türkei als aufstrebende Wirtschaftsmacht allen ihren EinwohnerInnen Freiheiten und Wohlstand verspricht*« und »*die Demokratisierung, langsam aber sicher, voranschreitet*«. Gerade deshalb sei es seitens der kurdischen Bewegung »*unverantwortlich, die Öffnungspolitik der AKP abzulehnen*«. Die kurdische Bevölkerung »*muss, wenn sie denn ihre demokratischen Rechte ausleben will, der PKK und ihrer Gewalt eine Absage erteilen*«.

Was jahrelang von Kriegsrechtkommandeuren mit militärischen Mitteln versucht wurde durchzusetzen, wird heute im Namen der Demokratie und mit einem ethischen Absolutismus der »*Ablehnung der Gewalt*« von selbsternannten DemokratInnen artikuliert. Manche dieser DemokratInnen (!) gehen inzwischen so weit, dass sie die kurdische Bewegung als das »*größte Hindernis*« vor einer Lösung des Kurdenproblems darstellen und die Kritik an der kurdischen Bewegung als »*gewaltverherrlichende, autoritäre und gar faschistoide Organisation*« zum Lackmustest eines unabhängigen und demokratisch gesinnten Intellektuellendaseins hochstilisieren. Es ist zu offensichtlich, wie der »*weiße Türke*« an der Züchtigung der KurdInnen und der kurdischen Bewegung Gefallen gefunden hat.

Ethischer Absolutismus als Mittel der Züchtigung

Ohne Zweifel liegt einem durchschnittlichen türkischen Demokraten nichts weiter, als die Nähe einer bewaffneten Widerstandsorganisation zu suchen. Wer tagaus, tagein von einer regierungsamtlich und staatlich verordneten Berichterstattung berieselt wird und auch noch aus einer »*linken Ecke*« zu hören bekommt, dass »*die Kurden selbst für die wachsende Kurdenfeindlichkeit verantwortlich*« seien, kann nichts anderes, als die kurdische Bewegung als »*terroristisch*« einzustufen. Das ist nachvollziehbar.

Nicht nachvollziehbar – aus meiner Sicht auch nicht entschuldbar – ist jedoch, dass Teile der türkischen Linken und linksliberale Intellektuelle, von denen man annehmen sollte, dass sie zu einer objektiven Analyse der gesellschaftlichen wie politischen Verhältnisse fähig sind, ins gleiche Horn blasen.

Gerade ihnen dürfte es nicht entgangen sein, dass die kurdische Bewegung, die in der türkischen Öffentlichkeit als eine »*terroristische Organisation*« bezeichnet wird, von Millionen KurdInnen als eine »*Befreiungsorganisation*« angesehen und dementsprechend unterstützt wird. Nun mag man zur kurdischen Bewegung, insbesondere der PKK, stehen wie man will – wer einen Aufstand / bewaffneten Kampf / Gewalt oder wie man es auch bezeichnet, diesen Konflikt auf der Grundlage der Demokratie und des gesellschaftlichen Friedens lösen möchte, ist gehalten, die Realität anzuerkennen. Eine von Millionen Menschen getragene Bewegung als »*terroristische Organisation*« zu bezeichnen, ist für jeden Lösungsansatz – außer den kriegerischen – untauglich.

Andererseits wird von denselben Kreisen die kurdische Bewegung aufgefordert, einseitig und bedingungslos die Waffen niederzulegen, damit der »*politische Weg eröffnet werden*« könne. Daher wird auch gerne darauf Bezug genommen, dass »*die Gewalt nicht Mittel der Politik sein darf*« und jeder DemokratIn die Verpflichtung habe, »*jeglicher Gewalt, von wem auch immer, sich entgegenzustellen*«.

Was sich wie antiautoritärer Liberalismus anhört, entlarvt sich jedoch bei näherem Hinsehen als Regierungspropaganda. Grundsätzlich ist die Ablehnung der Gewalt richtig, da gibt es nichts zu diskutieren. Doch ohne die Differenzierung und die Benennung der Ursachen der Gewalt wird es zu einer Leerformel – im Falle der türkischen Linksliberalen zu einer Demagogie: Zum einen wird die Radikalität des Widerstandes mit der Gewalt der paramilitarisierten Polizeikräfte und des Militärs gleichgestellt. Mehr noch, jeglicher Widerstand gegen undemokratische Maßnahmen der Regierung wird als »*Gewalt auslösende Aktivitäten*« dargestellt und der vom internationalen Recht unter bestimmten Voraussetzungen als legitimer Widerstand anerkannte bewaffnete Kampf zur Hauptursache des Problems erklärt. So werden protestierende Studierende, die mit Eiern werfen, sehr schnell zu »*Gewalttätern*«. Auch bei der Bewertung der sog. Gewaltmittel lassen sich Linksliberale allzu gern von Polizeiberichten leiten, die Musikvideos, legale Zeitschriften und Bücher, traditionelle kurdische Bekleidung oder die pure Mitgliedschaft in der prokurdischen BDP als »*terroristische Aktivitäten*« bzw. »*Unterstützung einer terroristischen Organisation*« bezeichnen.

Die Blindheit der Arroganz lässt sie über die Tatsache schweigen, dass seit der ersten AKP-Regierung bis heute 129 kurdische Kinder von den Sicherheitskräften getötet, tausende Minderjährige wegen »Steine werfen« zu hohen Haftstrafen verurteilt und mehrere Tausend BDP-PolitikerInnen mit fadenscheinigen Begründungen verhaftet worden und quasi als Faustpfand in Haft gehalten werden.

Zum anderen wird mit dem ethischen Absolutismus der Linksliberalen die Tatsache verdeckt, dass die Hierarchien in einer Gesellschaft, die herrschende Macht und Eigentumsverhältnisse sich auf einem instrumentalisierten Gewaltmonopol aufbauen. Die Gleichsetzung der staatlichen Gewalt bzw. der von Sicherheitskräften ausgeübten Gewalt mit der Radikalität des Widerstandes führt zur Vernebelung der Herrschaftsverhältnisse. Daher wäre es nicht falsch zu behaupten, dass die formelle »*Moral*« des linksliberalen ethischen Absolutismus in sich im Grunde eine »*Unmoral*« beinhaltet.

Mit dem Ansatz einer, von sozialen und politischen Zusammenhängen abgekoppelten, moralisierenden Gewaltdefinition wird der Versuch unternommen, die Legitimität des Widerstandes gegen undemokratische Verhältnisse auszuhöhlen und die kurdische Bewegung in ein systemkonformes Korsett reinzudrängen.

Den Teufelskreis durchbrechen

Trotz der alle Vernunft übertönenden Unkenrufe türkischer Intellektuelle gibt es einige wenige Stimmen in der türkischen Medienlandschaft, die nicht müde werden zu betonen, dass es an der Zeit ist, den Teufelskreis zu durchbrechen und sich für eine friedliche Lösung des Konflikts einzusetzen. JournalistInnen wie **Nuray Mert**, **Cengiz Çandar** oder **Hasan Cemal** mahnen nahezu jeden Tag, dass die türkische Öffentlichkeit sich der Realität stellen müsse.

Zu dieser Realität gehört auch, dass die linksliberale Aufforderung, »*die BDP muss sich von der PKK distanzieren*« einer friedlichen Lösung nicht dienlich ist. Wenn die BDP die Vertretung von Forderungen, welche von einem großen Teil der kurdischen Bevölkerung getragen wird, aufgeben würde, würde sie ihren ureigenen Sinn und jedwede Legitimität ihres politischen Daseins verlieren.

Dabei sind die BDP und das von ihr mitinitiierte Linksbündnis Organisationen, in denen, im Vergleich zu den übrigen politischen Parteien, die Basisdemokratie breit praktiziert wird und Versuche einer Geschlechtergerechtigkeit auf der Tagesordnung stehen. Der Einfluss der WählerInnen und sozialen Bewegungen in den politischen Entscheidungsmechanismen der BDP und des Linksbündnisses ist als sehr hoch zu bezeichnen – was man weder von der regierenden AKP noch von den oppositionellen CHP und MHP behaupten kann.

Wer in einer solchen Situation trotz besseren Wissens behauptet, »*die BDP wird von der PKK geleitet*«, legitimiert damit die Repressalien, Verhaftungen und militärische Gewalt. Teile der türkischen Linken und die linksliberale Intelligenzija müssen sich vorwerfen lassen, dass sie durch die Diffamierung der demokratischen Strukturen und der Meinungsvielfalt innerhalb der kurdischen Bewegung bei gleichzeitigem Ausblenden der zahlreichen Demokratiedefizite in der gesamten Türkei sowie dem Schweigen über die politischen Fehler der AKP-Regierung sich zum Handlanger der herrschenden Politik degradieren.

Ihr Konformismus und ihr Hang, alles Schlechte der kurdischen Bewegung anzudichten, begründet sich auf dem »*Weiß-Sein*« der türkischen Intellektuellen. Der paternalistische Umgang mit der kurdischen Bevölkerung deutet darauf hin, dass der Boden für den latenten Rassismus und latenten Sexismus noch immer sehr fruchtbar ist. Dabei müsste man gerade jetzt von Intellektuellen viel mehr erwarten. Denn in solchen Zeiten, in denen die Gefahr eines blutigen Bürgerkrieges rasant gestiegen ist, ist es die historische Verantwortung der Intellektuellen, gegen den Strom zu schwimmen und die Mehrheitsgesellschaft anzumahnen. Anstatt immer mehr neue Vorwände bzw. Entschuldigungen für die verfehlte Politik der Regierung zu erfinden und eine ganze Bevölkerung mit der Überheblichkeit ihres Elfenbeinturms züchtigen zu wollen, wäre das mindeste, was man von linksliberalen Intellektuellen erwarten müsste, dazu einen Beitrag zu leisten, damit die Mehrheitsgesellschaft und die verantwortliche Politik nun endlich die Realität akzeptieren und die Möglichkeiten eines demokratischen und friedlichen Prozesses offen, frei, konkret und ergebnisorientiert diskutiert werden können.

Die kürzlich bekannt gewordenen Verhandlungsprotokolle zwischen staatlichen Vertretern und der kurdischen Bewegung haben zu Tage gefördert: Es gibt immer noch Möglichkeiten, den bewaffneten Konflikt zu befrieden. Die kurdische Seite hat ihren Willen zu mehrfach kundgetan. Nun ist der Staat am Zuge. Hier würde es den türkischen Intellektuellen gut zu Gesicht stehen, die Rolle der willigen Helfer in einem psychologischen Krieg abzulehnen und den Staat an seine Verantwortung und Aufgaben zu erinnern. So und nicht anders werden sie dann auch in der Lage sein, vor der unbarmherzigen Geschichtsschreibung der Völker ihre Prüfung abzulegen. ♦

Karayılan kritisiert türkische Medien hart

Selbst wenn der Staat ein Esel ist, steige nicht auf!

Murat Karayılan, KCK-Exekutivrats-Vorsitzender, befragt von Deniz Kaya, ANF, 30.09.2011

Augenzeugenberichten und Videoaufnahmen zufolge kamen am 26. September in Êlih-(Batman-)Stadtmitte die im achten Monat schwangere Mizgin Doru, ihr ungeborenes Kind und ihre Tochter Sultan durch von Polizeikräften abgegebene Schüsse ums Leben. In der Erklärung der Volksverteidigungskräfte (HPG) hieß es zudem, ein Bauarbeiter sei von der Polizei getötet worden. Was können Sie zu diesen Vorfällen und den anschließenden Entwicklungen sagen, bei denen insgesamt vier Zivilisten ihr Leben verloren haben?

Der Fall ist klar: Nachdem die Polizei einen Hinweis erhalten hat, stellt sie eine Falle, in die nicht die Guerilla, sondern Talat Dorus Familie tappt. Dabei werden alle vier getötet. Die Augenzeugenberichte und die Erklärung der HPG belegen, dass es so ablief. Dabei setzt der türkische Staat seine Tradition von 1925 seit jeher fort. Jedes Mal tötet er Kurden, um anschließend zu erklären, die Täter seien Banditen oder Terroristen gewesen, oder sie seien auf der Flucht gewesen und hätten gestoppt werden müssen, oder es heißt, die PKK sei es gewesen. Oder es wird völlig geleugnet. Diese Kolonialpolitik in Kurdistan basiert auf Lügen. In jeder Phase der Geschichte wurden Massenmorde an den Kurden begangen und später geleugnet. Wurden nicht zuletzt die tausenden „Morde ohne Täter" aus den 90er Jahren mit Befehl und Auftrag des Staates verübt? Wissen die heutigen Staatsvertreter dies etwa nicht? Sie wissen es, leugnen es aber. Weil in Bezug auf Kurdistan Lüge und Leugnung ein Stil sind. Der türkische Staat hat das in Kurdistan immer schon praktiziert.

Auch in Êlih (Batman) hat sich nichts an der altbekannten Politik des Staates geändert. Er tötet unsere Leute, um es zu leugnen und auf uns Freiheitskämpfer zu schieben. Wie im Falle des 12-jährigen Uğur Kaymaz, bei dem behauptet wurde, nachdem er im Kugelhagel der Polizei getötet worden war, dass er zwischen die Fronten geraten und deswegen zu Tode gekommen sei [*am 21.11.2004 in Qoser/Mêrdîn (Kızıltepe/Mardin)*]. Beim Vorfall jetzt in Êlih (Batman) hatte es kein Gefecht gegeben, weshalb eine Verbindung zu einer zwei Stunden später stattgefundenen Konfrontation mit der Guerilla hergestellt wurde, um dann zu erklären: Die Familie ist in die bewaffnete Auseinandersetzung zwischen Polizei und Guerilla geraten und von den Terroristen getötet worden. Dies ist die offizielle Erklärung des Gouverneurs und der Polizeiführung in Êlih (Batman), mit Ankara abgestimmt, die basierend auf einem erfundenen Szenario zur Vertuschung der Tatsachen abgegeben wurde.

Diesen Vorfall hat der Staat zu verantworten. Diese Menschen wurden von der Polizei ermordet. Obwohl das dem Ministerpräsidenten bekannt ist, wird es zum Anlass für psychologische Kriegführung mit Medienunterstützung gegen die kurdische Freiheitsbewegung und gegen das kurdische Volk genommen. Die Kurden und die kurdische Politik sollen damit verleumdet werden.

Fazit ist, dass die vier Zivilisten durch die Hand des Staates ums Leben kamen. Auch ist wohl bekannt, auf welche Weise Guerillakämpfer abgeschlachtet werden. Indem dort an diesem Tag insgesamt sechs Kurden, zwei davon Guerillas, umgebracht wurden, zeigt sich wieder einmal das brutale Gesicht der Türkei. Das ist Polizeiterror. Das kann nicht verheimlicht werden. Einerseits werden Kurden erschossen, andererseits sollen wieder andere Kurden dafür verantwortlich gemacht werden. Damit soll die kurdische Bewegung ins Visier genommen und als schuldig abgestempelt werden.

Wie bewerten Sie die Rede des türkischen Ministerpräsidenten mit den Drohungen gegen Ihre Bewegung und gegen die BDP und ihre Wähler?

Wir sehen, dass sich die Zielgruppe des Ministerpräsidenten mit jedem Tag erweitert. Seine Absicht ist nicht nur, unsere Bewegung zu liquidieren. Er spricht von Marginalisierung. So gibt er zu, dass er uns die Massenbasis der kurdischen Freiheitsbewegung nehmen will. Mit dieser Rede hat er seine wahre Absicht offenbart. Seine Drohungen richten sich nicht nur gegen PKK und BDP, sondern gegen alle, die bei den Wahlen ihre Stimme der BDP gegeben haben.

Der Ministerpräsident führt mit dem kurdischen Volk einen Kampf um die Willensstärke. Deshalb setzt er die Isolation gegen den Vorsitzenden des kurdischen Volkes durch, indem er Rechtsverletzung begeht. Des Weiteren greift er die Freiheitsbewegung dieses Volkes durch Luft- und Bodenoffensiven an, setzt das kurdische Volk einer extremen Polizeirepression aus, versucht es mit Folter und Verhaftungen einzuschüchtern. Die Frage ist, ob es vor der Unterdrückung der AKP einknicken wird oder nicht. Weder der Vorsitzende und seine Freiheitsbewegung noch das Volk selbst werden gegenüber dieser Repression und Gewalt in die Knie gehen. Aus diesem Grun-

de stößt der Ministerpräsident Drohungen aus und erklärt einer Gesellschaft den Krieg.

In derselben Rede versucht er sich mit Floskeln wie „meine Seele weint“ wie ein Held darzustellen und damit Politik zu machen. Wenn das so ist – bist du nicht derjenige, der diese Phase eingeleitet hat? Ein Jahr zuvor sagtest du „die Tränen der Mütter sollen versiegen“ und gleichzeitig startest du eine Militäroffensive nach der anderen, um kurdische Mütter für immer von ihren Kindern zu trennen und um ihnen das Herz zu zerreißen. Wenn deine Seele weinen würde – jeder weiß, dass dies nicht so ist –, weinen die Seelen der kurdischen Mütter erst recht. So erbarmungslos wie du mit deinen todbringenden Kräften angreifst und Kurdistan in Grund und Boden bombardierst und dich dann nicht einmal darum kümmerst, ob der Mensch gegenüber Schmerz oder Leid empfindet, und dann willst du ernsthaft behaupten, dass deine Seele weint?

Es stimmt, die Guerillakräfte haben bei der Aktion in Sêrt (Siirt) einen Fehler begangen,[1] besaßen aber den Mut, dies aufrichtig zuzugeben und sich zu entschuldigen. Du hingegen wirst dies nicht einmal ernst nehmen und wirst dich beschweren. Zuerst solltest du jedoch den Mut aufbringen, dich für deine Fehler und die deiner Streitkräfte zu entschuldigen. Betrachten wir die Ereignisse in Êlih (Batman) und Şemzînan (Şemdinli). Willst du nun ernsthaft behaupten, dass die vier Zivilisten durch die PKK gestorben sind? Haben deine Polizisten und Soldaten nicht den Mord begangen?

Sich zu entschuldigen ist wie eine Tugend und ist Tapferkeit zugleich, und es braucht Mut. Ihr seid aufgefordert, euch ebenfalls dem kurdischen Volk gegenüber zu entschuldigen. Keineswegs, weil ihr die dominante Nation und der herrschende Staat seid. In euren Augen verdient es ja das kurdische Volk zu sterben, es ist sogar legitim für euch. Mit einer solchen Gesinnung betrachtet ihr dieses Volk. Doch dieses wird nie wieder eine solche Gesinnung akzeptieren. Zugleich fordert ihr mit den Worten „unsere kurdischen Mitbürger müssen sich gegen die PKK wehren“ eine Distanzierung. Die PKK ist eine Bewegung, die mitten aus dem Herzen des kurdischen Volkes entsprungen ist. Niemand wird euren Lügen jemals wieder Glauben schenken. Umsonst ist die Mühe, umsonst ist das Blutvergießen. Hört auf damit. Geht zum Volk, versprecht die kurdische Frage auf friedlichem Wege zu lösen. Und lasst die Friedensrufe des Kurdenführers nicht ungehört. Stellt die Militäroperationen ein. Brauchen wir dann Waffen? Nein. Warum schlagt ihr nicht diesen Weg ein? Weil ihr die Sache aus nationalistisch-dominanter Sicht angeht und den Kurden ihre zustehenden Rechte nicht geben wollt. Ihr wisst, dass dies die Wahrheit ist.

Will der Ministerpräsident mit seinen Äußerungen Organisationen wie die Hizbullah motivieren?

Möglich ist es. Es könnten verschiedenste Kreise angesprochen worden sein, allerdings denke ich nicht, dass die Hizbullah sich wieder an die traditionelle türkische Politik, nach der sich die Kurden gegenseitig vernichten sollen, hängen wird. Der Grund ist, dass der Staat die Hizbullah ausgenutzt hatte, und nachdem er glaubte, unsere Bewegung beseitigt zu haben, ihre Führung verhaftet und ihre Liquidierung eingeleitet hat. Auch wenn einige von denen freigelassen wurden, ist doch klargeworden, dass die kolonialistisch, nationalistisch-rassistisch gesinnte AKP-Regierung dem kurdischen Volk, oder im Namen von oder für Kurden handelnden Kreisen, niemals korrekt gegenübertreten wird. Außerdem ist allseits bekannt, dass sogar große Aşirets [*in Clans organisierte Großfamilien*], die zur Unterdrückung kurdischer Aufstände mit dem Staat zusammengearbeitet hatten, anschließend verraten und zum größten Teil vernichtet wurden. Das sind historisch belegbare Fakten. Dies ist auch ein Stil der Türkei – „soweit möglich auspressen und danach wegschmeißen“. Daher sollte keine kurdische Person oder Organisation in die Falle „Kurden gegen Kurden“ tappen. Ich denke, dass die Hizbullah aus ihren Fehlern gelernt hat und sie nicht wiederholt.

Ist die Äußerung Erdoğans „Krieg gegen die kurdischen Terroristen, Prozesse gegen die kurdischen Politiker“ in diesem Zusammenhang zu verstehen?

Natürlich. Beabsichtigt ist die Spaltung der Kurden; gegen politische Vertreter Prozesse, gegen die Guerilla Krieg. Darauf fallen wir nicht herein, wir Kurden lassen uns nicht auseinanderdividieren. Die BDP hat sehr zügig geantwortet. Das heißt, dass das kurdische Volk ab sofort seine Einheit aufbauen und dementsprechend auftreten wird, was auch die Staatsseite zwingen wird, sich uns als solcher anzunähern. Der Staat, der seine Dominanz und kolonialistische Haltung aufzwingen will, muss endlich darauf verzichten, die Gegenseite methodisch teilen, spalten und schwächen zu wollen. Einige wertvolle Redakteure befassen sich auch mit diesen Themen, verzichten dabei aber nicht auf die kolonialistische Gesinnung. Würden sie das tun, dann könnten die kurdischen Forderungen, die legitim sind und zum Erhalt der Einheit der Türkei taugen, zutage treten. Doch kann bislang die gegenwärtige Dominanzmentalität nicht überwunden werden. Die zur Problemlösung erforderliche Gesinnung ist bisher in den oberen Etagen des Staates nicht auszumachen.

Nun aber droht der Ministerpräsident mit seiner Polizei- und Militärmacht sowie den noch tödlicheren und effektiveren Waffen der USA. Ich sage ganz offen: Dieses Vorhaben wird erfolglos bleiben. Wir sind nämlich stärker. Ich kündige an, dass dieser Staat und diese Regierung gegen die Freiheitsbewegung Kurdistans zum Verlieren verdammt sind. Wir stützen uns auf unsere Eigendynamik. Wir glauben an unser Volk und haben Selbstvertrauen. Es soll uns auch niemand zu belehren versuchen. Als Bewegung sind wir schon vierzig Jahre auf der politischen Bühne. Wir kennen die Türkei recht gut und verstehen was von Politik. In der Selbstverteidigung und der Kunst des Krieges sind wir erfahren. Von wegen, die PKK schneide sich ins eigene Fleisch oder vergifte sich selbst, mache Fehler; dies sind Falschinformationen und Interpretationen, denen niemand mehr glauben wird. Wir wissen, was wir tun. Die Kurden sind nicht mehr beherrschbar und steuerbar wie früher. Sie akzeptieren kein Dasein mehr ohne Status. Das kann ihnen dieser Staat nicht mehr aufzwingen. Das kurdische

Volk kämpft für seine Identität, Kultur und einen Status. Nun will der Ministerpräsident aber auf der einen Seite mit Imralı, in Oslo[2] Gespräche führen und auf der anderen Seite zahllose kurdische Politiker in die Gefängnisse stecken! Dieser Angriff ist für die kurdische Bevölkerung und ihre Politik eine große Frechheit.

Warum sind die Gespräche ohne Ergebnis geblieben?

Jetzt fragt man, warum. In erster Linie ist es der als „KCK-Operation“ laufenden Verhaftungswelle und politischen Liquidation geschuldet. Diejenigen, die die KCK-Verfahren inszeniert haben, bringen die Phase ins Stocken. Weil unter dem Vorwand der KCK-Verfahren tausende aufrechte, patriotische kurdische Persönlichkeiten, ohne eine gesetzeswidrige Handlung begangen zu haben, wie Geiseln festgenommen und festgehalten werden. Diese Geiselhaft dauert bereits zwei Jahre. Und dann stellt man sich hin und attackiert zum einen massiv politisch und militärisch, und zum anderen fragt man dann, warum die Gespräche gescheitert sind. Mit einer solchen Gewissenlosigkeit werden Sprache, Kultur und Politik eines Volkes sowie seine bescheidensten Forderungen abgelehnt und Angriffe gestartet, um sich dann jammernd hinzustellen. Wer soll einem das bitte abkaufen?



Jedes Jahr am 9. Oktober protestieren Kurdinnen und Kurden gegen die internationale Verschwörung. Am 9. Oktober 1998 hatte Abdullah Öcalan Syrien verlassen, um einer weiteren Eskalation zwischen Syrien und der Türkei den Boden zu entziehen. Damit begann eine Odyssee durch mehrere europäische Länder. Auf dem Weg nach Südafrika wurde er gekidnappt und an die Türkei übergeben. Foto: DIHA

Der irrtümliche Angriff der Guerilla auf das Zivilfahrzeug vor der Polizei in Sêrt (Siirt) wird mancherseits dafür benutzt, die Freiheitsbewegung Kurdistans mit Schmutz zu bewerfen. Das sind Opportunisten, die nur auf eine Gelegenheit warten. Die müssen unsere Leute gut kennen. Diejenigen, die vermeintlich für den Frieden einstehen, oder diejenigen, die behaupten, gegen Gewalt zu sein, sollen wissen, dass wir uns seit 18 Jahren für Frieden einsetzen. Vor lauter Appellen und Friedensrufen, die wir jahrelang machen, ist uns der Mund ausgetrocknet. Wir wollen den Frieden am allermeisten, allerdings bestehen wir auf einem ehrenhaften und aufrechten Frieden. Ehrlosigkeit werden wir niemals akzeptieren. Und hierin liegt das Problem. Es ist eine Frage des Willens und der Ehre. Die Ehrlosigkeit, die die AKP dem kurdischen Volk aufdrängt, wird dieses nicht hinnehmen. Weder die kurdische Bewegung noch deren Führung, im Gegenteil, sie werden Widerstand leisten und triumphieren. Unsere Argumente für den Widerstand und unsere Eigendynamik sind stark. Diese Dynamik bringt uns in eine Position, die kein Staat, keine ordentliche Armee, kein faschistischer Polizeiangriff überwinden kann. Deswegen darf unser Volk sich von den Drohungen des Ministerpräsidenten und den Verhaftungen nicht einschüchtern lassen und zurückziehen. Umso mehr muss es seinen Willen und seine Meinung überall kundtun, sich noch stärker organisieren und seine Stimme erheben, um durch diese Widerstandsbewegung den Feind zum Rückzug zu bewegen.

Im Moment versucht uns die AKP-Regierung durch die Ausweitung der Angriffe und hunderte Verhaftungen zu ersticken. Die Verhaftungswelle speziell in Gegenden wie Botan, Riha (Urfa), Dêrsîm (Tunceli), Istanbul oder Izmir ist eindeutig ein staatlicher Rachefeldzug gegen das Volk. Insbesondere die mehrfachen Verhaftungen in Pîrsûs (Suruç), die Angriffe auf die Stadtverwaltung sowie die Verhaftung des Bürgermeisters und seiner Mitarbeiter sind auffällig. Die AKP will sich mit aller Macht durchsetzen. Doch wird sich weder die Bevölkerung in Pîrsûs (Suruç) noch die in irgendeiner Gegend Kurdistans von den verlogenen Angriffen der AKP zum Rückzug zwingen lassen. Ihr liegt etwas an ihrer Würde, weshalb sie sich gegen die Rachefeldzüge der AKP verteidigen und diese nicht unbeantwortet lassen wird. Sie wird es verstehen, ihren Freiheitskampf zu steigern und zum Ziel zu führen. Gerade deswegen ist es wichtig, trotz der AKP-Drohungen und Verhaftungen Widerstand zu leisten, die aufgerissenen Lücken zu stopfen und das Ganze als eine patriotische und tapfere Pflicht zu sehen.

Wie bewerten Sie die Entscheidung des demokratischen Blocks um die BDP herum, auf Vorschlag des Kongresses für eine Demokratische Gesellschaft ins Parlament zurückzukehren, was zu Diskussionen geführt hat?

Wir als Bewegung denken, dass dieser Entscheidung Respekt gezollt werden muss. Ich weiß auch, dass sie manchen Patrioten oder einigen Vorständen nicht gefallen hat. Tatsächlich ist es jedoch in der jetzigen Zeit, in der die AKP-Regierung mit allen Mitteln und aller Macht den Anführer der kurdischen Bewegung, die Freiheitsbewegung selbst und die kurdische Politik angreift, notwendig, dass alle Parteien gemeinsam Widerstand leisten. Ich respektiere die Ansicht der Demokraten oder Revolutionäre, die dafür sind, dass die Blockmitglieder im Volk verbleiben. Das, was sie befürworten, ist auch teilweise richtig. Es stimmt, dass der Krieg der AKP für die kurdische Bevölkerung sehr erniedrigend, ausschließend, die Würde verletzend und ohne Respektierung ethischer Grenzen geführt wird. Die AKP-Regierung hat ein System geschaffen, in dem ein Polizist mit jeder erdenklichen Repression ein Verhör durchführen und ein Geständnis erzwingen darf. Daher sollten wir unsere Ehre und Würde niemals aufgeben. Das werden wir auch nicht.



Die kurdische Bevölkerung steht hinter Abdullah Öcalan. Dies wird mit unterschiedlichen Aktivitäten und Initiativen immer wieder neu demonstriert. Foto: DIHA

Aufgrund dessen verstehe ich den Standpunkt und sage auch nicht, dass alles falsch ist, was diskutiert wird, es werden aber manche Aspekte nicht beachtet: Erstens würden diese Einzelpersonen die Widerstandsphase nicht schwächen, sondern aktiv unterstützen, wenn sie entsprechend der Erklärung der BDP und ihres Vorsitzenden Selahattin Demirtaş handeln würden. Um sich für alle Völker der Türkei einsetzen und eine Plattform zur Verteidigung der kurdischen Anliegen sowie der demokratischen Kräfte ermöglichen zu können, ist dies als offene Tür zu begreifen, die nicht zugeschlagen werden sollte.

Die Haltung, nicht ins Parlament zu gehen, zielte darauf ab, gegen die kolonialistische und dominante AKP-Politik zu protestieren. Sie war richtig und hat ihren Zweck erfüllt. Nun aber könnte gegen diese Politik gerade in dieser Widerstandsphase eine breitere Front, anstatt sich zurückzuziehen, durch eine Offensive, wenn möglich im Wege des Dialoges und der Diskussion, im Rahmen aller Widerstandsbemühungen und Aktionen zu einer Verstärkung beitragen. In diesem Punkt muss dann auf das in der Erklärung gegebene Wort vertraut werden. Damit will ich sagen: Auch die Freunde, die die Entscheidung mit Bedenken betrachten, können sich im genannten Rahmen trotzdem an der Phase beteiligen und sie stärker unterstützen. Weil wie bei jeder anderen auch für die politische Front eine breite und starke Gruppe benötigt wird, die die Unterstützung der Bevölkerung hat. Dies sollten sich alle demokratischen Organisationen und unser Volk vor Augen führen und danach ihre Haltung bestimmen.

Außerdem ist für den Erfolg dieses Kampfes wichtig, dass alle den Beitrag leisten oder die Aufgabe erfüllen können, zu denen sie imstande sind. Das sollte man auch bedenken und deswegen in jeder Situation den Einzelfall sehen und nicht eine Haltung vorschieben. Für eine konstruktive Teilnahme an der Phase sind mehrere Aspekte zu beachten. Werden alle berücksichtigt, denke ich, dass die Entscheidung von BDP und Block, wieder ins Parlament einzuziehen, für unser Volk sinnvoll und hilfreich sein wird. Das, worauf es ankommt, ist, dass an dieser Front die Freiheitsbestrebungen unseres Volkes unterstützt werden und dass dies bei den aktuellen Angriffen als positiver Faktor genutzt werden kann.

Außerdem ist bekannt, dass die Türkei dabei ist, eine neue Verfassung zu erarbeiten. Hauptziel unseres Vorsitzenden und unserer Bewegung ist die Lösung der kurdischen Frage im Rahmen der Verfassung. Das Problem der Identität und des Status kann nur auf diesem Wege behoben werden. Wenn das heutige Parlament eine neue Verfassung verabschieden und darin die kurdische Frage lösen will, kann es die Lösungsperspektive des Parlaments vom 10.03.1922 zum Vorbild nehmen, als eine kurdische Autonomie vorgesehen war. Mit der gleichen Perspektive kann man zu einer langfristigen Lösung kommen. Daher ist es wichtig, die kurdische Sicht in die Öffentlichkeit zu tragen und die Rolle des Parlaments als

Plattform für die gesamte Gesellschaft der Türkei richtig einzuschätzen. Aus all diesen Punkten lässt sich sagen, dass die Rückkehr ins Parlament mit Vorteilen verbunden ist.

Es wird heftig diskutiert, welche Seite für das erneute Aufflammen der Kämpfe verantwortlich ist. Insbesondere der AKP-nahe Medienapparat behauptet, die kurdische Bewegung habe begonnen. Wie kam es zur aktuellen Situation?

Es ist eine Tatsache, dass der türkische Staat bisher alle kurdischen Bewegungen mit unterschiedlichen Taktiken getäuscht, betrogen und besiegt hat. Dagegen hat an unserem Beispiel eine Wiederholung der Geschichte nicht stattgefunden. Wir sind nicht in diese Falle gegangen. Dank Warnungen und Perspektiven des Vorsitzenden Apo ist in der aktuellen Situation der größte Erfolg der PKK, sich nicht betrügen zu lassen und der Täuschung keinen Spielraum zu lassen. Und wie? Wir haben Vorkehrungen getroffen für den Fall, dass der Staat seine Linie nicht ändert. Wir hier haben der Delegation [*des Staates bei Öcalan auf Imralı*] und ihrem Streben nach Gesprächen sowie ihrem Lösungsansatz viel Wert beigemessen, und wir schätzen sie weiterhin. Leider billigten weder die Regierung noch der Ministerpräsident der Delegation genügend Autorität und die erforderliche Initiative zu. Dazu kommt, dass keine praktischen Schritte eingeleitet wurden, um die Phase in Gang zu bringen. Aus diesem Grund blieben die Gespräche ohne Wirkung.

Allein die Aktionspause und der Rückzug reichten nicht aus. Ursache für das Stocken war vielmehr, dass keiner der besprochenen Schritte praktiziert wurde und dass der politische Genozid ununterbrochen anhielt. Weiterhin wurden die militärischen Angriffe fortgesetzt. Zum Beispiel sind in der Zeit von März bis Juni 2011 bis zu 50 unserer Freunde gefallen, trotzdem gingen die KCK-Verhaftungen weiter. Diese Faktoren bremsten den ganzen Prozess. Und wer gibt den Befehl für diese Operationen? Der Ministerpräsident. Ansonsten waren wir an einem fortgeschrittenen Punkt angelangt. Sowohl die Delegation als auch wir waren bemüht. Aber als dann in der Praxis kontraproduktive Schritte folgten, sind unsere Bemühungen vergeblich geblieben. Das, was wir als Bewegung gemacht haben, war vorsichtig agieren. Unser Vorsitzender hatte einst zu uns gesagt: Ich vertraue euch, ich treffe aber trotzdem meine Sicherheitsvorkehrungen. Wir taten jetzt dasselbe und sicherten uns ab. Einerseits führten wir Gespräche, andererseits setzten wir unsere Vorbereitungen fort. In jener Phase hatten wir die Alternative festgemacht: eine demokratische Lösung in Verbindung mit der Verfassung oder revolutionärer Volksaufstand. Bei der Lösung mit der Verfassung meinen wir es ernst. Für den Fall, dass der Staat dies doch nicht will, haben wir, um uns zu verteidigen und Widerstand zu leisten, unsere Kräfte für einen revolutionären Volksaufstand vorzubereiten versucht. Diese Vorkehrung war keine Arglist und auch nichts Geheimes.

Genau diese zuvor genannten Medienkreise nehmen die Äußerungen mancher unserer Freunde zum Anlass, um zu behaupten, wir hätten den Startschuss zum Krieg gegeben. Das stimmt so nicht. Wir hatten eine Alternative, das stimmt. Weil das kurdische Volk immer schon von Staaten betrogen worden war. Es gibt bei uns ein Sprichwort: Selbst wenn der Staat ein Esel ist, steige nicht auf! Deshalb mussten wir vorsichtig handeln. Trotzdem sind wir im Hinblick auf eine demokratische Lösung entschlossen bis zum Ende. Manche versuchen, uns die Worte umzudrehen und uns so darzustellen, als hätten wir den Krieg begonnen. Das stimmt aber nicht. Die Wahrheit ist, dass wir für die demokratische Lösung bereit sind. Beim Gegenüber hat sich herausgestellt, dass in den Wintermonaten schon mit regionalen und internationalen Mächten Beziehungen aufgebaut wurden, um eine Vernichtungsoperation ähnlich wie gegen die Tamilen zu starten.

Wären erneute Gespräche möglich?

Wenn ein Problem besteht, und wenn es sich um ein gesellschaftliches handelt, wird natürlich eine Zusammenkunft am selben Tisch unausweichlich sein. Selbstverständlich sind erneute Gespräche möglich. Allerdings gibt es im Hinblick auf unseren Vorsitzenden Apo Kriterien – Gesundheit, Sicherheit, Bewegungsfreiheit –, ohne deren Erfüllung eine neue Gesprächsphase keinen Sinn macht. Der Grund ist, alles wurde gesagt und diskutiert, als Letztes wurden Protokolle vorbereitet, als es an die Realisierung ging, kam alles ins Stocken. Die praktischen Schritte sind nun als Erstes, dass unser Vorsitzender Apo in eine Umgebung kommt, in der er seine gesundheitlichen Probleme beheben kann und seine Sicherheit gewährleistet ist, und dass er sich frei bewegen und an der Phase beteiligen kann.

Insbesondere für die Umpositionierung der militärischen Kräfte und für den Beginn der neuen Phase ist seine Präsenz erforderlich. Dies muss gewährleistet werden. Doch wird das in Imralı nicht möglich sein. Das ist für uns nun ganz klar und sicher. Niemand soll irgendwie versuchen, diese Tatsache zu umgehen.

An dieser Stelle versucht uns die AKP-Regierung zu vernichten. Wenn sie es schafft, dann bitte. Wir haben Selbstbewusstsein. Wir sind offen. Auch unser Volk kann selbstbewusst sein. Weil wir in einer Erfolgsphase sind. In dieser historischen Zeit sind die Voraussetzungen für einen Sieg auf unserer Seite. Gegenüber dem gerechten Kampf und dem gesellschaftlichen Widerstand unseres Volkes kann keine Macht bestehen bleiben. Dabei sollen alle wissen, dass sich unser Widerstandskampf nicht nur auf das Widerstehen bezieht, sondern Fortschritt und Errungenschaften zum Ziel hat. ♦

Fußnoten:

1- Am 20. September töteten Guerillakräfte vier Frauen und verletzten zwei weitere, als sie einen zivilen Kleinbus vor einer Polizeischule angriffen, weil sie ihn für ein Polizeifahrzeug hielten.

2- Gespräche zwischen Vertretern der PKK und des Nationalen Geheimdienstes MIT in der ersten Jahreshälfte in Oslo, die bis zum Auftauchen von Mitschnitten im Internet von türkischer Seite bestritten worden waren.

Murat Karayılan in einem Brief an Ahmet Altan, ANF, 08.10.2011

… glaubt der psychologischen Kriegführung der türkischen Medien nicht …

In einem Brief an den Chefredakteur der Zeitung „Taraf", Ahmet Altan, rügte der KCK-Exekutivratsvorsitzende Murat Karayılan die Herangehensweise der Zeitung an die kurdische Frage und die PKK mit Formulierungen wie „wir drohen nicht, sondern kritisieren" und wies zusätzlich darauf hin, dass er in der Zeitung eine Berichterstattung über die AKP-Regierung beobachte, als habe diese eine reine Weste. Mit der Behauptung, die Taraf würde einige Artikel „unter dem Tisch" verfassen [*aufgrund von Vorgaben offiziöser Stellen*], veröffentlichte ANF am 8. Oktober 2011 den Brief Karayılans an Altan.

Sehr geehrter Herr Ahmet Altan!

Eigentlich bin ich es nicht gewohnt, JournalistInnen Leserbriefe zu schreiben, jedoch halte ich einige Zeilen an Sie für notwendig. Aber ich werde auf Ihre Behauptungen, ich sei arrogant, anmaßend und bedrohlich, nicht eingehen. Bis jetzt habe ich auch nicht auf die Kritik an mir und die Beschuldigungen gegen mich reagiert. Ich ziehe es vor, meine Realität in die Praxis umzusetzen. Ich glaubte immer daran, dass Lebensweise und Praxis der Spiegel der Person sind.

Es gibt zwei Gründe, weshalb ich Ihnen schreibe. Erstens empfinde ich, dass Ihre Analysen und Informationen Defizite aufweisen, die eventuell an einem Mangel an Wissen liegen können, aber in der Öffentlichkeit richtiggestellt werden müssen. Zweitens möchte ich feststellen, dass ich trotz Ihrer Behauptungen noch nicht den Glauben an Sie und Ihr Engagement für die Wahrheit und das Brechen einiger Tabus verloren habe.

Zuvor möchte ich betonen: Wir KurdInnen, obwohl eines der ältesten Völker in Mesopotamien, sind an dem Punkt angelangt, die drückende kolonialistische Assimilationspolitik beenden zu wollen. Es ist eine Ungerechtigkeit, die jahrhundertelang unterdrückten und massakrierten kurdischen FreiheitskämpferInnen mit dem herrschenden nationalistischen Staatssystem und seiner unterdrückerischen Armee in einen Topf zu werfen. Dabei ist es irrelevant, ob der-/diejenige bewaffnet ist oder nicht, sondern welche hohen menschlichen Ziele gemessen werden oder welche politische Mentalität an sich.

Sie fragen, wer ich sei, dass ich den KurdInnen Anordnungen oder Befehle erteile. Ich bin sicher, dass die Öffentlichkeit und unser Volk mich sehr gut kennen und wissen, wer ich bin. Auch Sie wissen es sehr wohl, aber Sie verhalten sich wie der Staat, weil Sie unsere Bewegung nicht kennen. Auch hier werde ich es als ausreichend erachten, mit wenigen Zeilen zu kommentieren.

Ich versuche als eine Person, die aus der Kultur eines seit Jahrhunderten massakrierten, vertriebenen, unter Repression und Drohungen totgeschwiegenen, vor einiger Zeit noch schutzlos gewesenen Volkes hervorgegangen ist, Vertreter einer Bewegung zu sein, die lange und entschlossen einen Kampf anführt; in diesem Sinne 20 000 Gefallene hat; die mit 6 000 Menschen inklusive des Vorsitzenden in die Gefängnisse gesteckt wird; die im Recht ist, einen richtigen Weg einschlägt, und von nichts als aus ihrer eigenen Kraft lebt; für das Wohl und die Freiheit des Volkes sich aufopfert; menschliche Gefühle, Denken und ihre Fähigkeiten nutzend, erbitterten Widerstand leistet.

Ich bin Mitglied einer Organisation, die sich gegen eine hochtechnisiert ausgerüstete Armee behauptet, deren Befehlsgeber im Namen der kapitalistischen Moderne regionale und internationale Allianzen bilden und dabei für Profit über Leichen gehen. Ohne eigene, persönliche Ziele zu verfolgen und dabei asketisch lebend, versuche ich der Geschwisterlichkeit der Völker und dem Frieden zu dienen.

Wenn Sie erlauben, diese Bewegung hat allein aufgrund ihrer Haltung, ihrer Aktivitäten und Worte die Kraft für einen erheblichen Einfluss in der Türkei und der Region. Daher gibt es nichts Natürlicheres, als die Denkweise dieser Organisation oder ihre Ansicht zu einem Thema zu vermitteln. Das ist ja sowieso meine Aufgabe.

Das Interessante ist, dass wenn wir eine Antwort geben oder eine Feststellung treffen, und das in einem Umfeld, das über uns redet und uns sogar beleidigt, diese direkt als Drohung aufgefasst werden. Ich möchte hervorheben, dass ich weder Sie noch sonst jemanden bedroht habe.

Dass wir der BDP angeordnet hätten, sie solle nicht ins Parlament einziehen, stimmt überhaupt nicht. Diese Nachricht haben sich Ihre MitarbeiterInnen selbst ausgedacht. Wer behauptet, diese Nachricht aus „Insider-Quellen" zu haben, lügt. Wir gingen immer davon aus, dass unsere Abgeordneten nach den Wahlen ins Parlament einziehen würden. Das Gegenteil haben wir nie bedacht und behauptet. Schließlich kann von keiner Anordnung die Rede sein, die von unseren Überlegungen abweicht.

Sehr geehrter Herr Altan!

Es gab in den letzten zwei oder drei Jahren offizielle Gespräche mit StaatsvertreterInnen. Mitschnitte daraus kamen sukzessive in die Medien, ohne dass wir davon wussten. Eigentlich gab es einen Konsens, dass diese Mitschnitte bis zu einem geeigneten Zeitpunkt nicht in der Öffentlichkeit verbreitet werden. Außerdem wurde in den Medien publik, dass es parallel zu den anderen Gesprächen Unterredungen mit Öcalan auf Imralı gab.

Trotz allem haben wir die Gespräche nicht beendet, wie Sie behaupten. Sie fragen uns, wieso wir die Gespräche abgebrochen und die Gewalt forciert hätten, worauf ich angeblich die „KCK-Operationen" als Legitimation angegeben hätte. Vor allem möchte ich betonen, dass ich so etwas nicht gesagt habe, sondern lediglich erwähnte, dass die Gespräche zu keinem Ergebnis führen können, wenn gleichzeitig eine KCK-Operation stattfindet.

Ich weiß nicht genau, ob Sie wirklich denken, wir hätten wegen der seit zwei Jahren andauernden KCK-Operationen einseitig die Gespräche beendet, oder ob Sie das Vorurteil hegen: „Die sind sowieso TerroristInnen und wollen nur kämpfen, sie kennen nichts anderes." Aber ich glaube, dass Sie auf Ihr Gewissen hören werden und mir erlauben, die Wahrheit zu schildern. Ich bin sicher, dass Sie keine mangelnde oder falsche politische Haltung finden.

Wir sind insbesondere keine Organisation, die denkt, einen Konflikt mit Waffengewalt lösen zu können. Es stimmt, dass wir als eine bewaffnete Widerstandsbewegung groß wurden, allerdings war das bis in die 90er Jahre eine wichtige Voraussetzung, um die kurdische Frage auf die Tagesordnung zu bringen. Aus diesem Grund bemühte unser Vorsitzender Abdullah Öcalan sich seit 1993 mit nicht weniger als 18 einseitigen Versuchen, eine friedliche Lösung einzuleiten. Aber es ist wahr, dass sich ab 1984 bis 1999 eine in den Bergen systematisch organisierte Guerillabewegung etablierte. Diese Kraft besteht nicht wie die IRA oder die ETA aus Hunderten von KämpferInnen, sondern aus mehreren Tausenden. Wir sind gegenüber Veränderungen, die die kurdische Frage betreffen oder aber auch die Umstrukturierung der Organisation bedeuten würden, stets offen gewesen, weil auch die Lösung der kurdischen Frage mit der kurdischen Guerilla sehr eng verflochten ist. Wer das nicht sieht, kann keine ernsthafte Lösung herbeiführen. Diese Bewegung, die für die Freiheit in die Berge ging, hat ohne Niederlage die Forderungen von Millionen erfolgreich auf die Tagesordnung gebracht. Von einer solchen Kraft können Sie nicht erwarten, dass sie sich von innen heraus selbst zerstört. Lediglich im Falle einer Lösung der kurdischen Frage, aber auch nur dann, kann darüber diskutiert werden, wie sich diese Kraft wieder in das gesellschaftliche Leben integrieren kann. Das ist letztendlich mit Dialogen und gesellschaftlichen Kompromissen verknüpft. Es ist schließlich offensichtlich, dass ein Staat, der diese Forderungen ablehnt und Guerillas mit Waffengewalt eliminieren will, keine Ergebnisse erzielen kann.

Kurz, während wir immer friedliche Annäherungen wagten, akzeptierte die Gegenseite unsere Haltung leider nicht und entwickelte weder einen Weg zum Frieden noch eine gewaltlose Herangehensweise.

Bei der Lösung dieser Frage ist Aufrichtigkeit ausschlaggebend. Während vielleicht einige Individuen Aufrichtigkeit bewiesen, erkennen wir dieselbe in keinster Weise bei dieser Regierung. Es liegt zusätzlich auf der Hand, dass es Vertrauensbrüche gab. Daher wurde festgestellt, dass mit oberflächlichen mangelhaften Gesprächen und ohne eine ehrliche Annäherung Erfolglosigkeit vorprogrammiert ist.

> Kurz, während wir immer friedliche Annäherungen wagten, akzeptierte die Gegenseite unsere Haltung leider nicht und entwickelte weder einen Weg zum Frieden noch eine gewaltlose Herangehensweise

Sie behaupten zudem, dass wir während der Annahme der kurdischen Forderungen durch die Regierung die Verhandlungen abgebrochen hätten. Das entspricht nicht der Wahrheit. Wir haben diesen Krieg nicht begonnen. Wegen der militärischen Offensiven sind am 14. März in Şirnex-Basê (Şırnak-Güçlükonak), am 18. März in Çewlîg-Azaxpêrt (Bingöl-Adaklı), am 1. April in Hatay-Hassa, am 20. April in Maraş-Bazarcix (Maraş-Pazarcık), am 27. April in Dersim-Pilemuriye (Tunceli-Pülümür) und am 14. Mai in Sêwas-Çît (Sivas-Imranlı) 49 unserer GenossInnen gefallen. Diese FreundInnen waren nicht in kämpferische Konflikte verwickelt, sondern gingen nur ihren täglichen Lebensnotwendigkeiten nach. Aber der Staat, von dem Sie behaupten, er erfülle die Forderungen der KurdInnen, massakrierte nicht zuletzt mit verbotenen biochemischen Waffen unzählige Menschen. In Farqîn (Silvan) wurden unsere KämpferInnen ebenso angegriffen, was aber in einem Gefecht nicht zu bedeuten hat, dass immer nur die eine Seite Verluste zu beklagen hat. In Farqîn (Silvan) verzeichnete dieses Mal die andere Seite Verluste.

Nur nahm die AKP, die nach der Wahl seit einem Jahr unsere Organisationen mit Gewalt schwächen will, den Fall in Farqîn (Silvan) als Legitimation. Wenn es nicht bereits vorher solche kriegerischen Intentionen gegeben hätte, wären im letzten Winter keine militärischen Abkommen mit dem Iran abgeschlossen oder ein großes Budget für Polizei und Armee reserviert worden. Natürlich haben Sie nicht mir, sondern Ihrem Ministerpräsidenten zu glauben. Dagegen kann ich nichts tun, aber ich werde trotz allem stets die Wahrheit aussprechen.

Es stimmt, die Verhaftungswelle gegen kurdische PolitikerInnen im Rahmen der „KCK-Operationen" begann am 14. April 2009. Dazu fragen Sie mich, wieso wir die Gespräche zwei Jahre lang führten und plötzlich abbrachen. Ich möchte klarstellen, dass die Gesandten für die Gespräche immer anführten, gegen diese Verhaftungen zu sein und sich um deren Einstellung bemüht zu haben. Aber wir mussten registrieren, dass die Festgenommenen nicht nur nicht freigelassen wurden, sondern noch zusätzlich wegen „Verteidigung in ihrer Muttersprache" das Verteidigungsrecht entzogen bekamen. Dazu kommt, dass die Militäroperationen nicht gestoppt wurden.

Ihre RedakteurInnen, die ich nun nicht beim Namen nennen will, bemühen sich, die Freiheitsbewegung als Kriegsbeginner und Kriegstreiber darzustellen

Warum gab es Aufruhr, weil sich einige Personen auf Kurdisch verteidigen wollten, wobei einst Kurdisch erlaubt worden war? War hier die Lösung dieses Problems auch schwer? Ich weiß ganz genau, dass diese problematisierenden RichterInnen der Regierung sehr nahe stehen. Sie hätten also dieses Problem lösen können, aber stattdessen halten sie die KCK-Gefangenen wie Geiseln. Und heute steht dieses ganze Unterfangen als größte Bedrohung da und verfolgt einen politischen Genozid. Während einerseits die Gespräche für eine politische Lösung andauerten, bestand andererseits der Widerspruch, dass unsinnigerweise kurdische PolitikerInnen wegen KCK-Mitgliedschaft inhaftiert wurden.

Außer den bereits erwähnten Gründen und fortdauernden militärischen Offensiven, die die ergebnislosen Gespräche verantworten, gab es da noch die Ablehnung und die Ignoranz der Gesprächsprotokolle durch Ministerpräsident Erdoğan. Wie Sie festgestellt haben, wäre es nicht zu Kampfhandlungen gekommen und die Operationen wären nicht begonnen worden, hätte er gesagt: „Ja, wir geben euch Autonomie, das Recht auf Muttersprache und die Freilassung Öcalans." Ich sage es offen: Ich höre dies auch zum ersten Mal von Ihnen. Die Protokolle enthalten tatsächlich solche Punkte. Aber obwohl die staatlichen Gesandten die Forderungen als umsetzbar betrachteten, gab es darauf keine Reaktion. Stattdessen wurde die Gangart verschärft.

Ich weiß nicht, ob Sie es nicht verfolgen, aber der Vorsitzende Apo hatte bei einem Anwaltsgespräch am 18. Juli angegeben, dass das Problem innerhalb einer Woche lösbar wäre, wenn sich der Ministerpräsident öffentlich statt für Gewalt für einen demokratischen und friedlichen Prozess aussprechen würde. Haben Sie diese Aufforderung denn nicht mitbekommen? Natürlich haben Sie das. Vielleicht haben Sie es ja bewusst ignoriert, weil es gerade nicht in Ihre Rechnungen passte. Ich möchte das nicht nur für Sie feststellen, sondern appelliere besonders an diejenigen, die uns beschuldigen. Hat unser Vorsitzender das nun für die Lösung der Frage vorgeschlagen oder nicht? Definitiv tat er es. Es ist niedergeschrieben und dokumentiert worden. Und gab es seitens Erdoğans oder gar überhaupt von Regierungskreisen eine Antwort darauf? Nein! Gab es nicht stattdessen noch mehr Drohungen, den Terror besiegen zu wollen? Haben Sie das beobachten können? Bitte erinnern Sie sich an die Haltung von AKP-VertreterInnen zur Krise der ParlamentarierInnen in der letzten Zeit. Um es kurz zu machen, es gab keinerlei Lösungsannäherungen seitens der AKP und des Staates an die Forderungen wie Autonomie, Recht auf Muttersprache und Freiheit für Öcalan. Es gab noch nicht einmal irgendeine Annäherung.

Bei all diesen Fakten, wie können Sie noch behaupten, es gäbe Zugeständnisse bei den geforderten drei Anliegen? Wann soll der Staat diese gemacht haben? Wir haben so etwas nicht mitbekommen. Wenn Sie darüber mehr wissen, lassen Sie es uns wissen. Es tut uns leid, aber anscheinend sind das nur Behauptungen, um Ihre vorurteilsbehafteten Gefühle zu rechtfertigen. Wenn dem nicht so sein sollte, dann würden wir uns über die Quelle Ihrer privilegierten Informationen sehr freuen.

Dass der Vorsitzende Apo gesagt hat, dass mit den Delegierten die Gründung von Kommissionen vereinbart wurde, hat Sie richtig in Panik versetzt. Dabei war die Schaffung einer „Verfassungs- und Friedenskommission" aufseiten der Delegierten eine begrüßte Forderung, die aber im Endeffekt nicht umgesetzt wurde.

Herr Altan,

Ihre RedakteurInnen, die ich nun nicht beim Namen nennen will, bemühen sich, die Freiheitsbewegung als Kriegsbeginner und Kriegstreiber darzustellen, und beziehen sich dabei auf unsere Erklärungen, um somit der AKP eine weiße Weste zu besorgen. Es ist sehr lang geworden, aber es würde helfen, hier ein wenig für Klarheit zu sorgen:

In jedem Geschichtszyklus wurden die KurdInnen von Staaten getäuscht und zum Spielball gemacht. Es ist so, dass ich bereits als Kind von alten Menschen mit den Worten „Dewlet bi ker be jî xwe lê meke" (Selbst wenn der Staat ein Esel ist, steige nicht auf!) vor dem Staat gewarnt wurde. Ist das nicht merkwürdig? Und wieder werden wir die Worte des Anführers des Dersim-Aufstands, Seyit Riza, nicht vergessen: „Ich bin auf eure Betrügereien hereingefallen. Das soll mir eine Lehre sein.

Doch werde ich vor euch niemals niederknien und das soll euch eine Lehre sein!“ Diese Aussagen symbolisieren, außer den Lehren und Erfahrungen, das ständige Ausnutzen des kurdischen Volkes und den unaufhörlichen Betrug.

Ich behaupte, dass der Staat uns nicht hat übertölpeln können, weil die kurdische Freiheitsbewegung das erste Mal einen nicht zu täuschenden und unbeirrbaren Wegweiser wie Öcalan hat. Wir konnten erkennen, dass die staatlichen Delegierten zwar einige Bemühungen für eine Lösung zeigten, aber auch die Haltung des Staates dabei zu keinen Fortschritten führte. Wir bestanden auf der Entwicklung einer neuen Lösungsmentalität und versuchten alles, um sie in die Tat umzusetzen. Daher haben wir, trotz nicht gegebener Versprechen, die Verhandlungen fortgesetzt. Aber als kurdische Freiheitsbewegung haben wir aus der Geschichte gelernt und uns entsprechend gegen jegliche Eliminierungsversuche gewappnet. Ja, dieses Mal gab es keinen Rückfall und wir haben uns nicht geirrt. Unsere Strategie war die friedliche demokratische Lösungslinie, aber neben unseren Bemühungen haben wir gegen die Vernichtungsbestrebungen die Perspektive eines revolutionären Volksaufstandes ausgearbeitet. Wir waren stets einer friedlichen Lösung zugewandt, dennoch auch gezwungen, gewisse Schutzvorkehrungen zu treffen.

Und inwiefern wäre es jetzt berechtigt, nicht die wesentlicheren friedlichen Bemühungen zu betrachten, sondern stattdessen auf die Schutzmaßnahmen zu fokussieren und sie auch noch als Kriegsbeginn zu verleugnen? Wir sind jeglichen Schritt in Richtung Lösung gegangen, doch der Staat hat keinen in die Tat umsetzen wollen. Vergessen wir einmal die praktische Umsetzung, bis auf die Versprechungen und Zusicherungen der Abgesandten haben wir von staatlicher Seite selbst keine zuversichtlichen Erklärungen erhalten. Als der Kongress für eine Demokratische Gesellschaft (DTK) die Demokratische Autonomie ausrief und zufällig parallel die Farqîn-(Silvan-)Gefechte stattfanden, konnten wir das wahre Gesicht des Staates erleben. Es liegt auf der Hand, dass diese Hardliner-Haltung bereits vorbereitet war. Aufgrund dessen hatte der Staat keinerlei Probleme, seine aggressive Politik zu entwickeln.

Herr Altan,

Ihr Ministerpräsident ist bereit, für den Machtzuwachs politisch alles zu tun. Kaltblütig arbeitet er an seiner Karriere. Aber einem Grundproblem der Türkei konnte er sich bisher nicht nähern. Wie er sich künftig verhalten wird, kann ich jetzt nicht sagen, aber dass die kurdische Frage eines der Hauptprobleme der Türkei ist, steht fest. Um dieses Problem lösen zu können, bedarf es eines politischen, starken Willens sowie einer Führung, die in die Geschichte eingehen wird. Natürlich muss eine solche Führung für das Wohl ihres Landes sorgen und dafür bereit sein, Risiken einzugehen. Jetzt!

Oft wird geschrieben, Erdoğan sei ein großes Risiko eingegangen, weil er MIT-Angehörige mit PKKlern sprechen ließ. Wobei hier die Intention weniger eine Lösung als eine größere WählerInnenschaft war. Ich wünschte, es wäre anders; ist es aber nicht. Ich unterstreiche: Der Ministerpräsident ist dieses „Risiko“ eingegangen, um die Wahlen zu gewinnen. Sein Ziel ist es nicht, die Frage am Ursprung zu lösen, sondern einige oberflächliche Aktivitäten zu unternehmen, um die KurdInnen für sich zu gewinnen. Ich sage es zum allerersten Mal Ihnen: Der Ministerpräsident strebte keine wahrhaftige Lösung an, sondern lediglich eine Waffenruhe, um die Wahlen in Ruhe gewinnen zu können. Bei den Kommunalwahlen 2009 wollte er einen Waffenstillstand, worauf wir dann eingingen. Selbst den geforderten Waffenstillstand vor dem Verfassungsreferendum haben wir bewilligt. Vielleicht begrüßte er unsere Boykott-Haltung nicht, aber sein Hauptziel, der Waffenstillstand, wurde erreicht. Vor den Wahlen am 12. Juni hat er die Abgesandten kalkulierend für einen weiteren Waffenstillstand benutzen können. Wir haben uns ohnehin ohne Unterbrechung an die Waffenruhe gehalten. Trotz der Verluste im Frühling haben wir auf der Fortsetzung der Waffenruhe bestanden und fühlten uns an unser Versprechen gebunden. Jedoch hat Erdoğan alles seinem eigenen Verdienst zugeschrieben, indem er die Bemühungen Abdullah Öcalans und der Bewegung ignorierte. Er sah es als seinen persönlichen Erfolg an. Und daraufhin beendete er die Phase am 12. Juni und startete sein eigentliches Projekt. Das ist das, was passiert ist. Wenn Sie die Tatsachen erfahren wollen, dann liegen sie hier verborgen.

Es ist so, dass ich bereits als Kind von alten Menschen mit den Worten „Dewlet bi ker be jî xwe lê meke“ (Selbst wenn der Staat ein Esel ist, steige nicht auf!) vor dem Staat gewarnt wurde

Der Ministerpräsident ließ niemand übrig, der/die nicht vor ihm einknickte, und hat alle Hindernisse bewältigt, um alles in die Knie zwingen zu können. Das glaubt er; doch umso mehr verlangt er, dass die PKK sich ihm ebenso unterwirft. Die PKK ist aber eine Bewegung des Volkes, das aus tiefsten Freiheitssehnsüchten heraus eine gestärkte Widerstandsbewegung bildet. Was seinen Freiheitswillen betrifft, wird das Volk keine Kompromisse eingehen. Aber nicht nur für die KurdInnen, selbst für die türkische Gesellschaft fühlen wir uns verantwortlich. Deswegen hat die Bewegung stets eine ehrliche Herangehensweise demonstriert und einzelne Punkte ihres Lösungskonzepts aus Nachsicht bescheiden gehalten, um ein angemessenes Lösungsprotokoll verwirklichen zu können. Auf der Grundlage der Solidarität aller in der Türkei lebenden Völker wurde eine angemessene Formulierung ausgearbeitet. Aus diesem Grunde würden Kompromisse bedeuten, vor dem Ministerpräsidenten auf die Knie zu gehen. Das ist für Menschen, die in Würde und Anstand leben wollen, keine Option. Außerdem ist bekannt, dass die PKK in puncto Prinzipien stets eine konsequente Haltung bewiesen hat. Ein Rückschritt

wäre daher keine Alternative, da es hier um eine Sache der Würde, der Ehrenhaftigkeit und der Zukunft geht.

Aber der Ministerpräsident beharrt darauf, dass wir Rückschritte machen, indem er auf seine technisch hochgerüstete Armee setzt. Ich weiß sehr genau, dass er versucht, uns durch Attentate mit US-Drohnen zu eliminieren. Also frage ich Sie: Wenn jemand eine friedliche Lösung will, warum sollte er/sie hinter hochtechnologischen tödlichen Waffensystemen herlaufen?

Ist es zudem in Ihren Gesetzen so geregelt, dass Inhaftierte ihre Angehörigen oder ihre AnwältInnen nicht sehen dürfen? Wann wurde dieses Recht aufgehoben? Mit welchem Erlass wurde uns der Besuch bei unserem Vorsitzenden seit zwei Monaten verweigert? Seit sechs Monaten kann er seine Familienangehörigen nicht sehen. Es ist offensichtlich, dass diese Willkür bezweckt, unsere Bewegung zu schwächen, und dass Ihr das sogar als normal empfindet. Außer Euch wurde eine Armada von JournalistInnen für eine intensive, psychologische Hetzkampagne, parallel zur physischen Kriegsführung, mobilisiert, die zufriedenstellende Ergebnisse aufweisen soll.

Während die anderen sich offensiv gegen die kurdische Frage einordnen, tun Sie so, als würden Sie sich für die Frage einsetzen und darüber diskutieren …

Gut, was muss dann noch zum derzeitigen grenzenlosen, politischen Genozid gesagt werden? Weder kennen wir diese festgenommenen Personen, noch haben sie etwas mit der KCK zu tun. Sie sind lediglich kurdische PolitikerInnen, die auf legalem Wege für Demokratie kämpfen und sich dem bestehenden System nicht unterwerfen wollen. Das sind die Gründe für ihre Verhaftung. Trotz der Beendigung des Parlamentsboykotts des von der BDP geführten unabhängigen Blocks erreicht die Repression im Namen der KCK-Verfahren, entgegen der eigentlich erwarteten Beruhigung der Lage, ihren Höhepunkt. Es ist klar, dass die kurdische Politik in Verruf gebracht, zu Boden geworfen und ihr Wille gebrochen werden soll.

Ich werde nicht darauf eingehen, dass das alles mit der Erlaubnis der USA vonstattengeht. Wäre es aber nicht richtiger, anstatt die US-Führung anzuflehen, eher herzukommen und mit den eigenen BürgerInnen die Problematik zu diskutieren und somit zu lösen? Ohne Zweifel wäre das das Richtige, werden Sie jetzt sagen; aber leider entspricht dies nicht den Tatsachen. Alles, was aber passiert ist, ist dem Ministerpräsidenten zuzurechnen. Vieles, was hätte gemacht werden müssen, ist offengeblieben. Genauso wie in Dersim 1937–38 mit der Organisation „Tebdil ve Tenkit“ das kurdische Volk mit Rattengift getötet und besiegt werden sollte, setzt die AKP-Regierung nach demselben Prinzip ihre internationale Diplomatie, Technologie, Polizei und Armee gegen die KurdInnen ein. Es gibt dabei nur zwei verschiedene Methoden: Die einen wollen dem Feind physische Verluste beibringen, während es die anderen methodisch auf psychische und „weiße“ Massaker anlegen. Dies beschreibt das derzeitig laufende Projekt.

Auf dieser Basis gebraucht die AKP-Regierung Isolationshaft gegen unseren Vorsitzenden, Militäroperationen zur Eliminierung unserer Bewegung und Verhaftungswellen gegen unsere kurdischen PolitikerInnen, um uns zu schwächen. Insofern will der Ministerpräsident unsere Bewegung marginalisieren. Staat und Regierung planen dieses Projekt seit circa einem Jahr. Viele GenossInnen von diversen Zeitungen haben es nicht ohne Grund als ein „tamilisches Konzept“ analysiert. Aber kaum gerät die iranische Offensive in den Kandil-Bergen ins Stocken, schon sind die Vergleiche aufgebraucht. Selbst wenn das tamilische Konzept nicht anwendbar sein sollte, so versucht die Regierung nun, unsere Bewegung zu marginalisieren. Wenn also zurzeit Gefechte stattfinden, so haben das diese „Tamil-Tigers-Konzept“-TüftlerInnen zu verantworten. Mithilfe dieses Konzeptes soll unsere Bewegung vernichtet und durch Eliminierung zusammengestaucht werden, außerdem soll die kurdische Politik irrelevant gemacht werden, um ihr damit die eigene Linie zu oktroyieren. Ist das, Ihrer Meinung nach, offensichtlich? Erscheint Ihnen das in einer Zeit, in der die neue Verfassung auf der Tagesordnung steht, nicht sinnvoll? Es ist klar, dass die kurdische Freiheitsbewegung geschwächt und die Verfassung nach eigenen Wünschen bestimmt werden soll, während das kurdische Volk folglich alles über sich ergehen zu lassen hat.

Wir denken dabei, dass Ihre Publikation dieses Konzept verschleiert und Sie dadurch dazu beitragen, gewollt oder ungewollt, es in die Tat umzusetzen, zu ermutigen und zu unterstützen. Daher ist das unsere Hauptkritik an Ihnen. Sie könnten jetzt Ihre Neutralität betonen: „Nein, wir kritisieren den Staat und euch.“ Das stimmt zwar insofern, als, wie Herr Mehmet Ali Birand [*bekannter türkischer Journalist*] sagt, Sie sich in Ihrer Zeitung Taraf sehr mit der kurdischen Frage beschäftigen. Wir sagen auch nicht, dass das falsch oder schlecht sei. Ich kann von den meisten Leitmedien nicht behaupten, dass sie sich ehrlich, aufrichtig und ernsthaft mit einer Lösung beschäftigen – im Gegenteil, sie greifen und schwärzen uns eher frontal an. Die türkischen Medien haben die plumpe Parteinahme für ihren Staat, wie bei einem Auslandsspiel der Nationalmannschaft, einfach nicht überwinden können.

Aber Ihre Methode ist da etwas anders. Während die anderen sich offensiv gegen die kurdische Frage einordnen, tun Sie so, als würden Sie sich für die Frage einsetzen und darüber diskutieren; womit Sie letztlich die kurdische Bewegung negativ darstellen und der AKP eine reine Weste verpassen. Ich gebe Ihnen ein praktisches Beispiel: Heute früh habe ich mir in der Zeitung „Sabah“ die Top-Nachrichten angesehen, wobei sich unter dem Suchbegriff „KCK“ die Einträge fanden: „Ihr werdet nicht weiterkommen“, „Von der Çiller-Liste zur Erdoğan-Liste“, „Wellenartige Verhaftungen“, „Bei der KCK

Operationen und in der Politik Putsch“, „Parteiabzeichen: BDP – Zugehörigkeit: KCK“, „Türkeiweite Operation gegen die KCK“. Hier berichten regierungsnahe Zeitungen über eine KCK-Operation und halten sie für berechtigt. Andere Zeitungen, mit „Ihr werdet nicht weiterkommen“ oder „Von der Çiller-Liste zur Erdoğan-Liste“ betitelt, um einige Beispiele zu nennen, positionieren sich eher gegen die anlaufenden Operationen.

Aber was sagen Sie als Taraf? Ihr Titel „Bei der KCK Operationen und in der Politik Putsch“ stimmt insoweit, als dass die Zielpersonen der militärischen Operationen KCKlerInnen sind. Aber Sie machen es wieder falsch und schreiben „in der Politik Putsch“. Einerseits nennen Sie die Verhaftungen einen „politischen Putsch“ und andererseits legitimieren Sie sie, weil die Inhaftierten, Ihrer Meinung nach, auch als KCKlerInnen festgenommen worden seien und somit als „nicht-bewaffnete“ KCK-Angehörige einen Putsch erleben würden. Aber diese Leute sind keine KCK-Angehörigen. Außerdem führen Sie aus, dass diese Verhaftungen lediglich „zur falschen Zeit durchgeführt wurden und daher unangemessen“ seien. Jedoch ist das ein politisches Kalkül, eine staatliche Farce. Es gibt keinerlei Beweise dafür, dass diese Menschen Mitglieder der KCK sind. Es wird sie auch nie geben, weil sie keine Mitglieder sind. Die AKP und der Fethullah-Gülen-Orden kooperieren gegen die legale kurdische Politik, um sie zu schwächen, gefügig zu machen. Diese Operation erfolgt mit einer äußerst wirksamen Medienlüge. Das ist eine Grausamkeit am kurdischen Volk und an seinen PolitikerInnen. Achten wir allein darauf, dass jede/r einzeln/e dieser JournalistInnen in der eigenen Fernsehsendung die Operationen verteidigt und hochhält, als wäre sie/er selbst zuständige/r PolizeidirektorIn.

Herr Altan,

die KCK ist keine Organisation, sondern ein System. Und falls die Demokratische Autonomie akzeptiert werden sollte, kann existierenden Dokumenten und Beschlüssen entnommen werden, welches System im Nachhinein aufgebaut werden sollte. Hiermit haben die Staatsanwaltschaft, die Polizei wiederum den JournalistInnen eine trügerische Kulisse entworfen, vor der kurdische PolitikerInnen aufgrund der KCK-Beschlüsse belangt werden. Vielleicht haben die Opfer dieser Operationen nicht einmal annähernd von der Existenz der KCK-Beschlüsse gewusst. Sie verurteilen diese Menschen vor selbstgestalteten Szenarien, um sie hernach mit „Ihr seid deswegen verurteilt!“ loszuwerden. Diese große Lüge betreiben sie mit medialer Macht und herrschender Zügellosigkeit. Sind das denn keine Gräuel und Beleidigungen gegenüber dem kurdischen Volk? Aber wenn Sie es wie in Ihrem Titel beschreiben und diese Leute unter die KCK-Angehörigen subsumieren, tragen Sie, bewusst oder unbewusst, nicht zu dieser großen Lüge bei?

Dieser Staat hat uns KurdInnen bis jetzt fortwährend gedemütigt. Nach Belieben hat er das Existierende verleugnet und das Unverfügbare als vorhanden dargestellt. Wir kritisieren Menschen wie Euch, weil wir von Euch eine ablehnende Haltung gegenüber diesem rücksichtslosen Staat und seiner psychologischen Kriegführung gegen die KurdInnen erwarten. Achten Sie einmal darauf. Wir kritisieren Zeitungen wie „Yeni Şafak“ oder „Sabah“ und ähnliche Blätter gar nicht. Sie erfüllen ihre Aufgaben auf der Gegenseite, um der psychologischen Kriegführung zum Sieg zu verhelfen. Da Sie meinen, Sie seien anders, möchten wir lediglich anmerken, dass „Anderssein“ so nicht läuft. Während wir das feststellen, formulieren wir gleichzeitig unsere Erwartungen.

Sie kritisieren uns jeden Tag und beschuldigen uns auf verschiedenste Weise. Und das ist Kritik an Ihnen. Warum sollte unsere Kritik eine Bedrohung darstellen? Dass wir Sie auffordern, Ihre Art zu ändern, ist ein ziemlich berechtigter Gedanke. Während besonders manche Ihrer RedakteurInnen mit ihrer angetriebenen, gehässigen Art „den Frieden verteidigen“, leisten sie eher dem Krieg Vorschub. Von genau solchen Publikationen bei lediglich anderen Zeitungsverlagen nährt sich der Staat und gewinnt mehr Mut, seiner Praxis freien Lauf zu gewähren. Es ist klar, dass diese Tatsache dem kurdischen Freiheitswillen schwer schadet. Wenn Sie aber auf Ihrem Kurs bleiben, gibt es nichts mehr, was ich Ihnen sagen könnte. In diesem Falle werden wir öffentlich feststellen müssen, dass es sich hier nicht um FreundInnen handelt, und unsere entsprechende politische Haltung einnehmen. Dies soll keine persönliche oder sonstige Drohung sein. Aber niemand kann uns das Recht auf eine eigene politische Haltung absprechen.

Herr Altan,

abschließend möchte ich Sie um etwas bitten: Es ist eine Illusion, von wiederholt versuchten Methoden ein anderes Ergebnis zu erwarten. Die AKP hat vielleicht einiges erreicht, aber sie wird sich mit dieser Haltung zur kurdischen Frage den Kopf einrennen. Denn wir sind im Recht und wir sind stark. Unsere Stärke resultiert aus unserem Recht und unserer klaren Linie. Wir wollen Gerechtigkeit, Gleichheit und Geschwisterlichkeit. Wir möchten das natürliche Existenzrecht für das kurdische Volk. Ihr müsst uns diese Rechte geben, anderenfalls verliert Ihr. Es mag sein, dass Ihr, wie Demirel einst sagte, 28 kurdische Aufstände besiegen konntet, aber in diesem Fall seid ihr auf Granit gestoßen und seid erfolglos geblieben. Wenn diese Verleugnungs- und Vernichtungspolitik fortgesetzt wird, wird sich dieses Problem über die Erfolglosigkeit hinaus weiter vertiefen, was wiederum dem kurdischen und türkischen Volk und allen anderen Menschen in der Türkei schaden wird. Nicht das Blut der Herrschenden würde fließen, sondern das der Kinder der armen Bevölkerung.

Der Staat vertraut, mit US- und NATO-Unterstützung, auf seine polizeilichen und militärischen Kräfte. Und wir vertrauen auf unser Recht, auf unsere richtige Linie, unsere Erfahrung, unser Volk und unsere geeigneten geographischen Gegebenheiten. Wir haben keinen Zweifel daran zu siegen. Ungefähr vierzig Jahre lang betreiben wir diese Politik. In dreißig Jahren haben wir unsere Selbstverteidigung und ausgereifte

Vergeltungsschläge professionalisiert. Wenn es um Krieg geht, sind unsere Erfahrungen weiter entwickelt als die eines Generals. Wenn es um Politik geht, kann das kurdische Volk sich dank seines Vorsitzenden Apo im politischen Ring behaupten. Entsprechend sind die Versuche zur Desorientierung und Zerstörung durch diverse Taktiken und ebenso Bedingungen zur Eliminierung der gesamten Bewegung überwunden worden. Es ist gleichgültig, wie weit sie die Isolation von Apo im Foltersystem Imralı intensivieren. Er wird sich von seinen Prinzipien nie lossagen. Mittlerweile kennen wir uns in der Politik mehr oder weniger aus. Auch wenn Ihr nicht 3 000, sondern gar 30 000 Menschen inhaftieren solltet, werdet Ihr die KurdInnen nie aus der politischen Arena fegen können. Auch wenn Tausende umgebracht werden sollten, könnt Ihr der kurdischen Jugend die tiefe Liebe zu ihrer Freiheit und für ein würdevolles Leben nie nehmen und ihr ebenso wenig verwehren, für ihre Liebe in die Berge zu gehen. Selbst wenn es Jahrzehnte dauern sollte, es geht unstrittig weiter. Ich glaube zutiefst daran.

Aus diesem Grund beharren wir darauf, dass es keinen Sinn ergibt, noch mehr Blut zu vergießen oder sich zu streiten. Wenn Ihr es darauf ankommen lasst, könnte dieses Volk sich an verschiedenen Alternativen orientieren. Aber wir bevorzugen die freiwillige freiheitliche Gemeinschaft. Wenn dieser Kampf noch Jahrzehnte andauern sollte, so steht fest, dass wir uns, wie Hasan Cemal [*Journalist und Kolumnist der Milliyet*] es bereits sagte, immer die Gespräche am politischen Tisch aussuchen werden. Dass sich die beiden Kräfte nicht militärisch besiegen, liegt auf der Hand. Aus diesem Grund sollte niemand niemanden würdelos behandeln. Auf der Basis gegenseitigen Respekts muss der Konflikt miteinander gelöst werden. Dieses Problem ist kein Terrorproblem, sondern ein Gesellschaftsproblem. Wir sind bereit, diesen Konflikt auf friedlichem Wege zu lösen, aber keine kurdische Person, geschweige denn die PKK, würde eine würdelose und verleugnete Situation hinnehmen.

Wenn künftig die AKP und Herr Fethullah Gülen nicht von ihrem Kriegskurs abkommen, wird dieser Krieg sich ausweiten und wir werden uns gezwungen sehen, ihn mit allen verfügbaren Mitteln zu gewinnen. In diesem Zyklus haben wir die Kapazitäten dafür und ich will offen sein: Wir vertrauen unseren Erfahrungen und uns selbst. Aber wir bevorzugen den friedlichen Prozess, nicht den gewalttätigen. Das ist unsere eigentliche Strategie. Wenn wir das sagen, werden wir direkt aufgefordert, die Waffen niederzulegen und einen unbefristeten Waffenstillstand auszurufen. Wir haben bis jetzt acht einseitige Waffenstillstände erklärt, und verlängert. Wenn an diesem Punkt der Staat wirklich friedliche Methoden wählen sollte und mit den KurdInnen einen strategischen Frieden aushandeln will, muss Ministerpräsident Erdoğan den Aufruf des Vorsitzenden Abdullah Öcalan erwidern. Damit ein bleibender Frieden gewährleistet werden kann, muss der Ministerpräsident seine Rolle spielen und sich für eine gesunde, sichere und freie Bewegungsfreiheit Öcalans einsetzen, was das Problem folglich in einer Woche lösen würde.

Bitte glaubt der psychologischen Kriegführung der türkischen Medien nicht, es gäbe „nicht einen PKKler, sondern mehrere", „verschiedene Gruppen im Kandil", „opportune Interessen", oder so etwas wie „die PKK hört nicht auf Öcalan". Denn diese Behauptungen entsprechen nicht der Wahrheit. Wir haben eine Führungsperson, der wir bis zuletzt vertrauen. Und das ist der Vorsitzende Abdullah Öcalan. Das, was die Herrschenden am meisten stört, ist, dass Apo dem kurdischen Volk mit seiner dienlichen Führung zum Erfolg der kurdischen Politik verholfen hat. Dieser Aspekt liefert einen der Gründe für die Repression der BDP.

Wie lässt sich sonst erklären, warum sie darauf beharren, dass sich die BDP gegen die PKK positionieren soll? Denn die legale kurdische Politik akzeptiert die Linie des Vorsitzenden. Dies ist vielleicht ein wichtiger Vorteil, aber die Herrschenden, die die Frage nicht lösen wollen und die KurdInnen in einer anderen, kontrollierbaren Struktur haben wollen, sehen ihre Herrschaftspläne gewaltig durchkreuzt. Doch es ist eine neue Situation, in der kurdische Strukturen und Personen, trotz verschiedener politischer Zugehörigkeit oder ohne organisatorischen Bezug, um Apo herum durch sein Konzept zueinanderfinden können. Diese Entwicklung ist hinsichtlich der Lösung der kurdischen Frage ein gewichtiger Faktor. Dies zu beachten ist für einen dauerhaften Frieden sehr förderlich. Aber zunächst muss der Staat seine Arroganz überwinden, wegen seiner Taten vor dem kurdischen Volk Selbstkritik üben und dem türkischen Volk endlich die Wahrheit sagen. Wir können gemeinsam eine Nation aufbauen, aber keine einseitige, zentralistische, sondern eine, die ihre Vielfältigkeit als Bereicherung sieht, als Fundament für eine demokratische Nation. Unsere Lösungsperspektive beinhaltet auch eine Perspektive für eine demokratische Nation mit Recht auf Selbstverwaltung.

Ich merke, dass mein Brief sich in die Länge zieht. Aber wenn Sie dafür Verständnis aufweisen würden; ich bin kein Journalist. Ich konnte mich in wenigen und kurzen Sätzen nicht erklären. Dies mag ein Defizit sein, oder eine Folge unserer schweren Arbeit. Ich hoffe, dass Sie meinen Brief mit Verständnis lesen und ihn nicht wieder als Drohung begreifen. Das, was ich geschrieben habe, meine ich aus tiefstem Herzen. Ich glaube daran, dass es Ihnen einen Sinn ergeben wird. Ich habe Ihnen in dem Glauben geschrieben, dass Sie Ihre Bemühungen um eine wahre und der Entwicklung einer demokratischen Lösung dienende Berichterstattung ausweiten werden. Wie schön ist es, wenn einem Ziel für Recht, Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und Frieden gedient werden kann. Ich möchte, dass Sie wissen, dass es mich sehr freuen würde, wenn mein Brief auch nur einen winzigen Beitrag zu Freundschaft und Frieden leisten konnte.

Mit den besten Wünschen für Ihre Arbeit und Ihr Leben,

Murat Karayılan

05.10.2011

Nicht nur dem kurdischen Volk, sondern allen Regionen sollte das Recht auf Selbstverwaltung zugestanden werden

Aus einem Interview der kurdischen Nachrichtenagentur ANF mit Cemil Bayık, Mitglied des Exekutivrates des KCK

Die verschärfte Isolationshaft gegen den kurdischen Volksvertreter Abdullah Öcalan hält nun seit über zweieinhalb Monaten an. Ministerpräsident Tayyip Erdoğan deutete ihre Fortsetzung an. Der Kontakt zwischen Öcalan und der Außenwelt wird verhindert. Welche Absicht steckt dahinter?

Hinter der verschärften Isolationshaft gegen den kurdischen Volksvertreter Abdullah Öcalan stecken zweifellos vielschichtige politische Absichten. Mit ihm wurden Gespräche geführt. Dabei blieben seine Lösungsbemühungen unbeantwortet. Diese Gespräche wurden mit dem Ziel geführt, sowohl ihn als auch unsere kurdische Befreiungsbewegung hinzuhalten, um uns ihre eigenen Vorstellungen aufzuzwingen und uns auf diese Weise zu liquidieren. Der Vorsitzende Öcalan hat sich gegen diese politische Absicht gestellt: „Solange meine Gesundheit, Sicherheit und Freiheit nicht gewährt werden, ist mir keine Möglichkeit gelassen, etwas zu unternehmen. Wenn eine Lösung der kurdischen Frage aufrichtig gewollt ist, muss mir der Weg eröffnet werden, damit ich meinen Beitrag für die Lösung leisten kann.“ Seit diesem Tag wird er einer verschärften Isolation ausgesetzt. Mit dieser Isolationspolitik ist das wahre Gesicht der AKP-Regierung zum Vorschein gekommen. Gegen den Vorsitzenden der kurdischen Bewegung, dem zuvor eine Delegation zu Gesprächen geschickt worden war, wurde verschärfte Isolation verhängt, nachdem die AKP ihm ihre Vorstellungen nicht hatte aufzwingen können. Das heißt, dass eine Taktik der Erpressung und Drohung angewandt wurde. Die Absicht ist offensichtlich, mit Unterdrückung, Verfolgung und Folter den Willen des kurdischen Volksvertreters, bzw. des kurdischen Volkes zu brechen, um das eigene System von Verleugnung und Vernichtung fortführen zu können. Wie schon oft von unserer Seite unterstrichen wurde: Die Annäherung an den Vorsitzenden Öcalan ist gleichbedeutend mit der Annäherung an das kurdische Volk. Niemand sollte sich etwas vormachen. Wer diese Unterdrückung und Grausamkeit gegen den Vorsitzenden Öcalan anwendet, wird in keiner Weise Existenz und Freiheit des kurdischen Volkes akzeptieren.

Die Türkei akzeptiert die Kurden nicht als Volk, nicht als eigenständige Gemeinschaft. Deshalb erkennt sie auch deren politische Vertretung nicht an. Vielmehr sieht der Staat die Kurden als Individuen und nicht als Volk.

Diese Isolationspolitik wird im Wissen um die Sensibilität der kurdischen Befreiungsbewegung und des kurdischen Volkes betrieben. Auf diese Weise wird ihnen die Botschaft vermittelt: „Ihr seid keine eigenständige Gemeinschaft, kein Volk. Daher könnt ihr auch keinen Repräsentanten haben.“ Diese Haltung ignoriert ganz offen die Gefühle und Gedanken des kurdischen Volkes.

Trotz der bekannten Empfindlichkeiten des kurdischen Volkes eine solche Annäherung zu zeigen, kann nicht als gewöhnliche Politik abgetan werden. Sie ist vielmehr Ausdruck eines Systems der Vernichtung, einer Politik der Unterdrückung und Liquidierung. Für die blutige Zerschlagung aller bisherigen Aufstände wurde es als notwendig erachtet, deren jeweilige Führung zu liquidieren. Dieser Akt wurde zum Symbol der Unterdrückung der Aufstände. Der Grund für den grenzenlosen Hass des türkischen Staates gegen den kurdischen Volksvertreter liegt darin, dass es Öcalan gelungen ist, dass die Kurden heute als ein Volk dem Staat gegenübertreten und ihre Existenz, Rechte und Freiheit einfordern. In der Mentalität des türkischen Staates ist das das schwerste zu begehende Verbrechen. Vor diesem Hintergrund ist der Vorsitzende Öcalan heute in den Augen der Türkei der größte Schuldige.

Wie schon bereits erwähnt, diese Isolation richtet sich nicht nur gegen ihn. Damit soll der Wille der Befreiungsbewegung und des kurdischen Volkes gebrochen werden. Sie sehen Imralı

als das schwächste Glied an. Der Vorsitzende ist in Gefangenschaft, er befindet sich in ihren Händen, sie können gegen ihn Isolation und Unterdrückung anwenden. Sie versuchen diese Gefangenschaft als Erpressung gegen den Vorsitzenden wie auch gegen das kurdische Volk und die Befreiungsbewegung zu benutzen. Sie wollen damit sagen, entweder gebt ihr den Kampf auf oder wir werden nach Lust und Laune die Isolation gegen ihn einsetzen. Das ist eine offene Kriegserklärung. Es ist offensichtlich, dass diese Politik unmenschlich, niederträchtig und fatal ist. Das kurdische Volk und die kurdische Befreiungsbewegung werden ihren Vorsitzenden wie bislang auch in Zukunft zu verteidigen wissen und diese Politik zur Erfolglosigkeit verurteilen.

Die Hauptaufgabe des neuen Parlaments besteht in der Konstituierung einer neuen Verfassung. Wie sollte diese Ihrer Meinung nach aussehen?

Das stimmt, das neue Parlament hat auf seiner Tagesordnung eine neue Verfassung. Aber es war nicht die AKP, die sie auf die Tagesordnung gesetzt hat. Vielmehr war sie dazu gezwungen. Es waren in erster Linie die kurdische Befreiungsbewegung und die demokratischen Kräfte in der Türkei, die diese Verfassung [*der Putsch-Generäle*] seit ihrem Bestehen 1982 nie akzeptiert haben. Sie haben deren faschistischen und antidemokratischen Charakter aufgedeckt, auf dieser Grundlage einen Demokratisierungskampf geführt und somit eine neue Verfassung auf die Tagesordnung der Türkei gehievt. Für den politischen Islam stellte die Verfassung von 1982 kein großes Hindernis dar. Die Fethullah-Gülen-Bewegung und einige heute in der AKP integrierte Kreise hatten nicht nur diese Verfassung von 1982 unterstützt, sondern in dem Militärputsch die Befreiung der Türkei gesehen.

Auch wenn sie heute Kritik üben am Militärputsch von 1982, waren es doch die linken Kräfte, die Kurden und die kurdische Befreiungsbewegung, die unter dem 12.-September-Putsch [*1980*] gelitten haben. Die islamistischen Kräfte profitierten am stärksten davon. Die kurdische Befreiungsbewegung hat trotz aller Unterdrückung Widerstand geleistet gegen das Putschsystem des 12. September und hat nicht kapituliert. Sie ist als einzige der gegen das 12.-September-Regime kämpfenden Kräfte auf den Beinen geblieben. Was wiederum dazu führte, dass die vollständige Ausschaltung der demokratischen Kräfte verhindert werden konnte.

Wäre der Widerstand der kurdischen Befreiungsbewegung gegen den Militärputsch erfolglos geblieben, würden Putsch und politisches System bis heute noch als erfolgreich gepriesen werden. Diejenigen, die heute verurteilt werden, würden noch immer als Helden herumlaufen.

Der Grund dafür, dass der 12. September heute dermaßen kritisiert wird und hochrangige türkische Generäle im Gefängnis sitzen, ist deren Erfolglosigkeit im Kampf gegen die kurdische Befreiungsbewegung. Wären sie erfolgreich gewesen, könnte ihnen kein Härchen gekrümmt werden. Durch den Kampf der kurdischen Bewegung und der demokratischen Kräfte konnte aufgedeckt werden, dass diese Verfassung den gesellschaftlichen Bedürfnissen der Türkei nicht entspricht. Im Gegenteil, sie schafft gesellschaftliche und politische Probleme.

Die AKP-Regierung versucht lediglich, die in der Gesellschaft mit jedem Tag wachsende Sehnsucht und die Forderung nach einer neuen demokratischen Verfassung für die eigenen Interessen zu missbrauchen. Im letzten Jahr gab es ein Referendum für ein Verfassungsänderungspaket. Diejenigen, die dabei mit Nein gestimmt haben, als auch diejenigen, die unter Vorbehalten mit Ja gestimmt haben („ja, aber es ist unzureichend"), forderten eine neue Verfassung. Auch die AKP war gezwungen zu erklären, dass trotz der Veränderungen eine neue Verfassung notwendig sei. Die kurdische Bewegung und die demokratischen Kräfte, die das Referendum boykottierten, hatten diese Verfassung ohnehin nie akzeptiert. All diese Entwicklungen sowie die Haltung der kurdischen Bewegung haben ihr endgültig die Legitimität entzogen. Mit dieser Verfassung ist in der Türkei die Aufrechterhaltung eines politischen, sozialen Systems nicht mehr möglich. Nicht nur aus der Sicht der demokratischen Kräfte und des kurdischen Volkes, auch aus der Sicht des Staates ist inzwischen klar, dass damit die Türkei nicht mehr zu regieren ist. Weder Regierung noch Staat kann sich damit Legitimität verschaffen. Politik bedeutet aber Legitimität verschaffen. Dafür benötigt der Staat eine neue Verfassung. Trotzdem darf nicht vergessen werden, dass die Notwendigkeit einer neuen Verfassung auf den Kampf des kurdischen Volkes sowie der demokratischen Kräfte zurückzuführen ist.

Die Intentionen des türkischen Staates bei der Forderung nach einer neuen Verfassung unterscheiden sich von denen der kurdischen Befreiungsbewegung und der demokratischen Kräfte. Während ersterer eine Legitimitätsbasis für seine Macht sucht, versuchen letztere damit die kurdische Frage zu lösen und die Türkei zu demokratisieren. Daher kann nicht gejubelt werden, nur weil der Staat sich für eine neue Verfassung ausspricht. In der Konstituierungsphase wird sich der Kampf zuspitzen. Das kurdische Volk und die demokratischen Kräfte werden die Lösung der kurdischen Frage und die Demokratisierung der Türkei aufzwingen, während der Staat versuchen wird, eine Verfassung auszuarbeiten, mit der er seine politische Macht über die Kurden aufrechterhalten und den kulturellen Genozid fortsetzen und seine Autorität und Macht gegenüber den demokratischen Kräften und Völkern konsolidieren kann.

Daher ist der stärkste mehrdimensionale und subtile Kampf der letzten zehn Jahre in dieser Phase zu erwarten.

Die Konstitutionsphase für eine Verfassung bietet gleichzeitig die Chance für einen neuen Vertrag zwischen Staat und Gesellschaft. Wenn die demokratischen Kräfte, die Freiheitskräfte ihren Kampf effektiv führen, kann eine Übereinkunft zwischen Staat und Gesellschaft auf der Grundlage der Demokratisierung der Türkei und der Lösung der kurdischen Frage erreicht werden. Die AKP denkt nicht daran. Sie hat eine eigene Vorstellung von der neuen Verfassung. Selbstverständlich wird die Verfassung ihrer Fasson sich an bestimmten Punkten von der des 12. September unterscheiden. Sie wird einige Freiheitsbereiche bzw. Aufweichungen beinhalten. Denn das alte System kann sich gegenüber dem Kampf des kurdischen Vol-

kes und der Freiheitskräfte nicht mehr halten. Es muss mit seinem Legitimitätsverlust unumgänglich verlieren. Daher wird die AKP mit einigen Aufweichungen das kurdische Volk und die demokratische Kräfte für eine solche Verfassung zu gewinnen suchen, um so an Legitimität zu gewinnen. Vor diesem Hintergrund ist in der Konstitutionsphase ein schwerer Kampf unabwendbar. Eine Kampfphase, in der durch Aufklärungsarbeit in der Bevölkerung die Notwendigkeit für den gemeinsamen Kampf entwickelt werden kann. Ansonsten werden AKP und türkischer Staat mit einigen kosmetischen Verbesserungen den demokratischen Kampf und die Sehnsucht nach einer neuen Verfassung, welche einen hohen Preis abverlangt haben, dazu missbrachen, ihr System zu restaurieren.

Auf die Frage nach dem Aussehen einer neuen Verfassung: Sie muss die Existenz des kurdischen Volkes anerkennen und seine Freiheiten garantieren. Sie soll die Existenz und die Rechte der Kurden und aller anderen ethnischen und religiösen Minderheiten und Gemeinschaften anerkennen. Eine Verfassung, in der sich die Kurden nicht berücksichtigt sehen, die ihre Existenz und Freiheit nicht anerkennt, wird von ihnen auch nicht akzeptiert werden. Wenn die Verleugnung wirklich ein Ende finden soll, müssen die Kurden namentlich in der Verfassung erwähnt und anerkannt werden. Die neue Verfassung darf folglich nicht nur diejenige der Kurden oder der Türken sein, sondern die aller in der Türkei Lebenden, was nur realisiert werden kann, wenn die Existenz und die Identität aller in der Türkei lebenden Gemeinschaften anerkannt werden.

Mit dieser Verfassung darf nicht – wie manche fordern – eine auf Neutralität ausgerichtete und folglich gegenüber den unterschiedlichen Identitäten blinde Staatsbürgerschaft konstituiert werden. Es ist inakzeptabel, die Erwähnung der Kurden in der Verfassung als nicht notwendig zu behaupten. Auch heute gibt es eine Staatsbürgerschaft. Es heißt, alle Staatsbürger seien gleichberechtigt. Aber dieselbe Verfassung verleugnet die Existenz der Kurden. Vor diesem Hintergrund ist eine Bezugnahme ausschließlich auf die Staatsbürgerschaft unzureichend. Sollte doch auf die Staatsbürgerschaft abgestellt werden, so sollte sie aber alle Unterschiedlichkeiten anerkennen. Die gesamte Verfassung kann allen Identitäten gegenüber neutral sein, aber mit einem Artikel sollten die in der Türkei lebenden Volksgruppen aufgelistet werden und es sollte hinzugefügt werden, dass ihnen alle Rechte, wie z. B. das Recht auf Selbstverwaltung, kulturelle Freiheit, Bildung in der Muttersprache, zustehen.

Es ist klar: Wenn von der Politik der Verleugnung, der Assimilation und des kulturellen Genozids gegenüber den Kurden und Aleviten Abstand genommen wird, werden alle Identitäten auf der Grundlage von Freiheit und Demokratie ein friedliches Zusammenleben schaffen können.

Die Verfassung muss natürlich freiheitlich und demokratisch sein. Sie muss die demokratischen Werte zur Grundlage nehmen, Meinungsfreiheit, Respekt vor den Menschenrechten, Gerechtigkeit, Gleichberechtigung u. a. muss sie beinhalten. Aber diese zu verallgemeinern reicht nicht aus. Eine Demokratie, die die Unterschiede nicht akzeptiert, kann nicht demokratisch sein. Das Problem resultiert doch daraus, dass die Rechte konkreter Völker wie der Kurden, Assyer, Tscherkessen aberkannt werden. In einer allgemeinen Definition von Freiheit und Demokratie werden sie für nichtig erklärt. Eine



Die Bevölkerung zeigt ihre Verbundenheit mit der Guerilla u. a. auf den Beerdigungen ihrer FreiheitskämpferInnen. So wird jede Beerdigung zu einem großen Trauermarsch, zu einer großen Demonstration gegen den Terror der AKP-Regierung. Foto: DIHA

Demokratie ohne Kurden, ohne Araber, ohne Tscherkessen, ohne Assyrer. Mit einer solchen allgemeinen Definition wird der herrschenden Nation (der Türken) die Möglichkeit geboten, ihre politische und kulturelle Vorherrschaft zu sichern, während die Existenz der anderen Völker und Gemeinschaften verschwindet.

Der Grund für die anderen antidemokratischen Gesetze liegt ebenfalls in der nicht gelösten kurdischen Frage. Verfassung und Gesetze werden antidemokratisch gestaltet, damit die Kurden davon nicht profitieren, Statute und Vorschriften ebenfalls. In der Türkei wird alles daran ausgerichtet, die nationale Existenz der Kurden zu verleugnen, deren Freiheiten und Entwicklung zu einer organisierten Gemeinschaft zu verhindern. Daher definieren wir den türkischen Staat nach 1924 als einen Staat, der gegenüber den Kurden einen Spezialkrieg mit allen hässlichen Methoden führt. Die bisherigen Verfassungen und Gesetze in der Türkei wurden mit der Intention gestaltet, die Kurden unter der eigenen Herrschaft zu halten, sie einem kulturellen Genozid zu unterziehen und Kurdistan als Expansionsgebiet für den Aufbau der türkischen Nation zu benutzen. Dieser Staat wurde von der Mentalität geprägt „ein Staat, eine Nation, eine Flagge, eine Sprache", die Tayyip Erdoğan bei jeder sich bietenden Gelegenheit zur Sprache bringt.

Daher muss die neue Verfassung die Existenz des kurdischen Volkes sowie seine Rechte unbedingt garantieren, damit sie aus Sicht der Türkei ebenfalls demokratisch sein kann.

In der Türkei existieren Gemeinschaften der Kurden, Araber, Tscherkessen. Ihre Existenz muss anerkannt werden, was zugleich die Akzeptanz ihres politischen Willens und ihres Rechts auf Selbstverwaltung bedeutet. Letzteres ist eine demokratische Voraussetzung. Es heißt nicht, einer Gruppe Sultanat, König- oder Fürstentum zu geben. Das Recht auf Selbstverwaltung ist etwas ganz anderes.

Nicht nur dem kurdischen Volk, sondern allen Regionen sollte das Recht auf Selbstverwaltung zugestanden werden. Eine starke zentralistische Verwaltung ist nicht mehr angesagt.

Demokratie bedeutet heute die Anerkennung des Rechts auf Selbstverwaltung für unterschiedliche Gemeinschaften. Die Aufteilung der Administration auf die Gesellschaft. Es gibt Aufgaben, die der Staat für alle wahrnehmen kann. Äußere Verteidigung, Diplomatie, neben regionalen Finanzen das allgemeine Budget, das sind die wesentlichen. Die Umsetzung der demokratischen sowie der hauptsächlichen Verwaltungsprinzipien in allen Bereichen ist notwendig. Die Kompetenzen der autonomen Regionen werden nach den in der Verfassung festgeschriebenen allgemeinen Prinzipien wahrgenommen werden. Auf diese Weise werden die Grundsätze für die gesamte Türkei in dieser Verfassung festgelegt.

Wenn die Kurden von Selbstverwaltung sprechen, darf das nicht nur als Erweiterung der kommunalen Dienstleistungen verstanden werden. Regionale Verwaltung sollte das Recht auf eigene Parlamente sowie das Recht auf Selbstverwaltung innerhalb dieser Parlamente – alle Bereiche außerhalb des Kompetenzbereichs der Zentralregierung – beinhalten.

Die Anerkennung der nationalen Existenz sowie das Recht auf Selbstverwaltung der Kurden sind, ich betone noch einmal, unverzichtbar. Als Folge dessen wird das Recht auf muttersprachliche Bildung und Vielsprachigkeit ebenfalls zu garantieren sein. Ohne dieses kann nicht die Rede sein von Sprachfreiheit. Kurden sollten in allen Behörden in Kurdistan oder in allen öffentlichen Dienststellen kurdisch sprechen können, ihre Angelegenheiten auch auf Kurdisch erledigen können. Der Briefwechsel mit der Zentrale allerdings wird in Türkisch erfolgen. Es ist ihr natürliches Recht, in allen anderen Bereichen ihre Sprache zu benutzen.

Wie sollte Ihrer Meinung nach der Prozess für eine neue Verfassung aussehen?

Sicherlich ist das Verfahren für eine neue Verfassung von Bedeutung. Sie sollte nicht ausschließlich vom Parlament aus gemacht werden, sondern alle gesellschaftlichen Gruppen sollten sich beteiligen und einbringen. Das kurdische Volk, die BDP [*Partei für Frieden und Demokratie*], der DTK [*Kongress für eine Demokratische Gesellschaft*], die zivilgesellschaftlichen Organisationen, Jugend-, Frauenorganisationen u. a. sollten in erster Linie offen ihre Forderungen an eine neue Verfassung zur Sprache bringen. Überall können Konferenzen und Versammlungen dafür durchgeführt werden. Jede Stadt, jede Region sollte ihre Vorstellungen darlegen. Frauen, Jugend, Werktätige, ethnische und religiöse Minderheiten, alle sozialen Gruppen sollten diskutieren, um ihre Vorstellungen anschließend dem Parlament, das die Verfassung ausarbeiten wird, zu vermitteln.

Des Weiteren sollte die BDP klar und deutlich die Verfassungsrechte des kurdischen Volkes darlegen sowie dessen Forderungen vertreten.

Gegenwärtig hat die AKP die Mehrheit im Parlament. Dann gibt es noch die CHP-[*Republikanische Volkspartei-*] und die MHP-[*Partei der Nationalen Bewegung-*]Fraktion. Solange diese Gruppen nicht wollen, wird eine die Rechte und die Existenz des kurdischen Volkes anerkennende Verfassung nicht ausgearbeitet werden können. Daher ist es wichtig, dass auch sie ihren Willen für eine Lösung darlegen. Ansonsten wird keine Anstrengung ausreichen, egal wie viel und wie gut die BDP arbeitet und sich bemüht, denn die Zahl ihrer Parlamentssitze ist bekannt. Daher ist zu empfehlen, dass niemand sich bei der Erarbeitung einer neuen Verfassung auf die Zahl der Sitze bezieht. Wird die Türkei sich demokratisieren, wird die kurdische Frage gelöst werden, wird die Türkei Stabilität erreichen? Alle sollten in dieser Verantwortung handeln. Wenn aber die eigene Vorstellung auf die Zahl der Parlamentssitze gestützt aufzuzwingen versucht wird, werden die Probleme nicht gelöst werden können.

Daher sollten AKP und CHP Verantwortung übernehmen, ohne auf ihre hohe Zahl von Parlamentssitzen zu schauen, ohne darauf zu schauen, dass die Kurden zahlenmäßig nicht die Mehrheit in der Türkei stellen, ohne auf die Reaktionen von MHP oder anderen zu sehen. Sie sollen ihre Haltung für eine Verfassung einnehmen, die die Lösung der kurdischen Frage und die Demokratisierung der Türkei beinhaltet. ♦

„Ich werde von einer Gelegenheit sprechen, von der ich glaube, dass Sie sie verpasst haben …“

Vedat Türkali in einem Brief an Erdoğan

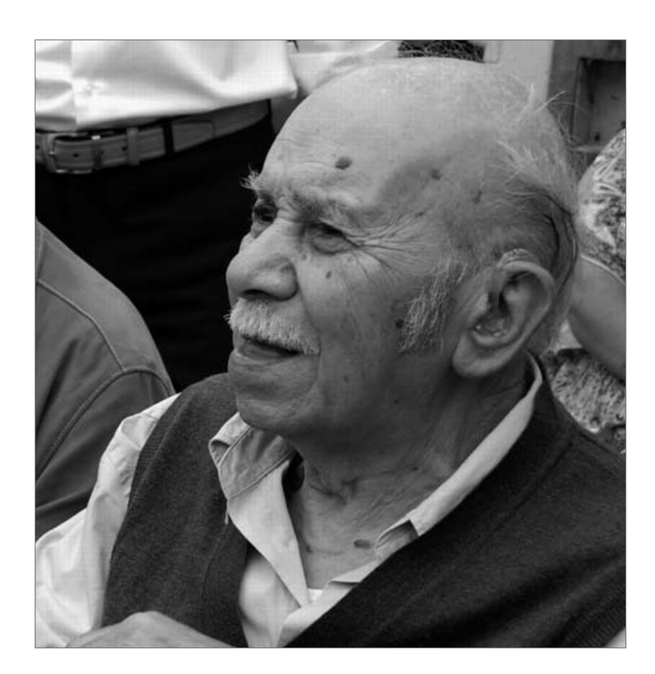
Vedat Türkali wurde am 13. Mai 1919 in Samsun geboren und ist einer der bekanntesten linken türkischen Schriftsteller. 1951 wurde er wegen seiner Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei der Türkei (TKP) von einem Militärgericht zu acht Jahren Gefängnis verurteilt, von denen er sieben absitzen musste. Ab 1960 war er ein relativ erfolgreicher Drehbuchautor und arbeitete auch als Regisseur. Bei den Filmfestspielen von Antalya wurde er 1977 für sein Drehbuch zu dem Film Kara Çarşaflı Gelin (Die Braut mit dem schwarzen Schleier) ausgezeichnet. Bis heute ist er ein engagierter Autor für Frieden, Demokratie und die Menschenrechte, der die Zustände in den türkischen Gefängnissen stark kritisiert.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, als ich in den heutigen Zeitungen Ihre Bilder mit Tränen in den Augen für Ihre verstorbene Mutter sah, entwickelte sich in mir der Wunsch, Ihnen einen zweiten Brief zu schreiben. Ob mein erster Brief Sie erreicht hat, weiß ich nicht. Es wurde von keinem Büro des Ministerpräsidentenamtes eine Stellungnahme darüber abgegeben, ob man meinen Brief erhalten habe oder nicht; der Brief war von einem 91-jährigen Schriftsteller als Antwort auf Ihren damaligen Aufruf gesendet worden. Jetzt bin ich bald 93 Jahre und schreibe meinen zweiten Brief an Sie. Denn die Leiden unseres Landes gehen weiter. Sie sind heute in einer Position, die es Ihnen erlaubt, dieses Leid zu nehmen. Sie haben die Macht und das Geschick dazu.

Ich möchte Ihnen zunächst mein Beileid aussprechen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Ja, jeder wird eines Tages mit dem Tod in Berührung kommen, Ihre Mutter hat das natürliche Ende erreicht. Das Leid, das Sie heute erleben, ist natürlich. Das Land jedoch, dessen Leitung Sie mit einer starken Legitimation übernommen haben, leidet heute unter nicht allzu natürlichen Qualen. Genauso wie vor zwei Jahren. Etliche unserer Jugendlichen, unserer Menschen, die in den Bergen, in den ländlichen Gebieten, in den Städten umgebracht werden, lösen ein unendliches Leid insbesondere bei unseren armen verzweifelten Massen aus. Egal auf welche Weise man dies vertuschen wird, am Ende werden alle sehen, dass man Sie als den Hauptverantwortlichen für das Nicht-Lösen dieser Sache ansehen wird. So wie keiner es leugnen oder verschleiern können würde, wenn Sie das historische und grundlegende Problem des Landes durch eigene Bemühungen lösen würden und der größte Anteil an Ehre Ihnen gebühren würde. Ich erachte es nicht für notwendig zu unterstreichen, was für eine historische, erhabene Ehre dies wäre. Sie haben mit Ihrer Erklärung, dass Sie die Anweisung für die Gespräche des Geheimdienstes mit der PKK und seinem Gründer Abdullah Öcalan erteilt haben, Größe, Heldenhaftigkeit und Weisheit bewiesen. Sowohl dass es gemacht wurde als auch die Tatsache, dass Sie es auf sich nahmen, waren richtig. Jedoch konnten Sie sich in diesem wichtigen Schritt, den Sie gemacht haben, nicht behaupten; mit Ihrem Verhalten danach sind Sie sehr weit zurückgefallen. Es ist natürlich, dass Ihnen politisch böse Absichten unterstellt werden.

Ich bin als ein Staatsbürger der Türkei, als dessen Schriftsteller, neugierig darauf, was Sie zu dem, was der sehr geehrte Guerilla-Führer Karayılan in der Taraf[1] auf zwei vollen Seiten, den Tatsachen entsprechend, schrieb, erwidern können.

Ich werde von einer Gelegenheit sprechen, von der ich glaube, dass Sie sie verpasst haben, sehr geehrter Herr Ministerpräsident. Öcalan, den Sie bei diesen geheimen Gesprächen haben glauben lassen, dass man sich auf adäquate Ergebnisse geeinigt habe, bot Ihnen an, im Gegenzug zu einer einfachen öffentlichen Darstellung der erreichten grundlegenden Ergebnisse Ihrerseits, die kurdische Guerilla in Kandil innerhalb von fünf Tagen aus dem Land zu holen und diesen blutigen Krieg zu beenden. Er hat Ihnen also, wie oben beschrieben, eine Gelegenheit zu unvergleichlicher historischer Ehre geboten. Dass Öcalan ein Führer ist, der dazu in der Lage ist, weiß, die oppositionellen Kräfte eingeschlossen, ganz Kurdistan. Sie haben nicht nur dieses unvergleichliche Zeichen des guten Willens, das man selten antrifft, abgelehnt, sondern haben ihm zudem verheißen, dass Sie ihn hängen werden, wenn Ihnen der Strick einmal in die Hände gelangt. Diese unglaubliche Haltung Ihrerseits erinnert an den berühmten Satz eines islamischen Propheten: „İtteki şerri men apsente ileyhi.“ Sie kennen es, es ist eine Hadith[2]. Der Satz des Propheten sagt: „Nehmt euch vor den bösen Taten derer in Acht, denen ihr Gutes



Vedat Türkali Foto: DIHA

tatet." Sagen Sie bitte, was Ihnen diese unverständliche Verhaltensweise gebracht hat? Ihr persönlicher Verlust beiseite, steht die Türkei heute in einem Blutsumpf, der die Vergangenheit vermissen lässt. Antidemokratische Haltungen und Handlungen, gegenseitige Angriffe, Tötungen, unser Land wird in ein dunkles Loch hineingezogen. Sie können sagen, was Sie wollen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, die Geschichte wird dies Ihrer Ära zuschreiben. Wie Sie auch wissen werden, erfordert die Führung eines Staates zumindest das Bewusstsein einer menschlichen Verantwortung.

Die polizeiliche Akte von Jean-Paul Sartre über die illegalen Demonstrationen von Jugendlichen in den Straßen wird de Gaulle vorgelegt. Wenn er unterschreibt, wird Sartre verhaftet. De Gaulle denkt, „ich kann es nicht zulassen, dass man sagt, Monsieur Sartre wäre zu Zeiten von de Gaulle verhaftet worden", und lehnt eine Unterschrift ab. Sie werden zumindest beschuldigt, dem Beginn einer neuen blutigen Zeit tatenlos zugesehen zu haben, sehr geehrter Herr Ministerpräsident. Wäre es nicht um Sie zu schade? Bitte glauben Sie mir, dass ich Sie und die politischen Dinge, die Sie betreffen, nicht mit Vorurteilen betrachte. Ich bin kein Politiker, sondern Schriftsteller. Ich bemühe mich, eine immer stärkere Empathie zu entwickeln. Der Hauptgrund, der Sie zu unverständlichen, verkehrten Verhaltensweisen treibt, ist Ihre Sorge, wie Sie ihren gegnerischen oppositionellen Kräften das politische Werkzeug aus den Händen nehmen können. Sie haben sehr viel dadurch verloren, dass Sie versucht haben, einem minderbemittelten politischen Führer[3] nachzueifern, der versucht hat, an das Volk zwei Meter lange Stricke für den Galgen zu verteilen. Der gleiche Ehrwürdige hat Ihnen heute vorgeschlagen, in Kandil eine Flagge zu hissen. Wie schön Sie darauf eingegangen sind; wenn alles mit Flaggen geklärt werden könnte – das ganze Land ist ja sowieso voll mit gehissten Flaggen. Aber wissen Sie, der Vorschlag des ehrenwerten Herrn hat in mir einige Wünsche erweckt! Ich wünschte, ich hätte keine altersbedingten gesundheitlichen Probleme, sonst würde ich seinem Vorschlag sofort Folge leisten und nach Kandil gehen. Natürlich würde ich nicht für den Krieg nach Kandil gehen, sondern zum Hissen einer Flagge als ein Schriftsteller aus der Türkei. Ich hätte keine Waffe in meinen Händen, sondern meine Schreibmaschine. Ich würde versuchen, unsere dortigen Kinder kennenzulernen. Die richtige politische Linie zeichnet man nicht dadurch, dass man die Hässlichkeiten einer offensichtlich rückschrittlichen politischen Organisation wiederholt, sondern dadurch, dass man dem Volk die Wahrheit erzählt und dafür entschieden eintritt. M. Akif Ersoy[4] sagte: „Fikr-i kavmiyeti tel'in ediyor Peygamber" (Der Prophet lehnt die Idee des Nationalismus ab). Verstehen wir diesen Satz bitte richtig. Wenn in einem Land ein Volk gefoltert wird, seine Existenz verleugnet und versucht wird, das Volk zu vernichten, dann bedeutet das, dass die Führer dieses Landes den Fluch des islamischen Propheten auf sich ziehen. Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, verzeihen Sie mir, befinden sich, trotz all ihrer islamischen Leitsätze, genau in dieser Lage. Ich lese seit zwei Jahren Publikationen, die sich auf die Kurden beziehen. Ich versuche es mit Beherrschung zu bewerten. Das, was in den Gefängnissen getrieben wird, hält kein Herz aus. Seit über hundert Jahren betreibt dieser Staat diese Politik. Auch heute werden, völlig umsonst, nur damit irgendwelche Vergänglichen ihre Sucht nach Befehlsgewalt im Staate befriedigen können, Völker in blutigster Weise einander ausgeliefert. Im Brief des sehr geehrten Herrn Karayılan war eine sehr lehrreiche Mahnung in Kurdisch! „Dewlet bi ker be jî xwe lê meke!" Es soll bedeuten: „Selbst wenn der Staat ein Esel wäre, steige nicht auf!" Bedauerlicherweise besteht jedoch die grundlegende Leidenschaft unserer Politiker darin, auf den Staat aufzusteigen. Auch in unseren Kreisen gibt es einen verbreiteten Spruch: „Fällt man vom Pferd, stirbt man nicht, aber fällt man vom Esel, stirbt man!"

Sie sitzen nicht auf einem Pferd. Ich wünsche mir nicht, dass Sie herunterfallen, ich wünsche lediglich, dass Sie den blutigen Geschwisterkrieg beenden, dies liegt in Ihren Händen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident.

Hochachtungsvoll,

Mit meinen Erfolgswünschen ...

Vedat Türkali

9. Oktober 2011

Fußnoten:
1- Ist eine liberale türkische Tageszeitung, die seit 2007 erscheint.
2- Steht für eine überlieferte Nachricht im Islam sowohl profanen als auch religiösen Charakters … (wikipedia)
3- Damit meint er den Vorsitzenden der Partei der Nationalistischen Bewegung MHP
4- Mehmet Âkif Ersoy († 27. Dezember 1936) war ein türkischer Dichter. Er verfasste den Text der türkischen Nationalhymne, den „Unabhängigkeitsmarsch" İstiklâl Marşı.

Wir haben beschlossen, ab dem 1. Oktober an den Arbeiten des Parlaments teilzunehmen

Der „Block für Arbeit, Demokratie und Freiheit" zur Beendigung des Parlamentsboykotts

Ihr habt am 12. Juni in Eurem unermüdlichen Kampf für Freiheit und Demokratie einen historischen Sieg errungen.

Ihr habt trotz der 10%-Hürde, hinter der sich die AKP versteckt, 36 Abgeordnete ins Parlament gewählt, indem Ihr Tag und Nacht gearbeitet habt, Euch durch die Verhaftungen nicht habt einschüchtern lassen und ungeachtet der knappen finanziellen Ressourcen eine gewaltige Kampagne geführt habt. Ihr habt den „Block für Arbeit, Demokratie und Freiheit" zur Hoffnung der Völker in der Türkei gemacht. Obwohl die AKP die Repression verschärft hatte und sie gar auf das Einparteiensystem hinarbeitete, habt Ihr dem organisierten Netzwerk des „Blocks für Arbeit, Demokratie und Freiheit", welches diesem Wahnsinn gegenüber Widerstand zu leisten im Stande ist, Eure Stimmen und Euer Vertrauen gegeben und somit Eure historische Pflicht erfüllt.

Wir möchten uns in Person unseres Freundes Halil Ibrahim Oruç* bei all denen noch einmal bedanken, die wenn nötig sogar ihr Leben riskierten.

Sehr verehrte Völker in diesem Land!

Als kurz nach der Wahl vom 12. Juni in der Türkei die Hoffnung auf eine neue Verfassung und damit Frieden entstand, haben schmutzige Hände ein weiteres Mal die einen Schritt entfernte Lösung durch die rechtswidrige Annullierung der Wahl unseres Freundes Hatip Dicle sabotiert. Sie verhinderten die Freilassung unserer inhaftierten Abgeordneten und lehnten zugleich die Protokolle von Imralı, welche Herr Öcalan für eine friedliche Lösung entwickelt hatte, ab. Als sie dann die Verhandlungen bzw. Gespräche abbrachen, wurde uns allen klar, dass hier eine Liquidationsphase eingeläutet wurde. Die AKP-Regierung ist hierbei ohne Zweifel der aktivste Part in dieser Phase und trägt auch dafür die Verantwortung.

Die positive Atmosphäre, welche im Anschluss an die Wahl entstanden war, ist einer von Ängsten und Befürchtungen geprägten Phase gewichen. Wir entschieden uns eben aufgrund dieser sich abzeichnenden Phase, den Amtseid nicht zu leisten, und gingen dazu über, das Parlament zu boykottieren, da wir bestrebt waren, die Kriegsvorbereitungen der Kriegsfürsten zu entlarven und diese zum Rückzug zu zwingen. Die Intervention glich einem gezielten Putsch bzw. Schlag gegen die demokratische Politik und den Dialog, so dass auch die Bereitschaft zu Wahnsinnigem klar kundgetan wurde. Wir hätten in einer solchen Phase weder aufgrund unseres Politikverständnisses noch aus unserer Verantwortung heraus so tun können, als wäre nichts geschehen. Unsere Pflicht war es, gegen die sich anbahnende kriegerische Phase Widerstand zu leisten, ohne dabei einen Schritt zurück zu machen. Unter diesen Gegebenheiten war unser damaliger Entschluss, das Parlament zu boykottieren, richtig, gerechtfertigt und würdevoll. So war es dann auch, dass ein Großteil unseres Volkes und Unterstützer des Blocks uns in dieser Entscheidung bekräftigten.

Wir richteten damals offene Aufrufe an die AKP und versuchten dabei, die negativen Folgen dieser Intervention in die legale Politik zurückzudrängen oder zu minimieren. Wir wünschten, falls die AKP auch von den gefährlichen Entwicklungen beunruhigt gewesen wäre, uns auf Protokolle zur Vermeidung und Behebung dieser Gefahren einigen zu können. So kam es dann auch, dass wir auf den Aufruf des Parlamentspräsidenten hin zwei Mal mit Vertretern der AKP zu Gesprächen zusammentrafen und diesen offen unsere Befürchtungen mitteilten. Wir begründeten unsere Entschlossenheit zum Boykott damit, dass wir den sich abzeichnenden Krieg zu verhindern versuchten, und riefen sie dazu auf, den Weg für die demokratische Politik freizumachen. Das bedeutete zugleich, die von ihnen Schritt für Schritt instruierte Kriegsphase zu beenden. Erdoğan hat es vorgezogen, uns förmlich zu erpressen, und erklärte, dass er nicht gewillt sei, mit uns zu reden, solange wir nicht unseren Eid geleistet hätten. Wir hatten ihnen gegenüber versichert, dass wir gemeinsam im Stande seien, einen möglichen Krieg zu verhindern. Wir waren, wie es auch die Öffentlichkeit wahrnehmen konnte, Bemühungen ausgesetzt, die zum Ziel hatten, uns auszugrenzen, zu diffamieren und gefangen zu nehmen.

Die Entwicklungen nahmen trotz unserer wohlwollenden Bemühungen und Aufrufe täglich beunruhigendere Züge an und mündeten in einen schweren Angriff gegen uns. Der Angriff, welcher andauert und immer größere Ausmaße annimmt, entpuppte sich als eine umfassende Kampagne, die durch die systemnahen Medien zu einer großen psychologi-

*Der 18-jährige Gymnasiast Halil Ibrahim Oruç war am 20. April in Bîsmîl auf einer Protestdemonstration gegen die Entscheidung der Hohen Wahlkommission (YSK), zwölf unabhängige KandidatInnen des Blocks von der Parlamentswahl auszuschließen, durch Polizeikugeln getötet worden.

schen Welle gegen uns aufgebaut wurde. Wir waren täglich im Namen der sogenannten KCK-Operationen einem politischen Genozid ausgesetzt, so dass täglich Dutzende unserer Freunde eingesammelt und verhaftet wurden, die durch Wahl legitimiert, Mitglieder der BDP und des Blocks oder ihrer Jugend- und Frauenorganisationen waren.

Die Abwehr der physischen Angriffe gestaltete sich schwierig, da wir eine neue Gruppe [*Fraktion*] waren und aufgrund des Verschleißes innerhalb der BDP unser Organisationsgrad gelitten hatte. So war dann auch unser Widerstand gegen die Angriffe auf unseren gerechtfertigten Boykott unzureichend. Wir konnten auch die psychischen Angriffe, welche die Motivation unserer Völker brechen sollten, nicht ausreichend abwehren. Festzuhalten bleibt jedoch, dass wir es trotz unserer Fehler und Mängel geschafft haben, die faschistoide Repression der demokratischen Politik zu entlarven, und das Problem bzw. die Frage, welche es zu lösen gilt, auf die Agenda der Regierung drängen konnten. Wir waren auch bestrebt zu beweisen, dass die Politik nicht in das Parlament einzusperren ist, so dass wir mit unseren Völkern Seite an Seite auf die Straße gingen. Indem wir wöchentlich unsere Fraktionssitzungen in Amed abhielten, entwickelten wir intensive Aktivitäten, und schickten, obwohl sich das Parlament im Urlaub befand, die Politik nicht in den Urlaub. Wir waren das Zentrum der Politik, obwohl wir uns in dieser Phase nicht im Parlament befanden.

Wir hatten beschlossen, unabhängig von der AKP unsere Haltung den Entwicklungen entsprechend anzupassen, selbst wenn diese an ihrer Haltung nichts ändert, so dass wir an unserem Boykottbeschluss auch bis heute festgehalten haben. Wenn es uns gelungen wäre, in den ersten Tagen des Boykotts die AKP zu praktischen Schritten zu bewegen, so wäre es uns auch gelungen, viele der Todesfälle zu verhindern. Daher war unsere Bemühung um ein Protokoll als Rahmen für Gespräche mit der AKP keine technische Grundlage für unseren parlamentarischen Eid, sondern die Suche nach Wegen für den Frieden. Wir haben die AKP niemals um Erlaubnis zur Rückkehr ins Parlament gebeten und denen gegenüber, die das Parlament als ihren Privatbesitz betrachten, keine Zugeständnisse gemacht. Wir haben stets betont, dass das Parlament dem Volke gehört und wir durch dieses bereits unseren Auftrag und unsere Befugnisse erhalten haben.

Diejenigen, die nun den Kriegszustand beklagen, hätten zuvor – statt die BDP wegen ihrer Boykottentscheidung anzugreifen – die AKP kritisieren und diese so durchaus zu praktischen Schritten zur Entspannung zwingen können. Das wäre die richtige Haltung gewesen und hätte den Krieg verhindern können. Alle sollten eines richtig verstehen: Nicht die Boykottentscheidung der BDP ist der Grund für den neuerlichen Krieg. Denn sie sollte die Regierung dazu zwingen, Schritte zur Vermeidung des Krieges zu unternehmen. Leider mussten wir jedoch feststellen, dass die AKP sich frei von Ernsthaftigkeit und Respekt jeder auch nur noch so kleinen Friedensbestrebung entgegenstellte.

Wir möchten uns ein weiteres Mal bei all denen bedanken, die uns in unserem Entschluss zum Parlamentsboykott trotz unserer Mängel unterstützt haben. Diese Boykottentscheidung war unter den damaligen politischen Gegebenheiten eine gerechtfertigte Haltung und Widerstand. Wir verspüren jedoch heute aufgrund der Entwicklungen das Bedürfnis, unsere Haltung der Situation anzupassen. Wir schätzen alle Diskussionen und Aufrufe, vor allem die des DTK [*Kongress für eine Demokratische Gesellschaft*] und des Dachkongresses [*Vorstufe einer politischen Dachpartei*], zur Rückkehr ins Parlament, betrachten sie als Unterstützung auf unserem Wege und bedanken uns dafür. Der nun überholte Aufruf, nicht ins Parlament zurückzukehren, ist für uns von Wert, da wir die darin enthaltenen Befürchtungen nachvollziehen können.

Um unsere sich im Widerstand gegen den Krieg befindlichen Völker in ihrem Kampf besser unterstützen zu können, haben wir beschlossen, ins Parlament einzuziehen. Unser Wunsch ist es, unser Versprechen, das wir allen Türken, Kurden, Aramäern, Arabern, Tscherkessen, Armeniern, Frauen, Aleviten, Sunniten, Sozialisten, Demokraten, Behinderten, Studenten, Arbeitern, Homosexuellen, Arbeitslosen, kurz: das wir allen unterdrückten Teilen der Gesellschaft gegeben haben, besser erfüllen zu können. Wir wollen die Front stärken gegen die politischen Operationen, einen Beitrag leisten zur Freilassung unseres Freundes Hatip Dicle, die heuchlerische Politik der AKP entlarven, unsere Völker gebührend vertreten und die AKP trotz der AKP zurückdrängen: Wir haben beschlossen, ab dem 1. Oktober an den Arbeiten des Parlaments teilzunehmen, und betrachten dies als einen richtigen Ansatz für den weiteren Widerstand.

Um unsere sich im Widerstand gegen den Krieg befindlichen Völker in ihrem Kampf besser unterstützen zu können, haben wir beschlossen, ins Parlament einzuziehen

Wir hoffen, dass alle Kreise dazu beitragen werden, dass diese Entscheidung zu einer guten Gelegenheit wird. Die Gespräche mit allen Ansprechpartnern müssen auf einer gesünderen Basis erneut eröffnet und die Hindernisse vor der demokratischen Politik behoben werden. Wir rufen daher alle Beteiligten dazu auf, sich dieses Mal, im Gegensatz zur verpassten Friedenschance aufgrund unseres Parlamentsboykotts, besonnener zu verhalten, und wünschen uns, dass diese Entscheidung die verpasste Chance kompensiert.

Wir, der „Block für Arbeit, Demokratie und Freiheit“, wollen uns allen schweren Phasen der Zukunft stellen und bekunden unsere Bereitschaft zu deren Meisterung, und wir weisen darauf hin, dass wir unsere Selbstkritik unseren Völkern gegenüber in unserer künftigen praktischen Haltung und Arbeit zum Ausdruck bringen werden. In diesem Sinne hoffen wir, dass diese Entscheidung allen Glück bringen wird.

Block für Arbeit, Demokratie und Freiheit – Fraktion im türkischen Nationalparlament ♦

Über die Normalisierung der Wahrnehmung der Gewalt der AKP-Regierung

Wer sich umdreht oder lacht – steht unter PKK-Verdacht

Martin Dolzer, Soziologe

Die Situation in den kurdischen Provinzen | Die Bevölkerung in den kurdischen Provinzen der Türkei ist seit Jahrzehnten mit einem Besatzungszustand konfrontiert. Während sich die Situation von 2001 bis 2007 etwas entspannte, kann man seitdem davon sprechen, dass die AKP-Regierung die Lage sicherheitspolitisch, polizeistaatlich und militärisch eskaliert. Ab April 2009 kam es zu über 7 000 Festnahmen und gut 3 900 Inhaftierungen von kurdischen AktivistInnen, hauptsächlich aus den Reihen der BDP. Darunter befinden sich 15 BürgermeisterInnen und 6 gewählte ParlamentarierInnen sowie unzählige Stadträte und Menschen, die soziale Projekte initiierten oder leiteten. Seit den Parlamentswahlen im Juni 2011 wurden erneut mehr als 1400 Menschen verhaftet. Jede/r, die oder der politisch wirksam ist, kann die/der Nächste sein. Zudem haben die Fälle von Folter (2010 über 1100), extralegalen Hinrichtungen (2010 über 29) und Chemiewaffeneinsätzen durch staatliche Kräfte erneut zugenommen.

Regelrechte Repressions- und Rachewellen mit von „Sicherheitskräften" ermordeten ZivilistInnen folgten jeweils nach Abstimmungen und Wahlen – nach den Kommunalwahlen 2009, dem Verfassungsreferendum 2010 und den Parlamentswahlen 2011 –, bei denen die DTP/BDP jeweils erfolgreich abgeschnitten hatte. Man kann in diesem Zusammenhang von anhaltenden und systematischen Angriffen auf die Zivilbevölkerung als Sanktion für nicht gewolltes Wahlverhalten sprechen. Jeweils hatte die AKP im Vorfeld der Wahlentscheidungen angekündigt, die Vorherrschaft der kurdischen Bewegung im „Südosten" überwinden zu wollen. Ein Beispiel: Nach dem Verfassungsreferendum 2010 kündigte R. T. Erdoğan an: „Wir haben Mittel, um die Protesthaltung in Hakkari [wo 90 % dem von der BDP angestrebten Boykott des Referendums folgten] zu brechen." Direkt danach verübten Militärs einen Anschlag auf einen Minibus in Colemêrg/Geylan (Hakkari/Gecitli) – 11 Menschen starben. Zwei DemonstrantInnen wurden eine Woche später auf offener Straße durch Kopfschüsse von Jandarma-Offizieren hingerichtet, das Haus des Bürgermeisters der Stadt Şemzînan (Şemdinli), Sedat Töre, von Soldaten mit Kugeln durchsiebt.

Die Mittel der Repression hat die AKP-Regierung seit 2009 ins Polizeistaatliche verlagert. Sie führt die politische Auseinandersetzung mit zunehmend autoritären und brutalen Mitteln und ständigen „symbolischen" Machtdemonstrationen. Auf Demonstrationen werden Menschen gezielt mit Tränengasgranaten beschossen – 10 Menschen starben, eine Vielzahl wurde zum Teil schwer verletzt. Auch ParlamentarierInnen der BDP sind mit derartigen gezielten Polizeiübergriffen konfrontiert – der Stadtrat von Wan (Van), Yıldırım Ayhan, wurde im August 2011 mit einer Tränengasgranate erschossen, 10 ParlamentarierInnen und gewählte PolitikerInnen mussten seit Anfang 2010 nach Polizeiübergriffen im Krankenhaus behandelt werden. Erniedrigungen, Misshandlungen und Folter sind in letzter Zeit gerade im öffentlichen Raum zur Tagesordnung geworden. Seit den Parlamentswahlen 2011 lässt die AKP zudem wirklich jeden Protest verbieten oder mit Gewalt angreifen.

In Istanbul berichten kurdische und armenische BürgerInnen von systematischen Übergriffen der Polizei – immer wieder werden sie von Polizisten rassistisch kontrolliert, beschimpft, in Nebenstraßen gedrängt und misshandelt. Dazu kommen ständige völkerrechtswidrige Militäreinsätze im Nordirak und geplante Bodenoperationen. Regierungspolitiker nutzen in letzter Zeit zudem eine Rhetorik der Intoleranz und Vernichtung.

Eine sehr interessante Frage in Bezug auf die Gewaltorientierung der Politik der AKP-Regierung ist die, warum die PolitikerInnen und die Öffentlichkeit in Europa, in Deutschland ein solches Vorgehen kaum kritisieren oder es als „normal" begreifen können – und wie sich diese Tatsache sowie die Brutalisierung der Lösungsansätze der türkischen Regierung in der kurdischen Frage auf die kurdische Bevölkerung auswirken.

Interessen der Herrschenden in Europa | Ein Grund des Verhaltens der bundesdeutschen und europäischen Regierungen ist sicher die geostrategische Orientierung der Politik in der Region Mittlerer Osten sowie die sicherheitspolitische und militärische Zusammenarbeit mit der AKP-Regierung. Die Türkei stellt die zweitgrößte Armee der NATO und ist zudem die Energiedrehscheibe der Region – es geht um Öl, Gas, Erze und die Nabucco-Pipeline sowie die Neuordnung des Mittleren Ostens. Die AKP wird in diesem Zusammenhang als verlässlicher Partner für die neoliberale Öffnung von Märkten und die Machtabsicherung im Mittleren Osten begriffen. Deshalb wird sie als gemäßigt islamische Kraft mit Tendenzen zur Demokratisierung bezeichnet. Die autokratische Ausrichtung

der Politik der Regierung Erdoğans, in Zusammenhang mit einer islamisch-feudalistischen Ideologie und neo-osmanischen Ansprüchen, wird dabei vorerst ausgeblendet bzw. bewusst ignoriert.

In Bezug auf die kurdische Frage fürchten die herrschenden Eliten in Europa scheinbar nichts mehr als die selbstbestimmte emanzipatorische Entfaltung der kurdischen Bevölkerung. Die erfolgreiche und an den Bedürfnissen aller Menschen orientierte Politik der BDP und die reale Verankerung der PKK in der Bevölkerung werden deshalb negiert. Besonders hinderlich scheint zu sein, dass eine politische Bewegung mit einem eigenen Programm und guter Organisiertheit sich nicht für die eigenen Interessen instrumentalisieren lässt und als Modell für die Aufstandsbewegungen im Mittleren Osten und Nordafrika dienen könnte. Das Projekt der Demokratischen Autonomie, die Organisierung der Bevölkerung in realdemokratischen Rätestrukturen, sehen die Herrschenden als Hindernis für gewollte Unterwerfungsprozesse. Während die Regierenden in Europa Demokratie predigen, wird diese, wenn Bevölkerungen nicht so wählen, wie das gewollt ist, mit nahezu allen Mitteln bekämpft.

Die AKP-Regierung erhält dementsprechend zumindest seit 2009 einen Freifahrtschein im Hinblick auf Repression, Mord und die militärische Zuspitzung der Situation. In keinem anderen Land würden die Inhaftierung von 3 900 Oppositionellen, darunter gewählten VertreterInnen, AktivistInnen aus Frauenhilfseinrichtungen, JournalistInnen und MenschenrechtlerInnen, innerhalb von zwei Jahren, die Hinrichtung von Stadträten, Racheakte der Armee und Polizei gegen die Zivilbevölkerung wie im August/September 2011 in Şemzînan (Şemdinli) – 4 Tote – und Êlih (Batman) – 3 Tote – und anhaltende grenzüberschreitende, völkerrechtswidrige Bombardierungen mit getöteten ZivilistInnen toleriert und unterstützt. Auch die Aberkennung des Abgeordnetenmandats von Hatip Dicle und die anhaltende Inhaftierung von sechs gewählten ParlamentarierInnen nahmen die „westlichen Regierungen“ ohne weiteres Aufsehen hin.

Passierte so etwas in China, in Weißrussland, in Serbien oder Libyen, würde und wird sofort medial reagiert und entsprechend den jeweiligen Koordinaten wirtschaftlicher Druck ausgeübt oder militärisch eingegriffen. Die Meldungen in der Tagesschau und den Zeitungen würden sich wochenlang überschlagen. Stellen wir uns einmal vor, 3 900 Oppositionelle würden in Weißrussland/Belarus innerhalb von zwei Jahren inhaftiert und mehr als 50 Menschen extralegal hingerichtet. Das sozialistisch orientierte Land gilt mit 15 politischen Gefangenen nach der Wahl 2010 und ohne extralegale Hinrichtungen als undemokratisch – und als die letzte „Diktatur“ Europas – und wird seit langem wirtschaftlich sanktioniert und politisch isoliert. Zudem wird hier ein „regime change“ seitens der EU auf vielfältige Weise vorangetrieben.

Das menschenverachtende Vorgehen der AKP-Regierung und staatlicher Kräfte in der Türkei wird demgegenüber als Reformweg zur Demokratie gepriesen. Damit sollen nicht

Um über die Normalisierung in der Wertung von Gewalt und Menschenrechtsverletzungen nachzudenken, zuerst einige Fakten. Hierdurch sollen allerdings nicht die geringeren Verstöße gegen die Menschenrechte in benannten Regionen gerechtfertigt, sondern ein Vergleich der Wahrnehmung und Berichterstattung ermöglicht werden.

	Politische Gefangene u. w.	Extralegale Hinrichtungen	EU-Sanktionen	Berichterstattung in Mainstream-Medien
Spanien/ Baskenland	730; Folter durch Polizei „normal“	keine	Keine – stattdessen sicherheitspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit	Kaum über die Menschenrechte, Spanien gilt als Demokratie
Weißrussland/ Belarus	2010: 15 (Daten: amnesty international); Festnahmen ähnlich wie bei Demonstrationen in der BRD, meist nach einigen Tagen Haftentlassung	keine	Wirtschaftliche und politische Isolierung, Sperrung von Konten, Aufbau der Opposition	Oft über Menschenrechte, Dämonisierung der sozialistischen Regierung
Libyen	2010: Hunderte (ai); 18 Hinrichtungen (ai)	keine	Krieg, 30000-50000 getötete ZivilistInnen, „regime change“ durch Marionettenregime	Dämonisierung Ghaddafis, Hochjubeln der Marionetten-Regierung
Türkei/ Kurdistan	Insgesamt: 9000, zusätzlich 3000 Kinder, davon seit 2009: 3900; 2800 angezeigte Fälle von Folter; 10 Tote und hunderte Verletzte durch Polizeiübergriffe bei Demonstrationen; Berichte über Chemiewaffeneinsätze	Seit 2009: mehr als 50	Keine – stattdessen sicherheitspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit und Waffenexporte	Kaum über die Menschenrechte, die AKP wird als Motor demokratischer Reformen beschrieben

Menschenrechtsverletzungen legitimiert werden. Auf diese Weise wird lediglich deutlich, wie wenig die Politik der Bundesregierung und der EU an menschenrechtlichen Fakten orientiert ist.

Die neue europäische Kolonialpolitik | Ein weiterer Grund für die Normalisierung der Wahrnehmung von Gewalt in der Türkei sind sicherlich die Änderungen in der bundesdeutschen und europäischen Militär- und Außenpolitik und deren begleitende Berichterstattung in den Mainstream-Medien. Offen kolonialistische Aspekte spielen dabei eine immer größere Rolle. In Studien der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) sowie des EU Institute for Security Studies (EUISS), der politikentscheidenden „Thinktanks", werden genau derartige Strategien, wie sie die türkische Regierung zurzeit anwendet, propagiert. Die Kriege der Zukunft sollen nicht mehr zwischen Staaten, sondern zwischen den metropolitanen Eliten in Europa sowie den USA und der „bottom billion", der verarmten Mehrheitsbevölkerung und deren Organisationen, geführt werden. Es gehe um „die weltweite Absicherung von Ressourcen, wenn es sein muss, auch gegen den Willen gewählter VertreterInnen oder Mehrheiten". Dazu solle das „gesamte sicherheitspolitische und militärische Arsenal der Aufstandsbekämpfung genutzt und ausgebaut" werden. Dazu gehöre u. a. „die Ausbildung von speziellen Einheiten, die Vergrößerung von Helikopterflotten, die Anschaffung von Drohnen, sowie die mediale Gleichschaltung an der Heimatfront".[1]

Diese Komponenten kann die AKP im türkisch-kurdischen Konflikt als wichtiger NATO-Bündnispartner ausprobieren. So lässt sich erklären, dass die Androhung der „tamilischen Lösung" der kurdischen Frage in der türkischen Regierungspresse und die Racheakte in Şemzînan (Şemdinli) und Êlih (Batman) oder die gezielte Tötung von Yıldırım Ayhan nicht zu einem internationalen Aufschrei geführt haben – sondern als normalisierte Form von sicherheitspolitischer Gewalt gewertet und wahrgenommen werden.

Normalisierte Gewalt | Auch die Kriegsführung und mediale Begleitung der Kriege in Afghanistan, Sri Lanka und Libyen bewirkt die Normalisierung der Wahrnehmung von Gewalt. In Afghanistan und Pakistan werden immer wieder Menschen durch Drohnen gezielt getötet. Oberst Klein ließ einen Tanklastwagen auf Weisung von Sondereinheiten der Bundeswehr bombardieren und dabei mehr als 100 ZivilistInnen exekutieren – ohne juristisch belangt zu werden. Der vorgebliche „war on terror" wird aus geostrategischen Gründen geführt.[2] Dass der Friedensprozess, den u. a. die norwegische Regierung zwischen der Regierung Sri Lankas und den TamilInnen initiierte, von der „westlichen Staatengemeinschaft" kurz vor dem Massaker an der Zivilbevölkerung (mit mehr als 10 000 Toten) ausgehebelt wurde, ist kaum bekannt. Die Tamil Tigers wurden und werden als „terroristische Organisation" verfolgt, anstatt ihre Verwurzelung in der Bevölkerung anzuerkennen und einen dialogischen Frieden zu ermöglichen. In Libyen starben zwischen 30 000 und 50 000 ZivilistInnen durch NATO-Bomben und Angriffe der „Rebellen" – obwohl die „Intervention" vorgeblich zum Schutz der Zivilbevölkerung stattfand. In Libyen gab es seitens der „westlichen Großmächte" seit Beginn der Regierungszeit Ghaddafis „regime change"-Pläne. Das Land hatte in Ansätzen eine sozialistische Gesellschaftsstruktur. Es war das reichste Land des afrikanischen Kontinents mit relativ gleicher Einkommensverteilung. Ghaddafi verstaatlichte die Ölindustrie und unterstützte Staaten in Afrika, sich von ungehemmter kolonialer Politik zu befreien. Somit stand Libyen den gewünschten Zielen der USA und der EU in Afrika entgegen. Dass es auch in Libyen Menschenrechtsverletzungen gibt, steht nicht in Frage – der als Interventionsgrund genannte „Schutz der Zivilbevölkerung" war jedoch nur vorgeschoben. Systematische Angriffe Ghaddafis auf die Zivilbevölkerung wurden bisher nicht belegt.[3]

Je nach Unterwürfigkeit der betroffenen Bewegungen werden seitens der „westlichen Staaten" der „Lage" entsprechende Mittel zum Einsatz gebracht – das geht vom Nichtanerkennen gewählter VertreterInnen über deren Delegitimierung in den Medien bis zu deren Eliminierung. Weitere Mittel sind wirtschaftlicher und politischer Druck sowie das Aufbauen und Aufrüsten von willfährigen politischen Bewegungen, die kaum eine reale Verwurzelung haben. Im schlimmsten Fall ist Krieg das gewählte Mittel. Wenn nötig, werden dabei Marionettenbewegungen unterstützt (wie in der Ukraine, Georgien, Libyen). Unter anderen die Orangene Revolution in der Ukraine und der Regierungswechsel in Georgien wurden von der gleichen „Umsturzagentur" vorangetrieben wie die „Opposition" in Jugoslawien. Die Agentur heißt OTPOR und rekrutiert meist Studierende oder junge Menschen. Sie führt gut geplante Aktionen und Propaganda durch, die maßgeblich für „regime changes" verantwortlich sind. OTPOR wird hauptsächlich aus den USA, von CIA-nahen Kreisen, finanziert. Die Agentur war Berichten zufolge auch im Vorfeld der Revolte in Ägypten 2011 tätig.[4]

Zur Rechtfertigung von Kolonialpolitik werden immer dreister völkerrechtliche Regulierungen oder vorhandene Resolutionen der UN umgedeutet, missachtet und gebrochen – und wenn nötig auch Kriegsgründe herbeigelogen.

Druck nach innen | In der derzeitigen gesellschaftlichen Formation eines modernen Kapitalismus in der Krise wird seitens der herrschenden Eliten in Europa, mit der Orientierung auf ungehemmte Profitmaximierung, auch innenpolitisch versucht, jeglichen kollektiven und solidarischen Ansatz sowie internationale Solidarität zu zerstören. Soziale Bedürfnisse, die jede/r hat, wie Bildung, Persönlichkeitsentwicklung, empfundene und gelebte Solidarität sowie das Bedürfnis, ein menschenwürdiges Leben zu führen, werden in diesem Rahmen delegitimiert. Ein Problem ist, dass die meisten Menschen derart unsolidarische und konkurrenzbetonte Verhaltensweisen auch verinnerlichen und aufhören, ihre eigene Ohnmacht kritisch zu hinterfragen. Entsprechend setzen sie Prioritäten in der materiellen Absicherung und Qualifikation im Rahmen

des Funktionierens im vorgegebenen gesellschaftlichen Rahmen – anstatt in der Persönlichkeitsentwicklung und solidarischen oder widerständigen Lebensweisen.

Und die KurdInnen | Genau diese solidarischen Lebensweisen sind in der kurdischen Bevölkerung bei der Mehrheit intakt. Die PKK konnte sich in der Bevölkerung verwurzeln, weil sie ihre Politik mit der Bevölkerung gemeinsam entwickelte. Die legalen Parteien und die zivilgesellschaftlichen Organisationen handeln durch den Willen der Menschen und machen keine entfremdete Stellvertreterpolitik, wie das in Europa üblich ist. Dadurch ist in den kurdischen Provinzen der Türkei eine zu der herrschaftskonformen Zurichtung aller gesellschaftlichen Bereiche in Europas „modernen" Kapitalismen gegenläufige Dynamik deutlich wahrnehmbar – und strahlt eine enorme Schönheit aus. Auch das Projekt der Demokratischen Autonomie lässt sich nicht mehr stoppen.

Gerade das ist jedoch für die AKP und die „westlichen Regierungen" das Problem. Eine Unterwerfung ist von einer derart selbstbewussten Bevölkerung, die sich gerade aus feudalen Unterdrückungsmechanismen befreit, nicht zu erwarten. In der Pädagogik ist anerkannt, dass Unterwerfung und Abstrafung für die Entwicklung von Menschen nicht förderlich sind. In Politik und Justiz wurde dieses Bewusstsein, gerade in Bezug auf gesellschaftliche Entwicklungen in kapitalistischen Formationen, allerdings noch nie angewendet. In vielen Gesprächen, die ich im Rahmen einer Delegationsreise im September 2011 führen konnte, betonten viele Menschen, dass sie sich keine Illusionen mehr über die Politik der EU machen. Es ist ihnen eher wichtig, dass die emanzipatorisch und humanistisch orientierten Menschen auch in Europa für die Menschenrechte und eine daran orientierte Politik kämpfen.

Natürlich ist wahrnehmbar, dass 3 900 bzw. 9 000 Inhaftierte bei der täglichen Arbeit fehlen. Auch die Brutalität der Besatzung und der staatlichen Politik ist deutlich spürbar. Die umfangreiche technische Überwachung sowie die Durchsetzung sämtlicher gesellschaftlichen Bereiche mit AKP-Eliten und islamischen Normen und Werten sowie die ständige Präsenz von Polizei und Militär in den kurdischen Provinzen sind ebenfalls nicht folgenlos. Allerdings führen sie nicht zu der „gewünschten" Unterwerfung. Die Menschen reagieren darauf mit Umsicht und wegen der umfassenden Repression berechtigter Angst. Diese führt jedoch nicht in die Ohnmacht, sondern zu besonnenem kollektivem Agieren und verständlicher Wut, die dann in kulturelle und politische Aktivität gewandelt wird.

Wer sich umdreht oder lacht – steht unter PKK-Verdacht | Die Verlagerung der Unterdrückung von einer rein militärischen Form in eine zusätzlich weitgehend polizeistaatliche ist mehr als bedenklich. Hier werden martialische Methoden bis zum gezielten politischen Mord (wie in den 90er Jahren) gemischt mit einer juristisch umgesetzten „Anti-Terror-Logik und -Politik" europäischer Ausprägung. Der seit 30 Jahren (eigentlich seit 100 Jahren) andauernde bewaffnete, militärische Konflikt wird staatlicherseits in ein „Terrorproblem" umgedeutet. So wird versucht, die menschenverachtende staatliche Politik zu rechtfertigen und den „europäischen Standards" der Oppositionsbekämpfung anzugleichen. Die Realität, dass nahezu in jeder kurdischen Familie Angehörige bei der Guerilla – oder im militärischen Konflikt – gefallen sind, wird völlig ausgeblendet. Stattdessen sanktioniert die Staatsmacht jede kritische Äußerung. Auch zwei Teilnehmer unserer Delegation wurden im September 2011 wegen vermeintlicher „Propaganda für eine terroristische Organisation" – es handelte sich um Kritik an Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen und um die Einforderung eines Dialogs – verhört. Ein Prozess steht etwaig noch aus. Für kurdische AktivistInnen bedeutet ein solches Äußern von Kritik oft jahrelange Haft – und damit ist gemeint, dass in der Logik der Repression gegen „unliebsame" Personen alles als Unterstützung, Propaganda für oder Mitgliedschaft in der KCK/PKK gedeutet wird.

Unübersehbar ist die „westliche" Schulung der juristischen und polizeilichen Eliten. Ähnlich wie im Baskenland sollen die politisch wirksamen Kräfte, die an einer eigenständigen Organisierung festhalten, ausgesiebt werden. Logik und Rhetorik der Anklage in den KCK-Prozessen ähneln denen in §129a/b-Verfahren in der Bundesrepublik Deutschland. Historisch gesehen kann allerdings nur ein Dialog und nicht eine Politik der militärischen Gewalt und Repression zu einer politischen Lösung von internationalen Konflikten führen. Die politischen VertreterInnen der kurdischen Bevölkerung, die BDP, Abdullah Öcalan und die PKK, sind dazu bereit – die AKP und die „westlichen Staaten" derzeit offenbar nicht.

Eine der Aufgaben der emanzipatorischen Kräfte und HumanistInnen in Europa ist es, die Logik der staatlichen Gewalt aufzudecken und zu zeigen, dass die türkische Regierung auf dem Weg in eine Diktatur des Sultanats spätestens seit 2009 die Menschenrechte täglich auf eine Weise mit Füßen tritt, die absolut inakzeptabel und bekämpfenswert ist. Deshalb sollten wir politischen Druck entfalten, uns für die Menschenrechte einsetzen und dafür wirken, dass die 9 000 politischen Gefangenen aus der Haft entlassen werden und die PKK von der EU-Terrorliste gestrichen wird, um einen Dialog zu ermöglichen. So würden die KurdInnen nicht weiter, in menschenverachtender Weise, als Objekte im Zusammenhang mit kolonialen Begehrlichkeiten behandelt, sondern als Subjekte mit unveräußerlichen Rechten anerkannt.

Nicht umsonst heißt es in der UN-Charta, dass Widerstand gegen kontinuierliches Unrecht und Tyrannei legitim ist. ♦

Fußnoten:
1 http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=14203
2 http://www.jungewelt.de/2011/08-13/035.php
3 http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Libyen/tote.html
4 http://www.sueddeutsche.de/politik/proteste-in-der-arabischen-welt-die-umsturz-gmbh-1.1061251 und http://de.wikipedia.org/wiki/Otpor

Zum Jahrestag des internationalen Komplotts vom 9. Oktober 1998

Das Komplott verstehen und dem aufgezwungenen „Suizid" Einhalt gebieten!

Deniz Özgür, Özgür Gündem, 12.10.2011

„An mir wird ein Exempel statuiert, in Wirklichkeit ist es die freie kurdische Seele [*frei übersetzt; wörtl.: freies Kurdischsein*], die ausgegrenzt und im Gefängnis gefangen gehalten werden soll. Die Politik, die seit neun Jahren Tag für Tag nur in Imralı betrieben wird, ist systematisch. Sie als rein türkische Gefängnispolitik zu betrachten, führt zu falschen Überlegungen. Und dies wiederum führt sowohl bei Kurden als auch bei Türken zu einer unlösbaren Politik, zu Gefechten.

Ich nehme stark an, dass das Türkische in eigenem Namen weder kämpfen noch Frieden schließen kann. Der moderne Kapitalismus hat allen Völkern des Mittleren Ostens und damit auch dem türkischen Volk die Rolle zugedacht, regelrecht als Gendarmen des kapitalistischen Systems Repression und Ausbeutung offen zu praktizieren."

Im Rahmen seiner Analyse des internationalen Komplotts vom 9. Oktober [*1998; türkische Bedrohung und Öcalans Verlassen Syriens*] hatte der PKK-Vorsitzende, Herr Abdullah Öcalan, erklärt, dass durch die ihm auferlegte Rolle eine „große Sackgasse" geschaffen werden sollte. Diese Analyse führt uns im 13. Jahr des internationalen Komplotts dazu, diese durch Akteur und Double (USA/Türkei) geschaffene „große Sackgasse" von Neuem zu betrachten.

Es ist eine Tatsache, dass die USA, der wichtigste Vertreter der kapitalistischen Moderne und Strippenzieher des 9.-Oktober-Komplotts, im Mittleren Osten immer mehr in den selbstgeschaffenen Sumpf hineingezogen werden. Die blutigen Misserfolge in Afghanistan und im Irak, die andauernden internen Krisen sind wichtige Belege. Die erfolglose und blutige Politik brachte tausenden Menschen den Tod und ist der eigentliche Grund für die Rückzugspläne. Da es für die USA keinen anderen Ausweg als den Rückzug gibt, versuchen sie die Trumpfkarte auszuspielen und wenigstens die Vorherrschaft in der Region nicht zu verlieren. Die Politik der USA beinhaltet, so blutig aufzuhören, wie sie angefangen haben. Somit bedürfen sie der Gendarmen, Wächter und Aufseher. An diesem Punkt kommt die nach eigener Meinung größte „Nutznießerin" (der damalige türkische Ministerpräsident Bülent Ecevit äußerte öffentlich seine Zweifel in dieser Hinsicht) des 9.-Oktober-Komplotts und Möchtegern-Double der USA, die Türkei, ins Spiel.

Der scheinbare AKP-Staat Türkei greift in der Manier des drohenden und erpressenden Washington sowohl die seinerzeit „guten Nachbarn" als auch die Kurden an, wobei „diese Mission", die schon vorbereitet gewesen war, sie in eine große Sackgasse führt. Es ist versuchter Suizid, mit dieser von den USA entwickelten und nicht nur der Machtpräsentation dienenden Politik den Völkern Zerstörung zu bringen. Die USA versuchen wie ihre Ziele auch, ihren Suizid an der Türkei zu versuchen. Das bisher Erlebte weist darauf hin. Warum sonst sollte der türkische Staat so scharf seine bisher als befreundet in Erinnerung gewesenen Nachbarn mit solch kapitalistischer Barbarei angreifen? Der wichtigste Beleg dafür ist die Tatsache, dass Erdoğan, der bis vor kurzem noch „intensive" Beziehungen zu Syriens Präsident Assad pflegte, seinem ehemaligen Freund heute mit seiner Leib- und Palastgarde droht.

Die Politik, die der türkische Staat innerhalb seiner Grenzen verfolgt, ist dabei ein weiterer Aspekt. Der wegen des Misserfolgs gegen das im Mittleren Osten am stärksten organisierte Volk, die Kurden, eingeschlagene Weg und die Methoden unterscheiden sich nicht von den derzeitigen der USA im Mittleren Osten. Der türkische Staat, der sich außerhalb seiner Grenzen mit dem Nachmachen zufriedengeben muss und es innerhalb der eigenen Grenzen nicht schafft, als Akteur aufzutreten, verschärft seine Politik gegenüber den Kurden. Er versucht sie mit denselben würdelosen Schritten, die die USA auf internationaler Bühne machen, beim kurdischen Volk durchzusetzen, schafft damit jedoch eine tiefe Kluft zwischen dem kurdischen und dem türkischen Volk. Er verfolgt diese Politik aufs Schärfste, nachdem er nicht das vom seit fast dreißig Jahren Widerstand leistenden kurdischen Volk erhalten hat, was er wollte. Wie die USA versucht die AKP, die gegen die Kurden verloren hat, wiederum Mitläufer unter diesen zu schaffen. Rückgratlose Kurden in der AKP, die sich vor Einsamkeit, die daraus resultiert, dass sie ihrer Realität davonlaufen, in ihren Istanbuler Häusern verschanzen und wie Kemal Burkay in ihren Zimmern erleuchten, sind die neuesten Produkte dieser

Politik. Aber das kurdische Volk, dessen Akteure sich in den letzten dreißig Jahren nicht geändert haben, hat mit der Demonstration zur Befreiung des PKK-Vorsitzenden, Herrn Abdullah Öcalans, diese Politik vereitelt.

Aktuell ist die Periode des letzten und verrücktesten Schrittes: Die AKP, deren Gendarmerie, Polizei und Wächter alle strammstehen, schleift die Völker der Türkei in ein gewaltiges Chaos. Die AKP, die jedes Mal Soldaten, Polizei und Wächter in großem Maße auf die Kurden loslässt, deren vorrangigste Bedingung auf dem Weg zum Frieden die Freiheit Öcalans ist, führt mit dieser Angriffslust in den Krieg. Den Vorwand der KCK-Operationen fasst sie so auf, dass der Erfolg umso größer ist, je mehr Kurden ins Gefängnis geschickt werden, und dass die politischen Durchsuchungen gegen die BDP ohne Unterbrechung fortgesetzt werden. Auf das Volk und seine Vertreter werden Polizisten gehetzt, die sie mit der Parole „Ich bin der Staat“ angreifen, und die Politik wird vervollständigt mit pausenlosen Armeeeinsätzen aus der Luft und vom Boden. Diese Politik führt die Türkei zu einem unberechenbaren Ende. Zu alledem stellt sich der türkische Ministerpräsident, Urheber dieser Politik, aggressiv auf und gesteht die schmutzige Absicht zur Isolationshaft des Herrn Öcalan aus erster Hand. Wie die USA versucht die AKP, die in diesem Komplott ein Double darstellte, in den Zuckungen während ihres Unterganges noch irgendetwas mitzureißen und den Sumpf noch zu vertiefen.

Im Licht der Worte des Herrn Öcalan zum 13. Jahr des internationalen Komplotts können wir sagen: Die AKP-Regierung versucht heute am kurdischen und türkischen Volk den kapitalistischen Suizid, den die USA der Türkei vererbt haben. Doch wird diese Politik, die das Niveau von sich gegenseitig in den Sumpf ziehen wollenden Ländern nicht überstiegen hat, durch den ehrenvollen Widerstand der Völker des Mittleren Ostens, angeführt vom kurdischen, genau wie alle anderen großen und verdammten Komplotte ins Leere greifen. ♦

Iran: Vom wichtigen Akteur der antikurdischen Koalition zur außenpolitischen Isolation

Müslüm Örtülü

Die politische Tagesordnung im Nahen und Mittleren Osten befindet sich in einem Prozess des rasanten Wandels. Für die wichtigen politischen Akteure ist es sehr schwierig, zuverlässige Voraussagen über die politischen Entwicklungen in ihrer Region zu machen. Der Status quo ist ins Schwanken geraten. Die Mächtigen der Region müssen sich neu formieren, um ihre Interessen zu wahren. Hierbei ist jeder auf seinen eigenen Vorteil bedacht. Da kann es durchaus auch einmal sein, dass dein Bündnispartner von gestern morgen auf der Gegenseite seinen Platz einnimmt.

Diese bittere Erfahrung musste auch der Iran in den letzten Monaten machen: Noch im Sommer diesen Jahres schien die antikurdische Koalition wiederbelebt worden zu sein. Syrien konnte aufgrund innenpolitischer Schwierigkeiten seinen Platz in dieser Koalition nicht wieder einnehmen. Umso intensiver war der diplomatische Verkehr zwischen der Türkei und dem Iran. Antriebskraft dieses Bündnisses war die Begrenzung des Einflusses der Kurden bei der Neuordnung der Region. Eine Offensive gegen die von der PKK kontrollierten Kandil-Berge war der hierfür vorgesehene erste Schritt. Der Iran bekam gar indirekte Unterstützung von ungewöhnlicher Stelle. Die USA spielten der Türkei geheimdienstliche Informationen über vermeintliche PKK-Stellungen zu, welche im Einvernehmen an den Iran weitegeleitet wurden. Nach Abschluss der diplomatischen Vorbereitungen rückte der Iran am 16. Juli 2011 mit 30 000 Soldaten auf südkurdisches Territorium vor. Vorrangig versuchte das Militär zunächst strategische Hügel an der iranisch-irakischen Grenze einzunehmen. Entweder die Guerillakräfte verlassen freiwillig diese Hügel,

oder man werde mit hochtechnischer Ausrüstung angreifen und die Gebiete militärisch einnehmen, so der Iran. Da ein freiwilliger Rückzug nicht zu erwarten war, begann der Iran mit seiner großangelegten Offensive. Allerdings wurde er mit einem Widerstand konfrontiert, den er nicht erwartet hatte. Binnen weniger Tage gingen die Verluste des iranischen Militärs in die Hunderte, darunter auch zahlreiche hochrangige Generäle.

Nun musste der türkische Bündnispartner zur Unterstützung eilen. Die türkische Luftwaffe begann ab dem 17. August die von der PKK kontrollierten Meder-Verteidigungsgebiete in Südkurdistan zu bombardieren, und schreckte hierbei auch nicht vor zivilen Opfern zurück. Zeitgleich gingen auch die Angriffe des Irans weiter, aber die antikurdische Koalition begann bereits zu bröckeln. Denn die Bündnispartner waren sich im Hinblick auf die Zukunft des syrischen Assad-Regimes uneinig. Während der Iran versuchte, dem Assad-Regime den Rücken zu stärken, lud die Türkei bereits Anfang Juni alle oppositionellen Kräfte aus Syrien bis auf die Kurden zu einer Konferenz nach Antalya ein. Hiermit machte die Türkei deutlich, dass sie im Fall von Syrien einen klar von den USA vorgegebenen Kurs verfolgen werde. Zudem hat die Türkei bereits ihre Position gegenüber den arabischen Oppositionellen in Syrien klargestellt. Diese dürfen im Falle der Machtübernahme den dort lebenden Kurden keinerlei Zugeständnisse machen.

Der Iran verfolgte die Beziehungen zwischen der Türkei und den syrischen Oppositionellen und deren gemeinsames Bestreben, das Baath-Regime dort zu stürzen, von Anfang an mit Argwohn. Denn dem Iran ist klar, dass nach einem möglichen Sturz Assads der Westen sich vollends auf ihn konzentrieren wird. Und dass die Türkei in schlechten Zeiten kein Bündnispartner ist, auf den man zählen kann, machte diese vollends deutlich, als sie im September der NATO zusagte, Raketenabwehrsysteme in Malatya zu errichten. Der Iran empfindet diesen Schritt der Türkei als direkte Bedrohung und mahnte die Türkei bereits mehrfach an, diese Entscheidung zu überdenken. Die Türkei vertrete die Interessen des Westens und agiere somit gegen die muslimische Welt, so das iranische Außenministerium. Der iranische Generalstabschef warf der Türkei gar vor, mit diesem Raketenschutzsystem im Interesse Israels zu handeln. Von belasteten Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu sprechen, scheint also nicht übertrieben zu sein.

Der Iran hat sich also bei seinen Angriffsplänen gegen die kurdische Freiheitsbewegung ordentlich verkalkuliert. Nicht nur militärisch erlitt man eine deutliche Niederlage, sondern auch die diplomatischen Beziehungen veränderten sich mit einem Male zum klaren Nachteil des Landes. Dem Iran blieb folglich nichts anderes übrig, als die Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistan (KCK) um einen Waffenstillstand zu bitten. Der Vorsitzende des KCK-Exekutivrates, Murat Karayılan, machte die Position der kurdischen Freiheitsbewegung mit folgenden Worten deutlich: „Wir finden es nicht richtig, dass die Kurden in einer Phase, in der die Widersprüche zwischen dem Iran und den internationalen Mächten so groß sind, sich zu einer Seite bekennen. Deshalb werden wir nicht zulassen, dass der kurdische Freiheitskampf zum Nutzen anderer Mächte instrumentalisiert wird.“ Seit dem 5. September ist zwischen dem Iran und der kurdischen Freiheitsbewegung ein beidseitiger Waffenstillstand in Kraft. Sollte der Iran die Todesstrafen gegen politische Häftlinge außer Kraft setzen, werde die PJAK ihren Schwerpunkt nicht mehr auf den bewaffneten Kampf, sondern verstärkt auf den politischen und sozialen Kampf legen.



Bei den Bombenangriffen auf die Meder-Verteidigungsgebiete werden auch gezielt die Grabstätten der Guerilla zerstört Foto: DIHA

Die iranische Regierung steht unter großem internationalem Druck. Die USA haben nach der Nachricht, dass iranische Agenten angeblich Mitte Oktober den saudi-arabischen US-Botschafter ermorden lassen wollten, den internationalen Druck auf das Mullah-Regime abermals erhöht. Die Obama-Administration kündigte einen konfrontativeren Umgang mit der iranischen Regierung an. Auch die schwierigen Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und dem Iran liegen am Boden. Der iranische Religionsführer Ajatollah Ali Chamenei wittert hinter diesen Meldungen ein Komplott, um die Iran-Phobie in der gesamten Welt zu schüren. Ob Komplott oder nicht, auf jeden Fall wird durch diese Nachricht die außenpolitische Isolierung des Irans weiter verschärft.

Die kurdische Freiheitsbewegung hat in diesen schwierigen Zeiten für den Iran deutlich gemacht, dass sie sich nicht in den Dienst des Westens begeben wird. Stattdessen setzt sie auf eine friedliche demokratische Lösung der kurdischen Frage im Iran. Für das iranische Regime ist dies eine goldene Chance. Ein Entflammen innenpolitischer Probleme in außenpolitisch schwierigen Zeiten wäre der Lage des Landes sicherlich nicht zuträglich. Daher sollte Teheran die Stabilisierung seiner Lage nicht in unsicheren Bündnissen mit den wenig vertrauenswürdigen Partnern aus Ankara oder den sich im Schwanken befindlichen Partnern aus Damaskus suchen, sondern auf eine Demokratisierung im eigenen Land setzen, um eine friedliche Zukunft mit der eigenen Bevölkerung zu gewährleisten. ♦

Was wollen die syrischen KurdInnen?

Auch für Syrien ein föderales, offenes System

Bunyad Cizîrî, Journalist

Am 15.03.2011 begann das syrische Volk, sich gegen das Regime von Bashar al-Assad zu erheben. Dieser Aufruhr begann wie eine Explosion: Eine Gruppe Kinder in der Stadt Darra hatte Parolen gegen Bashar al-Assad und sein Regime an die Wände ihrer Schule geschrieben. Diese Kinder, zwischen fünf und zehn Jahren alt, waren beeinflusst von den Aufständen in Tunis und Ägypten, die mit dem Sturz von Zine el-Abidine Ben Ali und Husni Mubarak geendet hatten.

Sie wollten die Sache des Aufstands in Syrien und ihren Herzenswunsch, den Sturz des Regimes von Assad, zum Ausdruck bringen. Eine ihrer Parolen war: „Hey, Dr. Bashar, jetzt ist die Reihe an dir!“

Diese Kinder wurden vom Geheimdienst festgenommen und auf grausame Weise gefoltert. Als die Familien der Kinder vom Geheimdienstchef von Darra, General Atif Nagib (ein Cousin von Bashar al-Assad), die Freilassung ihrer Kinder forderten, wurden sie feindselig empfangen und beleidigt. Der General sagte ihnen: „Vergesst eure Kinder und macht euch neue. Wenn ihr das nicht könnt, bin ich bereit, euch zu helfen.“

Diese beleidigenden Worte waren der Grund zum Aufruhr der Bevölkerung von Darra und des gesamten syrischen Volkes. Die Armee und der Geheimdienst Bashar al-Assads begannen, die Demonstrationen niederzumachen. In Darra wurden etwa 800 Menschen getötet. Danach kam es in Homs, Hama, Idlib und Dair az-Zur zu Aufständen. Assad hatte entschieden, die Armee gegen das Volk einzusetzen und die friedlichen Demonstrationen des Volkes mit Terror und Mord zu zerschlagen. Auf diese Weise nahm die Zahl der Toten ständig zu. Nun nach inzwischen sieben Monaten Aufstand gibt es in Syrien 5 000 Tote, 25 000 Gefangene und 15 000 Flüchtlinge.

Das Volk hat die Mauer der Angst eingerissen

So hat sich die Situation in Syrien gewandelt. Das Volk hat die Mauer der Angst eingerissen und sich gegen das Regime von Assad gewandt. In der Region und international kam es zu Reaktionen. Die arabischen Staaten haben ihre Botschafter abgezogen und die Vereinten Nationen ein Embargo über Damaskus verhängt.

Neben den arabischen Staaten gibt es noch die Türkei. Diese bemüht sich unter Führung der AKP, die Opposition in Syrien an sich zu binden. Sie hat Beziehungen zur Organisation der Muslimbrüder aufgebaut und in Istanbul und Antalya den Kongress beobachtet, zu dem die Muslimbrüder und Oppositionelle aus deren Umfeld eingeladen hatten. Der Kongress erkannte die nationalen Rechte der KurdInnen nicht an und forderte einen Zentralstaat. Das Ziel der AKP war, dass den KurdInnen in Syrien ihre Anerkennung als Nation verweigert wird, daher benutzt sie die Muslimbrüder, die arabischen oppositionellen Kräfte und die als GegnerInnen der kurdischen Freiheitsbewegung bekannten kurdischen Persönlichkeiten als Puffer.

Die PYD entwickelt ihre Arbeiten auf der Basis der Demokratischen Autonomie

Die Freiheitsbewegung Kurdistans in Syrien will ein föderales, offenes System. Dies lehnen jedoch alle NATO-Kräfte und alle regionalen Kräfte wie die Türkei und der Iran ab.

Die Partei der Demokratischen Einheit (PYD) entwickelt ihre Arbeiten auf der Basis der Demokratischen Autonomie. Sie nimmt die Geschwisterlichkeit der Völker zur Grundlage und will Syrien aus dem Nationalismus und dem Zentralismus herausführen.

Der PYD nach dürfen die Oppositionskräfte in Syrien nicht unter die Kontrolle der NATO und anderer äußerer Kräfte geraten. Sie verlangt vom Assad-Regime grundsätzliche Änderungen und die Zustimmung zu freien Wahlen. Außerdem fordert sie eine „Koordination der patriotischen Kräfte Syriens“, gebildet aus der Volkspartei von KurdInnen und AraberInnen. Diese Koordination entwickelt den Wandel und das Ende des Assad-Regimes auf dem Boden Syriens. Alle Formen militärischer Angriffe werden abgelehnt.

Wegen dieser Haltung der PYD verstärken der türkische Staat und mit ihm verbundene Personen ihre Angriffe.

Seit dem Monat März und dem von der AKP eingerichteten „Krisentisch“, um die Entwicklungen in Syrien zu verfolgen, unterbreitet er der Regierung und dem Nationalen Sicherheitsrat laufend seine Vorschläge.

Diese richten sich vor allem auf die KurdInnen und versuchen in jeder Form, deren irgendwie geartete künftige Regierungsbeteiligung in Syrien zu verhindern. Die dynamischste und stärkste Kraft, die mit der kurdischen Freiheitsbewegung verbunden ist, ist die PYD. Daher versucht der türkische Staat

alles, um ernsthafte Maßnahmen gegen diese Partei zu ergreifen.

Will die AKP in Syrien den „weichen Islam“ etablieren?

Um die islamischen Oppositionskräfte und arabischen Nationalisten zu versammeln, hat die AKP direkt, bzw. über assoziierte reiche Familien, eine Massenveranstaltung in Antalya durchgeführt. Dieser Kongress hatte keine kurdischen politischen Kräfte als Gesprächspartner angesprochen und unter den als Tagungsergebnissen bekannt gegebenen Punkten fehlte die Akzeptanz der Rechte und der Identität der KurdInnen. Den KurdInnen als zweiter Nation in Syrien werden Grundbesitz und Existenzrecht verweigert. Außerdem und nach den Entscheidungen des Krisentisches der AKP wurden Anstrengungen unternommen, sie zu entzweien und ihnen Einfluss vorzuenthalten. Mit der Hilfe einiger einzelner, als Gegner der kurdischen Freiheitsbewegung bekannter Kurden sollten auch die KurdInnen auf diesem Kongress repräsentiert sein. Diese Personen sind nur auf persönliche Vorteile bedacht; um die Rechte des kurdischen Volkes und seine Zukunft scheren sie sich absolut nicht.

Die AKP hat, um Bashar al-Assad unter ihren Einfluss zu bekommen, Damaskus ein „Reformpaket“ geschickt mit den folgenden Punkten:

1. Es ist notwendig, dass neue Gesetze die Bildung kurdischer Parteien verhindern. Außerdem sollen Parteien mit ideologischen bzw. organisatorischen Beziehungen zu Kräften der Region nicht zugelassen sein. (Was auf die PYD gemünzt ist.)
2. Projekte, die die Einheit des Landes beeinträchtigen, wie „Demokratische Autonomie“ oder „regionale Autonomie“ sind unannehmbar. Nur eine starke regionale Führung, die die Autorität in den Händen der Gouverneure und der Polizei belässt, ist akzeptabel.

In Westkurdistan herrscht nun die Sorge, dass die AKP in Syrien eine Führung des „weichen Islam“ etablieren will, den an sich gebundenen Kräften Macht gibt und sie gegen die kurdische Identität und die Arbeit der PYD bewaffnet.

Dieses Szenario ist nicht so weit hergeholt. Es gibt Personen und eine Gruppe in Westkurdistan, die diese Rolle spielt und entsprechende Paramilitärs organisiert.



Proteste in Ankara nach der Ermordung des kurdischen Oppositionsführers Meschaal Timo Foto: DIHA

Die AKP fürchtet vor allem die Einheit der KurdInnen. Als am 14.04.2011 kurdische Parteien in Qamishlo ihre Vereinigung verkündeten, warnte Erdoğan Bashar al-Assad in einer Erklärung vor einem angeblich bevorstehenden Komplott gegen Syrien. Das Ziel dieses „Komplotts“ sei die Einheit der KurdInnen.

Die PYD bringt in Westkurdistan und in Syrien ihre Organisationsarbeit voran. In vielen Regionen wurden durch Volksinitiativen kurdische Schulen eröffnet. Zahlreiche Kulturzentren wurden aufgebaut. Die PYD in Aleppo, Afrin und Qamishlo organisiert große Demonstrationen. Zehntausende demonstrieren unter der Fahne der Demokratischen Autonomie.

Die Arbeit der PYD in Syrien während der Krise basiert auf zwei Punkten:

1. Die Stärkung der demokratischen Oppositionskräfte in ganz Syrien und der Geschwisterlichkeit der Völker sowie die Anerkennung der Rechte der KurdInnen und ihres Selbstbestimmungsrechtes.
2. Die Einheit der kurdischen Kräfte und eine einheitliche Haltung.

Die PYD geht davon aus, dass auf dieser Basis Syrien diese Krise bewältigen und eine demokratische Struktur aufbauen kann, dass dieses Regime mit dem Widerstand des Volkes auf der Basis von Demokratie und Frieden zu überwinden ist. ♦

Eindrücke von der Internationalen Menschenrechtsdelegation vom September 2011 in Kurdistan

Von Kriegsverbrechen und Sammelgräbern

Mitglieder der Interventionistischen Linken (IL) und des FreundInnenkreises von Andrea Wolf

„Ich würde mir wünschen, dass es in den Metropolen Bewegungen gäbe, die diesen Krieg angreifen, unmöglich machen. Einfach den Nachschub kappen. Ich weiß, es ist angesichts des Zustands in den Metropolen utopisch. Auch auf längere Sicht wird es so bleiben. Schade, das wäre was. Eine militante Bewegung, die die Kriegsmaschine lahmlegt."

Diese Sätze schrieb unsere Freundin und Genossin Andrea Wolf (ihr Kampfname in der kurdischen Guerilla war Ronahî) am 1. Mai 1997 in den Bergen Kurdistans. Kurz vor einer großen Mobilmachung der türkischen Armee. Ihr Wunsch ging nicht mehr in Erfüllung in jenen 1990er Jahren, in denen sich die neoliberale Ideologie vom angeblichen Ende der Geschichte und einer angeblichen Zukunft in Frieden und voller Menschenrechte bleiern über die Metropolen gelegt hatte.

Am 23. Oktober 1998 wurde Andrea gemeinsam mit vermutlich 23 weiteren KämpferInnen der kurdischen Guerilla in den Bergen Kurdistans bei einem Massaker ermordet. Sie wurde mit mindestens zwei weiteren Kämpferinnen lebend gefangen genommen, verhört und zu Tode gefoltert. Anschließend wurden ihre Leichen weiter misshandelt und verstümmelt. Das bestätigen übereinstimmend nicht nur die vier überlebenden Zeugen der Guerilla, sondern seit Kurzem auch Zeugen, die damals auf Seiten des türkischen Militärs an diesem Einsatz beteiligt waren. Zu Andrea und den bis zu 41 Menschen, die vom 22. bis 24. Oktober in den Bergen von Keleh in der Region Şax/Wan (türk.: Çatak/Van) ermordet wurden, kommen viele tausende weitere gefolterte, verschwundene und ermordete Menschen dazu, die in den letzten 30 Jahren in der Türkei und in Kurdistan von der türkischen Armee getötet wurden. Vor 13 Jahren haben wir gesagt, dass wir so lange keine Ruhe geben werden, bis die Folterer und Mörder, bis die politisch verantwortlichen Täter zur Verantwortung gezogen worden sind. Jetzt ist der Mörder von Andrea bekannt, er könnte jederzeit vor Gericht gestellt werden. Auch deshalb hatten wir uns vor acht Wochen gemeinsam mit VertreterInnen des türkischen Menschenrechtsvereins IHD Wan (Van) und Angehörigen von mit Andrea ermordeten KämpferInnen entschieden, vom 14. bis 25. September 2011 mit einer internationalen Menschenrechtsdelegation nach Kurdistan zu kommen und gemeinsam die Sammelgräber aufzusuchen.

Konsequente Menschenrechtspolitik braucht einen langen Atem – in der Türkei und Kurdistan, genauso wie Guatemala, El Salvador, Argentinien oder Chile: Dort hat es zum Teil vierzig Jahre gedauert, bis vor einigen Wochen zum Beispiel in Argentinien die Generäle der Junta zu lebenslanger Haft verurteilt worden sind. Da waren wir und unsere kurdischen FreundInnen gar nicht so langsam:

Am 16. September brachen wir um 5 Uhr früh bei Dunkelheit wie geplant in Wan (Van) auf, um die Sammelgräber in rund 2 400 Meter Höhe in der Region Keleh zu besuchen. Begleitet wurden wir von Angehörigen der Opfer des Massakers, Friedensmüttern, Mitarbeitern des IHD, dem BDP-Vorsitzenden von Şax (Çatak) und JournalistInnen. Nach einer etwa zweistündigen, problemlos verlaufenen Autofahrt erreichten wir gegen 7 Uhr Şax (Çatak). Dort wurden wir von der BDP herzlich empfangen. Nach einer kurzen Pause fuhren wir weiter in die Region Keleh.

Hinter dem Dorf Narlı befand sich dann eine Militärsperre, an der wir gestoppt wurden. Ein Offizier erklärte uns, er habe Befehl, uns nicht weiterfahren zu lassen. Er bezog sich auf einen Befehl des Provinzgouverneurs (Vali) von Wan (Van), nach dem unsere Sicherheit gefährdet sei. Hatte er sich zuerst noch als Mitarbeiter des Vali vorgestellt, stellte sich dann heraus, dass es ein Offizier des Nationalen Geheimdienstes war. Erste Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis. Auf Befehl des Gouverneurs von Wan (Van), den er erst wenige Stunden zuvor erlassen hatte, wurde unserer 31-köpfigen Internationalen Menschenrechtsdelegation, dem IHD Wan (Van) und den Angehörigen der Familien der dort Getöteten der Weg versperrt.

Mit Maschinenpistolen hat die türkische Armee an diesem sonnigen Freitag 13 Jahre nach dem Massaker erneut gezeigt, was sie unter Menschenrechten versteht: Sie haben uns als FreundInnen und Angehörigen der Gefolterten und Ermordeten verweigert, am Grab unserer Toten zu trauern, ihrer zu erinnern und zu fordern: „Ohne die Aufklärung der Massaker und Kriegsverbrechen, ohne die Bestrafung der Täter kann es keinen gerechten Frieden hier im türkisch-kurdischen Kon-

flikt geben. Das gilt weltweit: No justice, no peace!“, lautete unsere Protestantwort.

Entgegen der mehrfachen Zusage eines freien und ungehinderten Zugangs zum Ort der Sammelgräber verfügte der Gouverneur aus Wan (Van) in allerletzter Minute die Aussperrung und ließ durch die Armee die einzige Zugangsstraße sperren. Weder diplomatischer Druck aus Deutschland und der Schweiz noch der erneute Gesprächsversuch mit dem Gouverneur und lokalen Militärverantwortlichen waren erfolgreich: Die türkische Staatsbürokratie und das verantwortliche Militär hatten politisch entschieden, den Zugang zu dem Ort des Kriegsverbrechens zu sperren. Die Delegation wertete dieses Verhalten als ein weiteres Schuldeingeständnis für die Tatsache eines stattgefundenen Verbrechens gegen die Menschlichkeit. Nachdem die Delegation an dem Checkpoint ihren Protest zum Ausdruck gebracht hatte mit Transparenten und mit Fotos der Ermordeten, machten wir uns auf den Weg zurück nach Şax (Çatak) und veranstalteten eine kleine Demonstration zur zuständigen Staatsanwaltschaft.



Gegen 9.00 Uhr wurde die Delegation, die frühmorgens in Wan aufgebrochen war, hinter Narlı von einer Militärsperre aufgehalten. Der Vali von Wan hatte bereits am Tag zuvor den Zugang zur Grabstelle von Ronahî/Andrea Wolf verboten. Foto: A. Bender

Dort haben dann VertreterInnen der Internationalen Unabhängigen Untersuchungskommission Andrea Wolf (IUK) die Klageschrift dem zuständigen Staatsanwalt übergeben und die Dimension des Falles dargelegt. Insbesondere das Urteil des Internationalen Gerichtshofes für Menschenrechte in Strasbourg, wonach die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Şax (Catak) ab 1999 nicht effizient und nicht adäquat gewesen waren. Denn damals waren ausgerechnet die beteiligten und beschuldigten Militärs von den Ermittlungen ausgenommen worden.

Die VertreterInnen der IUK haben den Staatsanwalt darauf hingewiesen, dass es nunmehr auch die Zeugenaussage eines am Tatort anwesenden Dorfschützers gibt, der einen Leutnant Sabri beschuldigt, Andrea Wolf ermordet zu haben.

Der Staatsanwalt sicherte uns Ermittlungen zu, so wie sich das in einem Rechtsstaat gehört.

„Insbesondere bestätigte er auf Nachfrage ausdrücklich, dass sich die Ermittlungen diesmal auch auf Mitglieder der beteiligten Militäreinheiten und deren Vorgesetzte erstrecken würden“, berichtete anschließend ein Mitglied der IUK Andrea Wolf von der Übergabe des Antrags auf Wiederaufnahme des Verfahrens: „Und wir gehen davon aus, dass das Wort eines türkischen Staatsanwaltes gilt. Wir gehen davon aus, dass die Verhaftung von **Leutnant Sabri** in sehr kurzer Zeit möglich sein wird.“

Anschließend fuhren wir in vier Minibussen auf die Sommerweiden einer Hochalm nahe dem Weiler Görentaş, wo DorfbewohnerInnen vor zwei Monaten ein weiteres Sammelgrab getöteter Guerilleros/as der PKK gefunden hatten und eine provisorische Grabstelle errichtet hatten. In einer improvisierten Trauerfeier erinnerten die TeilnehmerInnen der Delegation, kurdische Angehörige und lokale MenschenrechtlerInnen an das hier stattgefundene Verbrechen, das sich in seinem Hergang nicht von dem Mord an Andrea Wolf und ihren GefährtInnen unterscheidet: Es fand dort am 21. Oktober 1998 – wie zwei Tage später am 23. Oktober 1998 – nicht allein eine militärische Auseinandersetzung statt, sondern es wurde eine gefangen genommene und verletzte PKK-Guerilla vor ihrem Tod vergewaltigt und der Kommandeur der Guerillaeinheit geköpft.

Politische Freundinnen und Freunde erinnerten an Andrea Wolf und eine Grußbotschaft der Mutter von Andrea Wolf und einer Mutter der Friedensmütter wurde verlesen. „In dem Land, in dem ich lebe, gibt es die gleichen Probleme. Im Moment gibt es einen Prozess gegen drei Militärs, die verantwortlich sind für ein Massaker an 203 Personen. Kinder, Frauen, Männer. Das Massengrab wurde vor Kurzem entdeckt“, so Lilo Wolf: „Da ich aus gesundheitlichen Gründen nicht reisen kann, werde ich zur gleichen Zeit am 16. September hier in die Berge gehen. Ein Maya-Schamane wird eine Zeremonie machen für Andrea, und für alle Ermordeten bei dem Massaker.“

Noch während dieser improvisierten Trauerfeier fanden TeilnehmerInnen der Delegation nur wenige hundert Meter entfernt in einem kleinen Seitental der Hochalm weitere Gebeine, die eine anwesende Ärztin aus El Salvador zweifelsfrei als Menschenknochen identifiziert hat. Auch diese wurden anschließend in dem Sammelgrab bestattet. Auch dieses Vor-



Nachdem die Delegation am 16.09.2011 vom Militär daran gehindert wurde, das Sammelgrab bei Kehles zu besuchen, fuhr sie zu dem Sammelgrab in Görentaş. Hier wurden am 21.10.1998 28 kurdische Guerillas und 15 Dorfschützer ermordet. Foto: A. Bender

kommnis zeigt erneut, dass die türkische Armee und die verantwortlichen Stellen in der Justiz und der Politik keinerlei Interesse an der Aufklärung der in der Türkei stattgefundenen Kriegsverbrechen haben.

Die Delegation stellte fest, dass weder das Sammelgrab, in dem Andrea Wolf liegt, noch die Grabstelle in Görentaş Einzelfälle sind. Überall in den kurdischen Gebieten werden verstärkt in den letzten Monaten weitere Sammelgräber von Getöteten, Gefolterten und Ermordeten entdeckt – viele aus den Jahren 1988 bis 2000. Oft stellt sich erst nach Jahrzehnten der Unsicherheit für die Angehörigen heraus, dass die sterblichen Überreste ihrer verschwundenen Töchter, Brüder, Mütter, Väter, Angehörigen und FreundInnen in solchen Gräbern liegen.

Die Nacht vom 20. auf den 21. September haben einige von uns dann wieder einmal vor bzw. in einem Polizeihauptquartier verbracht: diesmal in Wan (Van). Um 1.30 Uhr nachts waren zehn bewaffnete Polizisten in einem Panzerwagen vor unserem Hotel vorgefahren und eingedrungen, um zwei Mitglieder unserer Delegation zum Verhör abzuholen. Vorwurf: Separatismus und Propaganda für eine terroristische Vereinigung. Ein Vorwurf, der mit 3 bis 12 Jahren Haft laut türkischem Strafgesetzbuch geahndet werden kann.

Der Vorwurf ist so doppelzüngig wie die Menschenrechtspolitik der AKP und ihre neue Sicherheitspolitik für die Türkei und Mesopotamien: Von Syrien fordert Tayyip Erdoğan, dass die Assad-Sippe endlich das wahllose Töten von DemonstrantInnen beendet, in Ägypten und Libyen wirbt er mit dem Versprechen einer islamisch-säkularen Demokratie, für die palästinensische Freiheit unterstützt er Friedensflotten und fordert die staatliche Unabhängigkeit. Zeitgleich werden in Kurdistan BürgermeisterInnen und MenschenrechtlerInnen verhaftet, wird in großflächigen Antiterrorprozessen die kurdische Zivilgesellschaft kriminalisiert.

Der Hintergrund der Polizeiaktion: Am Vormittag des 20.9. hatten Martin Glasenapp (Mitarbeiter von medico international) und Martin Dolzer (Mitarbeiter von Heidrun Dietrich MdB) unter anderen in einem öffentlichen Park auf der gemeinsamen Pressekonferenz mit dem Menschenrechtsverein IHD Wan (Van) und der Partei BDP, die den Bürgermeister stellt, aus Anlass der Abreise der Delegation aus Wan (Van) nach Bidlîs (Bitlis) und Amed (Diyarbakır) gesprochen. Hier wurde noch einmal deutlich gemacht, dass die Delegation – wie sie es von Anfang an angekündigt hat – die Aufklärung von Kriegsverbrechen fordert und dass eine friedliche Lösung nur unter Einbeziehung aller Konfliktparteien zu haben ist.

Die beiden Delegationsmitglieder wurden auf dem Polizeirevier zur Befragung vorgeführt und circa jeweils 3 Stunden verhört. Ein Anwalt des IHD Wan (Van) und eine Übersetzerin begleiteten sie. Eine Anwältin des Republikanischen Anwaltsvereins (RAV), die als Mitglied des Bundesvorstandes der Roten Hilfe an der Delegation teilnahm, wartete zusammen mit anderen DelegationsteilnehmerInnen und MitarbeiterInnen des IHD die gesamte Nacht vor dem Polizeihauptquartier Wan (Van). Um 7.30 wurden die Vorgeführten wieder entlassen. Die Polizeibeamten hatten sie vor dem Verhör und nach dem Verhör ins Krankenhaus gebracht, um ihren Gesundheitszustand zwecks möglicher Folterungen von einem Arzt attestieren zu lassen.

Um 8 Uhr früh entschieden wir uns nach dem Verfassen einer Protesterklärung unsere Arbeit als Delegation fortzuführen und auf dem Weg Richtung Amed (Diyarbakır) nahe Bidlîs (Bitlis) in Begleitung kurdischer MenschenrechtlerInnen und GewerkschafterInnen, wie geplant, zwei weitere Sammelgräber aufzusuchen. „Ohne Aufklärung der Kriegsverbrechen der türkischen Armee kann es keine Gerechtigkeit und keinen Frieden in der Türkei geben“, stellte die Delegation fest und erklärte öffentlich: „Die Delegation weist die Vorwürfe der

Staatsanwaltschaft aufs Schärfste zurück. Es ist bezeichnend und lächerlich, wenn ein Polizeibeamter im Jahre 2011 in einem Verhör die Frage stellt: ‚Was ist Kurdistan?'. Offensichtlich ist aber, dass der türkische Staat die Arbeit der Delegation ernst nimmt und versucht einzuschüchtern. Wir werten das als Erfolg unserer Anwesenheit und öffentlichen Präsenz in Van. Wir werden unsere Arbeit fortsetzen und uns nicht einschüchtern lassen."

Der Empfang in Bidlîs (Bitlis) war herzlich und beeindruckend: Vom BDP-Abgeordneten des Wahlkreises aus Ankara über alle Bürgermeister der letzten Jahre, den Vorstand des IHD Bidlîs (Bitlis) bis zu den VertreterInnen der Angehörigen von Verschwundenen und Gefangenen waren trotz Einschüchterung durch Geheimdienst und Gendarmerie alle gekommen. Umso erschütternder waren die Sammelgräber in jenem Hochtal: Dort wurden am Rande von zwei Müllkippen die Leichen von SchülerInnen und PKK-KämpferInnen gefunden und provisorisch bestattet. Sie alle waren von türkischen Soldaten bestialisch gefoltert und ermordet worden.

Am 11.9. dieses Jahres veröffentlichte die Nachrichtenagentur AP eine Statistik über die Zahl der Verurteilungen wegen angeblichen „Terrorismus" in den letzten 10 Jahren. Weltweit erfolgten demnach 35 000 Verurteilungen wegen „Terrorismus". Der Spitzenreiter ist dabei die Türkei mit 13 000 Urteilen – auf dem zweiten Platz folgt, mit weitem Abstand, China mit lediglich 7 000 Verurteilungen. Über Kriegsverbrechen, Rüstungsexporte und den arabischen Frühling wurde dann ausführlich in Amed (Diyarbakır) diskutiert.

„Während Erdoğan in Kairo oder Tunis für seine neue Rolle als Regionalmacht Propaganda macht, bereitet die türkische Armee eine massive Bodenoffensive gegen die Berge von Kandil vor", stellte ein Sprecher der Delegation auf einem Auftaktpodium am nächsten Tag dort auf dem 2. Mesopotamischen Sozialforum fest, während über unseren Köpfen die Kampfbomber der türkischen Armee Tag und Nacht in Richtung Südkurdistan aufbrachen.

Er stellte die Frage: „Und was macht die angeblich demokratische Welt? Sie schweigt, wie sie auch zur Folter in Guantanamo oder sonst wo auf der Welt schweigt. Wenn die Herrschenden von Menschenrechten sprechen, wissen wir, dass die Menschenrechte außer Kraft gesetzt werden sollen."

Heute werde im Namen der Menschenrechte weltweit gefoltert, vergewaltigt und gemordet.

Heute werfe die NATO Bomben auf Libyen, wo noch vor wenigen Jahren ausländische Geheimdienste in den Folterkellern von Gaddafi haben foltern lassen. Das sei eine zynische Heuchelei: „Wenn sie von Freiheit reden, meinen sie die Freiheit der kapitalistischen Produktion, weltweit den Menschen die Rohstoffe zu rauben, sie unter menschenunwürdigen Bedingungen auszubeuten, die Böden der BäuerInnen in Afrika, Asien, Osteuropa und Lateinamerika sich anzueignen für ihre multinationalen Agrobusiness-Konzerne. Wenn die Herrschenden von Frieden sprechen, wissen wir, dass es Krieg gibt", erklärte der Genosse beim Forum.

Die deutsche Bundesregierung hat erst vor wenigen Wochen beschlossen, Leopard-II-Panzer nach Saudi-Arabien zu exportieren, in eines der blutigsten und autoritärsten Regime im arabischen Raum. Mit Kugeln aus deutscher Waffenproduktion wurde der Aufstand in Bahrain blutig niedergeschlagen. Fast 40 Jahre zuvor am 11. September 1973 haben die faschistischen Generäle in Chile die Regierung von Salvador Allende geputscht und im Namen des Neoliberalismus und der Freiheit des Marktes Zehntausende gefoltert und ermordet.

Für den globalen Kapitalismus, seine neokolonialen, patriarchalen und rassistischen Herrschaftsstrukturen wird die militärische und polizeistaatliche Herrschaftsabsicherung immer wichtiger. Der Ausnahmezustand wird außen- wie innenpolitisch immer notwendiger.

Die kapitalistische Globalisierung und der globale Krieg der NATO-Staaten sind zwei Seiten einer Medaille.

Aber die Menschen weltweit stehen auf: in den arabischen Ländern, ob in Kairo oder Tunis, in Tel Aviv oder Homs oder in Santiago de Chile: Dort demonstrierten in den letzten Wochen hunderttausende junge und alte Menschen für soziale Gerechtigkeit, Bildung und eine gerechte Wirtschaftsordnung. Das sei die Hoffnung dieser Tage: „Weltweit haben die Menschen die Schnauze voll von den Versprechungen der Herrschenden, sie haben die Schnauze voll von den Lügen über Menschenrechte, sie haben die Schnauze voll von Neoliberalismus und Unterdrückung."

Die internationale Linke habe aber ein großes Problem: „Zu wenige Menschen in den Metropolen der imperialistischen Staaten stehen bisher auf. Zu viele haben noch nicht den Mut, für ein Leben in sozialer Würde für alle Menschen weltweit zu kämpfen – oder vielleicht haben sie noch zu viel materiellen Wohlstand zu verlieren. Die Macht der Herrschenden hat ihre Herzen kalt und ihre Köpfe ängstlich gemacht."

Fakt ist: Deutschland ist heute der drittgrößte Exporteur von Waffen in der Welt. Mit 14 Prozent Anteil ist die türkische Regierung und ihr militaristischer Apparat der größte Abnehmer deutscher Waffen. Deshalb machte der Sprecher der Delegation einen Vorschlag zum Schluss seiner Rede auf dem 2. Mesopotamischen Sozialforum in Amed (Diyarbakır): „Ich möchte die kurdischen und türkischen Menschen hier und vor allem in Deutschland und Europa dazu einladen, mit uns gemeinsam die neue deutsche Kriegspolitik und die Waffenlieferungen deutscher Rüstungskonzerne in die Türkei zu stoppen. Hoch die internationale Solidarität – No justice, no peace!" ♦

Die Delegation und die bevorstehenden Prozesse kosten viel Geld:
Spenden bitte an:
Angelika Lex
Rechtsanwalt-Ander-Konto
Genossenschaftsbank
Bankleitzahl 701 694 64
Kontonummer 32 72 71

Weitere Infos unter: www.andrea.libertad.de
Kontakt: iuk-andrea.wolf@brd.de

Delegationserfahrungen in Kurdistan

Eine Reise in die Demokratische Autonomie

Michael Knapp, Kurdistan-Solidaritätskomitee Berlin

Viel ist schon geschrieben und gesprochen worden über die Theorie des Demokratischen Konföderalismus, der Demokratischen Autonomie. Unsere Delegation bestand aus an der Kampagne „Tatort Kurdistan" beteiligten Gruppen und Einzelpersonen aus verschiedenen Städten der BRD. Wir sind mit dem Ziel gefahren, die Entwicklung basisdemiokratischer Strukturen anhand praktischer Beispiele zu untersuchen. Wir brachen Mitte September 2011 nach Nordkurdistan/Türkei auf, um mehr über die konkrete praktische Organisierung der Demokratischen Autonomie zu erfahren. Auf unserer Reise besuchten wir die kurdischen Städte Amed (Diyarbakır), Êlîh (Batman), Heskîf (Hasankeyf), Wêranşar (Viranşehir), Colemêrg (Hakkari), Gever (Yüksekova) und Wan (Van).

Dort sprachen wir u. a. mit Kooperativen, Stadtteilräten, Frauenräten, Jugendinitiativen, Bildungsvereinen, Dorfkommunen, immer mit dem Ziel, mehr über basisdemokratische Organisierung und Bewusstseinsbildung zu erfahren. In diesem Artikel möchte ich versuchen, einige exemplarische Initiativen und Beobachtungen unsererseits vorzustellen.

Unsere Reise stand jedoch im Schatten der kriegerischen Auseinandersetzungen in Kurdistan, der Militär- und Polizeioperationen der staatlichen Kräfte. So wurde unsere Recherche auch durch die massive Repression gegen die kurdische Bevölkerung und ihre RepräsentantInnen geprägt. Dies zeichnete sich unter anderem dadurch ab, dass viele mögliche AnsprechpartnerInnen schon verhaftet waren. Vom Stadtrat bis hin zur Bürgermeisterin oder Aktiven in der linken, prokurdischen Friedens- und Demokratiepartei (BDP), seit Beginn der neuen Verhaftungswelle schläft niemand mehr zu Hause. Tagsüber wird der politischen Arbeit nachgegangen, nachts schützen sich die, die öffentliche Ämter bekleiden. Über allem schwebt das Damoklesschwert der Festnahme im Rahmen eines Antiterrorverfahrens.

Die meisten unserer früheren InterviewpartnerInnen befinden sich mittlerweile ebenfalls in Haft. Diese Inhaftierungswelle hat zur Konsequenz, dass politisch erfahrene AktivistInnen immer wieder neu ersetzt werden müssen, was zu großen organisatorischen Problemen führt. Dennoch, in Anbetracht aller Schwierigkeiten, waren wir in vielen Bereichen erstaunt, wie weit die basisdemokratische Organisierung fortgeschritten ist, und wie viele dieser Konzepte trotz ständiger Bedrohung mit Folter, Festnahme oder gar Tod umgesetzt werden.

Kooperative „Ax û Av": „Wir glauben, eine andere Welt ist möglich und wir sind verantwortlich dafür, dies umzusetzen"

In der kurdischen Großstadt Amed fand zum Zeitpunkt unserer Ankunft das Mesopotamische Sozialforum statt. Dies bot uns Gelegenheit, Kontakt mit den verschiedensten Initiativen und Kooperativen aufzunehmen. So lernten wir auch die Kommune „Ax û Av" – „Erde und Wasser" aus Wêranşar kennen, die auf dem MSF-Gelände ihre Arbeit praktisch demonstrierte. Die Kommune baut ihre eigenen Häuser auf ökologischer Basis, vor allem mit natürlichen Materialien, daher der Name „Erde und Wasser". Sie umfasst im Moment zehn Familien und besteht seit zwei Jahren. Durch eine gemeinsame ökologische Bewirtschaftung von Agrarflächen finanziert und organisiert sie sich basisdemokratisch. Die Gemeinschaft versteht sich selbst explizit als Teil des Projekts der Demokratischen Autonomie, zu deren Paradigmen auch eine ökologische, basisdemokratische, geschlechterbefreite Lebensweise gehört. Sie erklären: „Unsere Gemeinschaft soll ein praktisches Beispiel gegen den Kapitalismus sein." Die Gruppe arbeitet an der Vernetzung mit Kollektiven in der Türkei, Lateinamerika und Europa.

Waschsalon „Beyaz Kelebekler"

Vor allem Frauen benutzen in Amed und anderen Städten kollektive Waschsalons. Damit bieten die Waschsalons auch immer wieder die Gelegenheit, Frauen und Kinder anzusprechen und sind so etwas wie soziale Zentren oder Bildungsstätten, in denen Frauen ihre Probleme diskutieren und gemeinschaftlich Lösungsansätze entwickeln können. Der Salon „Beyaz Kelebekler" besteht seit 2001. Bei Problemen werden die Frauen an die entsprechenden Initiativen der Frauenbewegung oder der Stadtverwaltung weitergeleitet. Sie arbeiten eng mit Initiativen gegen Gewalt gegen Frauen und Frauenhäusern zusammen. Die Wäsche ist kostenlos, wie auch das Waschmittel. Gleichzeitig findet eine Betreuung der Kinder durch eine ausgebildete Pädagogin in kurdischer Sprache statt, um der Assimilierungspolitik des türkischen Staates, die nun schon in der verpflichtenden Vorschule ab sechs Jahren beginnt, etwas entgegenzusetzen. Gleichzeitig gibt es am Waschhaus einen Ofen, damit die Frauen dort auch ihr Brot backen können. Die BesucherInnen des Waschsalons sehen

dieses Projekt klar als ein Projekt der Demokratischen Autonomie. Nachdem die Stadtverwaltung an die kurdische Bewegung überging, wurden hier die Selbstverwaltung und Kooperativen entwickelt.

Kommunales Dorf Şikefta von Staudamm bedroht

In der Nähe der Kleinstadt Heskîf (Hasankeyf) liegt im Schatten eines Jandarma-Stützpunktes das kurdische Dorf Şikefta. Dieses Dorf ist eines der wenigen Dörfer, die schon seit Ende der 70er Jahre kollektiv organisiert sind. Eine besondere historische Entwicklung führte zu dieser besonderen basisdemokratischen Dorfstruktur. 1979 war der erste Bürgermeister aus der kurdischen Bewegung, der linke Revolutionär Edip Solmaz, kurz nach seiner Wahl von staatlichen Kräften ermordet worden. Infolgedessen kam es zu Repressionen von Seiten der Großgrundbesitzer gegen die Dorfbevölkerung, 22 Personen sind dabei getötet worden. Die Bevölkerung des Dorfes floh in Höhlen, was auf Kurdisch Şikefta bedeutet, und organisierte dort ein kollektives Leben, vor allem auch, um ihr eigenes Überleben zu gewährleisten, aber auch aufgrund des hohen Politisierungsgrads. Nach ihrer Rückkehr verwandelte der Militärputsch vom 12. September 1980 das Dorf in ein Folterzentrum. Die Bevölkerung wurde systematisch bedroht und misshandelt. In den 80er und 90er Jahren sollte die Bevölkerung immer wieder dazu gezwungen werden, als Kollaborateure oder Dorfschützer für den Staat zu arbeiten. Weder das eine noch das andere akzeptierte die Dorfbevölkerung und leistet bis heute kontinuierlichen Widerstand. Auch ein Großgrundbesitzer, der wie ein Feudalherr über das Land herrschte, musste vor dem Widerstand der Bevölkerung kapitulieren.

Das Dorf stand lange Zeit unter einem Lebensmittelembargo, was bedeutet, dass nur geringe Mengen, beispielsweise an Getreide, ins Dorf gebracht werden durften. Im Rahmen der Repression wurden in den 90er Jahren viele DorfbewohnerInnen von staatlichen oder parastaatlichen Kräften ermordet.

Trotz alledem hat das Dorf Şikefta geschafft, ihr Leben als Kommune immer weiter zu entwickeln. So legen die DorfbewohnerInnen ihre Einkünfte und Besitztümer zusammen und führen das Dorf als Kollektiv auf solidarischer Basis. Sie betreiben zusammen eine Firma zum Sandabbau und alle MitarbeiterInnen sind versichert und bekommen ein festes Gehalt. Das Dorf besitzt einen kollektiven Minibus, und wie wir beobachten konnten, befindet sich ein neues Gemeinschaftszentrum und Versammlungshaus gerade im Bau.

Die kollektiven Errungenschaften erstrecken sich aber nicht nur auf ökonomische und infrastrukturelle Aspekte. Die kurdische Freiheitsbewegung mit ihrem Primat auf der Frauenbefreiung hat zu einem Geschlechterverhältnis geführt, das sich deutlich von dem in anderen Dörfern in der konservativen Region Elîh (Batman) unterscheidet. So erklären die Frauen selbst, sie lebten gleichberechtigt mit den Männern und es gäbe keine Geschlechterhierarchie. Deutlich werden diese Ansätze zum Beispiel daran, dass Frauen ohne die sonst oft obligatorische Erlaubnis des Ehemannes verreisen, um zum Beispiel an Aktionen teilzunehmen, dass sich das Leben der Frauen auf der Straße abspielt, dass Frauen gleichberechtigt in der Dorfratsversammlung entscheiden, dass Mehrfach- und Zwangsehe illegal sind, und vielen anderen Aspekten. Dies machen Gespräche mit Heranwachsenden im Dorf deutlich, die klarmachen, dass für sie das Leben in dem kollektiven Dorf auf jeden Fall den Vorzug vor dem Stadtleben hat.

Doch das Dorf ist vom Ilısu-Staudamm bedroht. Sollte er fertiggebaut werden, werden wahrscheinlich große Teile des Dorfes überflutet und Şikefta zerstört werden. Das macht uns nochmal deutlich, dass der Kampf gegen den Ilısu-Staudamm nicht nur Kampf zum Erhalt unwiederbringlicher historischer Werte ist, sondern zehntausende ihre Heimat verlassen müssen und auch soziale Werte wie das kollektive Dorf Şikefta vernichtet werden sollen.

Colemêrg – Frauenkampf im Kriegsgebiet

Wir besuchten als Nächstes die kurdische Stadt Colemêrg (Hakkari), die auch Hauptstadt der gleichnamigen Provinz ist. Nachdem wir Kontrollpunkte des Militärs, der Polizei und des Geheimdienstes durchfahren hatten, hatten wir einen Eindruck bekommen, welchen Schikanen die Bevölkerung hier vor Ort täglich ausgesetzt ist. In der Region Colemêrg zeigt sich deutlich, dass die Kräfte des türkischen Staates als Besatzungsmacht agieren. Dies bestätigt uns sogar ein junger Polizist am berüchtigten Depin-Kontrollpunkt vor Colemêrg. Er erklärte, er spüre, dass niemand aus der Bevölkerung sie hier haben wolle. In dieser besonderen Region ist der Organisierungsgrad der kurdischen Freiheitsbewegung, wie auch die Repression, besonders hoch. Deshalb ist hier, also in Städten wie Colemêrg oder Gever, die Selbstorganisierung besonders weit fortgeschritten.

Wir besuchten hier verschiedene zivilgesellschaftliche Organisationen und führten Gespräche u. a. mit Vertreterinnen des Frauenrats. Der Frauenrat von Colemêrg stand gerade kurz vor seiner Wiedergründung, da vorherige Frauenräte durch verschiedene Repressalien und Verhaftungen, und weil viele aufgrund ihrer politischen Verfolgung aus der Region flüchten mussten, aufgelöst wurden. Die Frauenräte setzen sich u. a. mit der massiven familiären und staatlichen Gewalt gegen Frauen in der Region auseinander. Die staatliche Gewalt betrifft jede Frau, die sich irgendwie aktiv für die Demokratisierung einsetzt. Es geht dem Frauenrat um Bewusstseinsschaffung unter den Frauen, aber auch um das Problem des Analphabetismus bei Älteren. In jedem Stadtviertel gibt es Kommissionen von 10–15 Frauen, um möglichst schnell auf Probleme in der Ehe, Gewalt gegen Kinder und Frauen und andere Dinge eingehen zu können. Diese Kommissionen sind aber auch in die Stadtteilräte der basisdemokratischen Organisierung eingebunden. Am Frauenrat werden 60 % Frauen aus der Bevölkerung und der Rest Frauen aus den Kommissionen teilnehmen.



AktivistInnen des Kollektivs „Ax u Av“, was übersetzt „Erde und Wasser“ bedeutet, bauten auf dem Gelände des MSF ein Musterhaus. Ax u Av ist ein Kollektiv nahe der Stadt Wêranşar, wo sie ein komplett neues Dorf mit radikaldemokratischen Strukturen gestützt auf Kooperativen aufbauen. Foto: A. Bender

Konkret richten sich Anfragen wegen Misshandlung oder Ähnlichem aufgrund schlechter Erfahrungen an die Kommissionen und nicht an den Staat. Sie orientieren sich in solchen Fällen an den Wünschen der Frauen und stehen ihnen bei einer etwaigen Scheidung bei. Falls die sich nicht scheiden lassen möchten, wirken sie auf den Mann ein. Es wird aber auch Unterstützung für Familien und Frauen, deren Männer im Gefängnis sitzen, geleistet. Die Frauenräte und -Kommissionen erreichen fast flächendeckend die Frauen von Colemêrg.

Gever – In der heimlichen Hauptstadt der Demokratischen Autonomie

Nach Colemêrg besuchten wir eine weitere Stadt in der Region Gever (Yüksekova). Gever ist sowohl bekannt für schwere Repressionen gegen die Bevölkerung als auch für eine sehr tiefgreifende politische Organisierung. Wenn man das Stadtzentrum betritt, passiert man eine inoffizielle Grenze, welche die Staatsgewalt nur mit Hilfe großangelegter Operationen überschreitet. Aufgrund der Stärke der kurdischen Bewegung ist das Leben auffällig anders als in vielen anderen Städten der Region. Frauen wie Männer bewegen sich relativ frei auf der Straße und die generelle Stimmung ist trotz des hohen Repressionsgrades eine starke und selbstbewusste.

Die Jugendbewegung als Garantin und Avantgarde der Befreiung

Die Jugendbewegung gilt als Garantin und Avantgarde dieser Situation. Jugendliche organisieren sowohl den Schutz von Demonstrationen als auch ihre politische, kulturelle oder sprachliche Ausbildung und Aktivität selbst. Nach Angaben von VertreterInnen der Jugendbewegung sind etwa 50 % der aktiven jungen Mädchen organisiert. Einerseits sind sie

zusammen mit den jungen Männern organisiert, verfügen aber auch über eine eigene separate Organisationsstruktur. Der Bereich der Jugendbewegung „Kultur“ umfasst Musik, Theater und Film und sonstige mögliche selbstorganisierte Aktivitäten.

In den Bereich der Jugendarbeit fallen auch gesundheitliche Aspekte. Denn nach ZeugInnenaussagen verteilen die staatlichen Kräfte Drogen, vor allem Heroin, an junge Menschen, um sie abhängig zu machen und damit das Widerstandspotential der Bewegung zu schwächen, andererseits um sie durch ihre Abhängigkeit zu Spitzeln machen zu können. Die Jugendbewegung arbeitet dem entgegen, indem sie die Jugendlichen beim Entzug unterstützt, sie erneut einbindet und wenn nötig ihnen auch den Aufenthalt in einer Entzugsklinik finanziert. Weiterhin hat die Jugendbewegung auch in den Schulen Strukturen aufgebaut, um gegen die massive Assimilierungspolitik oder zum Beispiel das allmorgendliche Schwören auf das Türkentum mit Streiks und Boykottaktionen reagieren zu können. Wie tief diese Organisierung geht, hat die nahezu 100-prozentige Beteiligung der SchülerInnen am Schulstreik vor wenigen Wochen gezeigt. Die Jugendbewegung ist aufgrund ihrer zentralen Rolle immer wieder besonders im Visier des Staates und so sind hunderte Jugendliche aus Gever inhaftiert. In Gesprächen wurde uns deutlich, dass sie ihre baldige Verhaftung sehen und auch in Kauf nehmen. Dies machte uns ein Aktivist mit folgendem Ausspruch deutlich: „Für Jugendliche in Kurdistan gibt es nur drei Alternativen: die Berge, das Gefängnis oder unter der Erde.“

Dorfkommunen in der Region Gever

Insbesondere in den ländlichen Gebieten Gevers organisieren sich viele Dörfer in Kommunen. Hier wird versucht, sich nach den Paradigmen der Demokratischen Autonomie zu organisieren, also ökologisches, basisdemokratisches und geschlechterbefreites kommunales Leben. So organisieren sich die Dörfer ebenfalls in kollektiver Ökonomie, in diesem Fall vor allem durch Viehzucht und Weidewirtschaft. Sie versuchen ökologische Anbauformen umzusetzen und andererseits auch über die Frauenräte eine Geschlechterbefreiung umzusetzen, die in den Dörfern auch deutlich spürbar ist. Vorher durften Frauen nicht einmal in der Öffentlichkeit reden, jetzt nach der Gründung der Dorfkommunen hat sich dies stark geändert. Frauen beteiligen sich aktiv an der politischen Gestaltung. Sie werden durch Bildungsarbeit von Frauen aus der Stadt oder aus anderen Orten unterstützt, insbesondere auch um den starken Analphabetismus, besonders unter den älteren Frauen, zu bekämpfen und damit ein stärkeres Selbstbewusstsein und politisches Bewusstsein aufzubauen. Ratssitzungen finden ohne Frauen nicht statt. Frauen nehmen jetzt aktiv am gesellschaftlichen Leben teil.

Eine andere Form der Rechtsprechung

Besonders in der Region Gever, aber auch in den anderen Regionen, gehen die Menschen, da sie Misshandlung und Übergriffe gewöhnt sind, nicht mehr zur staatlichen Justiz, um Streitfälle oder Übergriffe anzuzeigen. Die kurdische Bewegung hat hier ihre eigenen Strukturen, gewählte Kommissionen aus ExpertInnen aus den verschiedensten Bereichen, also AnwältInnen, Frauenbewegung, religiöse Personen, politische AktivistInnen, die im Fall von Streitfällen aufgesucht werden. Den Kommissionen geht es dabei immer darum, eine einvernehmliche Lösung bei Streitigkeiten zu finden und z. B. Blutfehden zu verhindern. Im Falle einer Straftat bis hin zu einem Mord würde der Täter mit einer schweren materiellen Strafe belegt werden und danach sowohl beobachtet als auch verpflichtet werden, zusammen mit den entsprechenden Organisationen an einer Veränderung seines Verhältnisses zur Tat zu arbeiten und entsprechende Sanktionen ernst zu nehmen. Danach würde versucht werden, die betreffende Person wieder gesellschaftlich einzubinden und sie auch wieder Aufgaben übernehmen zu lassen. Es geht nicht darum, Menschen wegzusperren, sondern eine grundlegende Änderung im Menschen herbeizuführen und sie wieder entsprechend einzubinden.

Diese Form der Rechtsprechung ist gesellschaftlich so breit akzeptiert, dass selbst staatliche Stellen in Gever teilweise an diese Strukturen verweisen. Nichtsdestotrotz werden sie kriminalisiert, das bedeutet, dass viele angebliche Mitglieder der Kommissionen vom Staat verfolgt werden. Die Rechtsprechung und das dahinterstehende humanistische Konzept sind ein deutliches Beispiel für die Umsetzung der Demokratischen Autonomie.

Trotz schwerer Repressionen entwickelt die Demokratische Autonomie eine eigene, mitreißende Dynamik

Das Projekt der Demokratischen Autonomie beruht, wie all unsere GesprächspartnerInnen betonen, auf der Basis des von Abdullah Öcalan entwickelten Demokratischen Konföderalismus. Während in Europa bei einigen immer noch der angebliche Führerkult der kurdischen Bewegung kritisiert wird, wird in Kurdistan Basisdemokratie und Emanzipation auf allen Ebenen von dieser Bewegung umgesetzt. Wir konnten beobachten, dass trotz aller Schwierigkeiten diese Strukturen über die Jahre immer weiter gewachsen sind und mit immer neuem Selbstbewusstsein weiterschreiten in Richtung Befreiung des Menschen von allen Verhältnissen, „in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“[1].

Dieser Artikel stellt nur einen kurzen Überblick über einige unserer Beobachtungen dar. Wir arbeiten an einer Broschüre mit dem Arbeitstitel „Praxis der Demokratischen Autonomie in Kurdistan“, die vorrausichtlich in den ersten Monaten des nächsten Jahres erscheinen wird. Weitere Informationen dazu auf der Website der Kampagne „TATORT Kurdistan“.[2] ♦

Fußnoten:
1 Marx, Karl, „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie“
2 http://tatortkurdistan.blogsport.de/

2. Mesopotamisches Sozialforum in Amed durchgeführt

„Für die Menschlichkeit, gegen Kapitalismus und Ausbeutung“

von Ercan Ayboğa, Initiative zur Rettung von Hasankeyf

Zwischen dem 21. und dem 25. September 2011 fand in Amed (Diyarbakır), der größten kurdischen Stadt in der Republik Türkei, das zweite Mesopotamische Sozialforum (MSF) unter den Mottos „Die Freiheit wird siegen“ und „Für die Menschlichkeit, gegen Kapitalismus und Ausbeutung“ statt. Es kamen tausende Menschen, eine breite Palette von zivilen Organisationen aus Kurdistan, der Türkei und mehreren anderen Ländern des Mittleren Ostens und Nordafrikas, aber auch aus anderen Teilen der Welt, zusammen, um aus einer kritischen Sicht über die politischen, sozialen und kulturellen Entwicklungen in ihren Ländern und in der Welt zu sprechen.

Das MSF begann am Abend des 21.9. mit einer Demonstration, die gleich zu Beginn von der Polizei gestoppt wurde. Weil hunderte internationale TeilnehmerInnen unter den tausenden DemonstrantInnen sich befanden, haben die OrganisatorInnen nach zähen und ergebnislosen Verhandlungen beschlossen, nicht weiter auf dem Demonstrationsrecht zu beharren. Doch nach offizieller Auflösung der Demo liefen die Menschen de facto in einem Demonstrationszug zum Ort des MSF, dem Sümerpark. Dort im Amphitheater fand anschließend die Eröffnungsveranstaltung statt, auf der Musikgruppen u. a. aus Armenien auftraten. Der angekündigten palästinensischen Musikgruppe wurde, wie vielen anderen palästinensischen AktivistInnen, das Visum verwehrt. Diese lebendige Eröffnung nahm etwas die Angst der Menschen, dass die Polizei in das MSF eingreifen könnte. Denn wenige Tage vorher waren in der kurdischen Provinz Şirnex (Şırnak) 70 AktivistInnen der BDP (Partei für Frieden und Demokratie) festgenommen worden. Damit hat sich seit 2009 die Zahl der inhaftierten BDP-Mitglieder auf über 3300 erhöht. Die Repressionswelle wurde eingeleitet, nachdem die BDP bei den Kommunalwahlen 2009 in vielen Städten Kurdistans siegte und insgesamt die kurdische politische Bewegung enormen Aufschwung bekam. Die von Staatsapparaten ausgehende Repression ist so groß, dass sie überall zu spüren ist, auch auf dem MSF. An den ersten beiden Tagen ließen sich immer wieder Polizisten an den Eingängen des Sümerparks sehen. Jede/r kurdische AktivistIn lässt es sich anmerken, dass jederzeit mit einer Verhaftung zu rechnen ist.

Der Sümerpark ist ein großes Gelände, welches von der Kommune Amed (Diyarbakır) vor drei Jahren eröffnet wurde und aus mehreren Gebäuden und vor allem Grünanlagen besteht. Im Hauptgebäude befinden sich mehr als zehn Ateliers, in denen Ausbildungsmöglichkeiten für Jugendliche angeboten werden. Weiterhin liegen auf diesem Areal die Stadtbücherei Cigerxwin, das kommunale Pressezentrum, Ausstellungshallen und das erste sich komplett selbst versorgende Energiehaus Nordkurdistans mit Photovoltaik, thermischen Anlagen und kompletter Isolierung. Auch das MSF-Büro liegt auf diesem Gelände. Seit Jahren dient der Sümerpark verschiedensten sozialen und ehrenamtlichen Aktivitäten. Seine zentrale Lage in der Stadt macht es zusätzlich für verschiedenste soziale Aktivitäten attraktiv.

Die Idee für ein Sozialforum im Mittleren Osten besteht schon lange. Doch als die kurdische Freiheitsbewegung sich zwischen 2007 und 2009 neue Kapazitäten verschaffte und InternationalistInnen aus Europa nach einem breiten Diskussionsforum für einen politischen Austausch in Kurdistan anfragten, wurde das MSF 2009 schnell konkret. Damals kamen über 1 500 AktivistInnen, darunter 150 aus Europa, in 50 Veranstaltungen zusammen. Dieses Mal waren es etwa insgesamt 3 000 AktivistInnen und der Schwerpunkt der internationalen TeilnehmerInnen verlagerte sich auf den Mittleren Osten und Nordafrika, womit es seinem Anspruch eines Forums für diese Region näherkam. VertreterInnen der linken und sozialen Bewegungen aus Tunesien, Ägypten, Libanon, Palästina, Jordanien, Marokko usw. waren auf den über 80 Veranstaltungen des MSF stark repräsentiert. Diese AktivistInnen diskutierten gemeinsam mit AktivistInnen aus Kurdistan, der Türkei und den tausenden Interessierten vor allem über die Ursachen der neuesten radikalen politischen Veränderungen im Mittleren Osten und in Nordafrika und welche Perspektiven sich dabei für soziale, linke und emanzipatorische Entwicklungen ergeben können. Die Räume der Veranstaltungen mit diesen AktivistInnen waren dementsprechend voll, was Ausdruck der Hoffnung auf demokratische und soziale Veränderungen in den Nachbarstaaten ist. Die KurdInnen beobachten mit großem Interesse, wie in den Staaten des Mittleren Ostens die autoritären und diktatorischen Regime gestürzt bzw. wie sie zu Veränderungen durch die Bevölkerungen gezwungen werden. Denn nur wirklich demokratische Strukturen in diesen Staaten ermöglichen eine wirkliche dauerhaft politische, friedliche und gleichberechtigte Lösung der kurdischen und anderer brennender Fragen. In diesem Sinne ist das MSF ein freier Raum, um über demokratische und radikalso-

ziale Umbrüche gemeinsam mit AktivistInnen aus diesen Staaten zu sprechen. In Nordkurdistan ist es trotz der staatlichen Repression möglich, wenn auch mit Beschränkungen, zusammenzukommen. Dies liegt zum einen am erkämpften demokratischen Freiraum durch die kurdische Freiheitsbewegung und zum anderen an den technisch-finanziellen Kapazitäten durch die Eroberung der Kommunen durch die BDP. Dies ist zurzeit in allen anderen Staaten bzw. Regionen des Mittleren Ostens de facto nicht realisierbar. Die oft auf dem MSF gestellte Frage, wo, in welchem Land, denn das nächste MSF stattfinden könnte, konnte aus diesem Grund kaum beantwortet werden.

Ein wichtiger Unterschied gegenüber dem ersten MSF waren die vier Zelte, in denen neben den Räumen in den Gebäuden weitere Veranstaltungen durchgeführt werden konnten. Im Jugendzelt kamen dutzende JugendaktivistInnen aus verschiedenen Ländern zusammen, um aus ihrer Sicht und mit ihrer Radikalität die spezifischen und allgemeingesellschaftlichen Probleme und Herausforderungen zu besprechen. Im Sprachenzelt ging es vor allem darum, wie die kurdische Sprache mit ihren Dialekten in der Gesellschaft wieder mehr verwendet werden kann. Denn sie wurde vom türkischen Staat nach der Republikgründung komplett verboten, mit dem Ziel, die KurdInnen ausnahmslos zu assimilieren. Weiterhin gab es das Zelt der kollektiven Rechte, in der unterdrückte Kulturen Thema waren. Seit Jahren kommen weltweit auf Sozialforen die unterdrückten ethnischen Kulturen zusammen, um den Gesellschaften der dominanten Kulturen in den jeweiligen Staaten ihre spezifischen Probleme näherzubringen und das Selbstbestimmungsrecht zu verteidigen, ohne in einen Nationalismus zu verfallen. Es gab zwar ein Frauenzelt, aber die Aktivitäten der wichtigen kurdischen Frauenorganisationen fanden in den Räumen des Hauptgebäudes statt. Hier wurden sehr interessante und weitreichende Diskussionen durchgeführt. So wurde u. a. diskutiert, ob es eine frauenspezifische Wissenschaftsdisziplin geben bzw. wie sie gestaltet werden soll.

Schließlich gab es das Ökologiezelt, in dem ökologische Fragen in sozialen, energie- und ernährungspolitischen und kulturellen Zusammenhängen diskutiert wurden. Auch wenn eine Ausgewogenheit an Themen diskutiert wurde, stand in dem gutbesuchten Zelt die Zerstörung, Ausbeutung und Privatisierung der Wasserressourcen im Vordergrund. Hier waren auch die insgesamt 15 AktivistInnen aus Iran und Irak (aus den kurdischen Regionen) anzutreffen, die im Rahmen des neu gegründeten Netzwerks „Ekopotamya“ zum ersten Mal mit AktivistInnen aus der Türkei zusammenkamen. Dieses Netzwerk bringt zum ersten Mal AktivistInnen von NGOs bzw. sozialen Bewegungen aus dem Mittleren Osten rund um das Thema Gewässer zusammen (www.ekopotamya.org). Im Iran ist die Austrocknung des Urmiye-Sees in diesen Monaten ein sehr kritisches Thema für die Bevölkerung. Bei Protesten wurden Anfang September drei Menschen von iranischen Sicherheitskräften getötet.

In Südkurdistan (Nordirak) sind tausende Bauern in ihrer Existenz betroffen, weil der Iran auf mehreren in den Irak fließende Flüssen Staudämme errichtet hat, die komplett das Wasser abgraben. In Nordkurdistan (Osttürkei) sind neben den großen zerstörerischen Staudämmen wie Ilısu auch kleinere Wasserkraftwerke, welche durch Ausleitung des Wassers die Flussbette austrocknen sowie elf sogenannte Sicherheits-Staudämme ein großes Thema. Wie beim Thema Wasser wurde im Ökologiezelt festgehalten, dass ökologische Zerstörung auch große soziale und kulturelle Zerstörung bedeutet, die aus einer interessenorientierten und somit zerstörerischen Energie-, Agrar- und Entwicklungspolitik der Staaten und der mit ihnen eng verknüpften Konzerne resultiert. Diese Politik kann grundsätzlich nur mit autonomen, demokratisch selbstverwal-



Es reicht – Transparent auf der verbotenen Demonstration zu Beginn des Mesopotamischen Sozialforums in Amed Foto: DIHA

teten Gesellschaftsstrukturen im Rahmen der Idee des Demokratischen Konföderalismus überwunden werden.

Überhaupt war dem Demokratischen Konföderalismus mehr Bedeutung zugemessen worden als noch vor zwei Jahren. Dies hat seine Ursache in den politischen Diskussionen in der kurdischen und auch türkischen Gesellschaft über diese Forderung der kurdischen Freiheitsbewegung. Noch im Juli 2011 hatte der DTK die praktische Umsetzung der Demokratischen Autonomie in Nordkurdistan angekündigt. Auch wird gleichzeitig der Demokratische Konföderalismus in der Gesellschaft immer mehr angenommen.

So behandelten auf dem MSF mehrere Veranstaltungen dieses Thema, u. a. ging es um den Demokratischen Konföderalismus selbst, autonome ökologische Städte und bereits umgesetzte Beispiele der Kommunen. In diesem Sinne war der Besuch von Janet Biehl, der langjährigen Genossin von Murray Bookchin, dem Hauptvertreter der Idee des Kommunalismus und der sozialen Ökologie, sehr interessant.

Den aufmerksamen TeilnehmerInnen des MSF ist bestimmt die am Rande des Sümerpark-Geländes errichtete kleine Baustelle eines Gebäudes nicht entgangen. Fünf bis zehn Menschen bauten aus regionalen Steinen ein kleines Haus. Es waren AktivistInnen des Kollektivs „Ax u Av“, was übersetzt „Erde und Wasser“ bedeutet. Dies ist ein vor über einem Jahr gegründetes Kollektiv nahe der mittelgroßen Stadt Wêranşar (Viranşehir) weiter südwestlich von Amed (Diyarbakır), wo sie ein komplett neues Dorf mit radikaldemokratischen Strukturen gestützt auf Kooperativen errichten. Es ist ein Ausdruck der Suche nach neuen Wirtschafts- und Produktionsbeziehungen im Rahmen des Demokratischen Konföderalismus und als eine Alternative zum Kapitalismus zu verstehen, wie auch mehrere bereits gut funktionierende Dorf-Kommunen, z. B. das Dorf Shikefta, welches vom Ilısu-Staudamm bedroht ist, oder ein Dutzend Dörfer in der Provinz Colemêrg (Hakkari).

Auf dem MSF kam auch die Kritik von AktivistInnen aus dem Mittleren Osten auf, ob die Form eines Sozialforums wirklich geeignet ist, um in dieser Region aus linker und gesellschaftskritischer Sicht die brennenden Fragen gut diskutieren zu können. Sehr viele AktivistInnen, auch aus Kurdistan, konnten mit der aus Lateinamerika stammenden Form nicht viel anfangen. So mussten Organisationen und Bewegungen im Voraus daran erinnert werden, dass sie ihre Veranstaltungsvorschläge einige Wochen vorher einreichen und sie selbst ihre geplanten Veranstaltungen gestalten sollten. Viele AktivistInnen kamen mit der Idee, dass es sich um eine Konferenz handelt, in der die Art der Durchführung der Veranstaltungen geregelt ist. Auch dass gleichzeitig mehrere Veranstaltungen stattfanden, haben zu Beginn viele keinen Sinn beigemessen. Dies alles liegt daran, dass die Zivilgesellschaften und sozialen Bewegungen im Mittleren Osten kaum vorhanden sind. Hinter den meisten gegründeten NGOs und sozialen Bewegungen stehen oft politische Parteien. Doch sind es nicht diese Parteien, welche NGOs und politische Bewegungen verhindern, sondern die staatliche Repression und die autoritäre Mentalität der nicht mehr befreiend wirkenden, religiösen und nationalistischen Ideologien in dieser Region. Wegen dieser Umstände von einem Sozialforum abzusehen ist jedoch verkehrt. Aber vielleicht sollte das nächste MSF so organisiert werden, dass es von den AktivistInnen besser verstanden wird. Denn eine aktive Zivilgesellschaft wird sich früher oder später auch in dieser Region ausbreiten und erste Ansätze – wie in Nordkurdistan – gibt es ja bereits.

Auffallend waren auf dem MSF auch die vielen Kinder, die auf dem Sümerpark-Gelände den TeilnehmerInnen Wasser, Taschentücher und anderes verkaufen wollten. Diese kommen aus dem angrenzenden Armenviertel Şehitlik und wollen zum Einkommen der Familien etwas beitragen. Das Armutselend ist nach Amed (Diyarbakır) mit der Zerstörung der 4 000 Dörfer durch die türkische Armee in den 90er Jahren gekommen, als hunderttausende Flüchtlinge ohne Hab und Gut sich niederließen. Trotz der großen Armut kam es nicht zu nennenswerten Übergriffen, Gewalt und Diebstählen. Hier ist zu bedenken, dass wenige hundert Meter weiter sich zwei Armenviertel befinden. Dieses Erfreuliche hat auch mit der Arbeit der Kommune Amed, der beginnenden Solidarität in der Gesellschaft zur Bekämpfung der schlimmsten Armut und schließlich der politischen Stärke der kurdischen Freiheitsbewegung zu tun.

Wer genau hingeschaut und vor allem hingehört hat, konnte feststellen, dass aus Südkurdistan sehr viele Interessierte – etwa 200 Menschen – gekommem waren. Dies zeigt das Interesse der SüdkurdInnen an der politischen Entwicklung in Nordkurdistan und an der Bedeutung der Entwicklung der Zivilgesellschaft. Auch in Südkurdistan bilden immer öfter Menschen aus eigener Initiative heraus – also unabhängig – Gruppen und Organisationen, die die Zustände in ihrer Gesellschaft kritisieren und Vorschläge für neue Wege diskutieren.

Schade war am MSF, dass nicht alle geplanten AktivistInnen aus dem Mittleren Osten kommen konnten. Zwar waren alle Staaten mit TeilnehmerInnen vertreten, doch bekam nur die Hälfte der Interessierten ein Visum von den jeweiligen türkischen Botschaften. Hier ist zu betonen, dass sehr vielen PalästinenserInnen die Einreise verboten wurde. So konnte die für die Eröffnungsveranstaltung geplante palästinensische Musikgruppe nicht nach Amed kommen. Wie auch immer, mit den angereisten AktivistInnen aus dem Mittleren Osten führten kurdische AktivistInnen lange Gespräche und es fand ein lebendiger Austausch statt. Dieser Austausch hat gezeigt, wie sehr die kurdische Freiheitsbewegung einen mittelöstlichen Charakter hat und untypisch für Europa ist. Diesen Charakter und die Bewegungen dieser so konfliktreichen Region besser zu verstehen und der verfahrenen politischen Situation in vielen Ländern des Mittleren Osten aus der eigenen Erfahrung neue Impulse geben zu können, ist heute mehr denn je angefragt. ♦

Aktiver Widerstand gegen die Waldbrände in Kurdistan

Ein Waldbrand bedeutet nicht nur brennende Bäume …

Interview mit Aysel Doğan, 16. September 2011

Aysel Doğan beteiligt sich in Dêrsîm an den Kämpfen von NaturaktivistInnen und der Bevölkerung gegen die vom Militär gelegten Waldbrände. Sie kam 1999 mit der Friedensgruppe aus Europa in die Türkei, wurde festgenommen und saß eine fast 10-jährige Haftstrafe ab. Sie arbeitet als Vorsitzende in der Alevitischen Akademie für Glaube und Kultur (DAKAD, Dersim Alevilik İnanç ve Kültür Akademisi Derneği) in Dêrsîm. Wenige Tage nach dem Interview wurde sie im Rahmen der aktuellen Repressionswelle gegen kurdische AktivistInnen erneut inhaftiert. Das Interview führten Ercan Ayboğan und Ellen Jaedicke

Frau Doğan, die Tageszeitung Yeni Özgür Politika berichtete am 9. September von 40 Waldbränden innerhalb von 40 Tagen in Nord- und Südkurdistan, allesamt gelegt vom türkischen Militär. Bereits 2010 wurden vom IHD 98 Waldbrände mit einem Toten registriert. Dêrsîm ist eine der am meisten davon betroffenen Regionen. Was beobachten Sie hier?

Der seit 30 Jahren andauernde Krieg in Kurdistan führt zu großen Schäden an der Natur. Ein Großteil dieser Zerstörungen wird durch Waldbrände verursacht. Zum einen resultieren sie aus den Bombardierungen durch das türkische Militär und zum anderen brennen Militärs gezielt Wälder ab.

Ein Waldbrand bedeutet dabei nicht nur brennende Bäume, sondern den Tod vieler Lebewesen. Denn im Wald leben zum Beispiel tausende Käfer und Grashüpfer und auch große Tiere wie Hirsche, Wölfe, Bären oder Schildkröten. Alle diese verbrennen dort im Feuer. Vielleicht weil sie sich verirren, ihre Verteidigungstriebe sie dahin lenken oder aus anderen Gründen laufen viele dieser Tiere in Richtung Feuer. Wenn du zum Beispiel eine Schildkröte aus der Nähe des Feuers nimmst und sie weiter entfernt davon absetzt, läuft sie wieder zum Feuer zurück. Ihre Schreie, wenn sie in den Tod gehen, sind fürchterlich.

Auch das Verhalten der Vögel ist dramatisch. Viele Vögel versammeln sich über dem Feuer und stürzen sich oft hinein. Sie versuchen nämlich die Käfer, Fliegen und Grashüpfer zu fangen. Doch dabei sterben sie selbst. Das ist die Realität, es ist ein Massaker.

Das halten wir als Menschen nicht aus und unternehmen etwas gegen die Waldbrände, egal ob wir aus dem betroffenen Gebiet oder einem nahegelegenen Dorf kommen. Wir kämpfen gegen die Waldbrände, gegen das Massaker.

Seit wann gibt es die Initiative, die Waldbrände zu bekämpfen?

Seit letztem Jahr haben wir hier in Dêrsîm eine solche Initiative gestartet. Zusammen mit sensiblen und engagierten jungen Menschen fahren wir im Fall eines Waldbrandes in die brennenden Gebiete und versuchen die Feuer zu löschen. Es kommen zum Beispiel AktivistInnen aus verschiedenen zivilen Organisationen oder Aktionsgruppen (wie die Gruppe „Munzur-NaturaktivistInnen") mit. Es sind aber auch nichtorganisierte Menschen dabei. Für diese Aktion müssen wir keine Überzeugungsarbeit leisten, denn alle in der Bevölkerung wissen aus der 30-jährigen Erfahrung, dass das Militär systematisch Feuer legt. Und sie wissen, welche Folgen das für die Natur hat. Wenn es irgendwo zu militärischen Auseinandersetzungen kommt, fragen wir oder schauen nach, ob ein Waldbrand gelegt wurde. Wenn wir dann losfahren, sind wir eine Gruppe von zehn bis zwanzig Personen. Vor Ort kommen dann noch Menschen spontan dazu.

Wie versuchen Sie dann die Brände zu löschen?

Bei der Löschaktion sind wir großen Gefahren ausgesetzt, denn wir haben nicht die notwendige Ausrüstung, sondern oft nur Schaufeln. Wir haben auch nur wenig Erfahrung, Feuer zu löschen. Was wir tun, ist vielmehr symbolischer Art, denn wir schaffen es nie, die Waldbrände ganz zu löschen. Unsere Aktion dient dazu, die Feuer zu begrenzen, indem wir Erde auf das Feuer werfen. Das machen auch nicht nur wir, natürlich versuchen auch die DorfbewohnerInnen die Feuer in ihren Wäldern zu löschen.

Aber das größte Problem bei diesen Löschaktionen sind in der Regel die Soldaten. Sie stellen sich uns oft so lange in den Weg, bis die Flammen zu groß sind und die Wälder richtig brennen. Dann erst ziehen sie ab. ♦

Analyse des arabischen Frühlings auf dem Mesopotamischen Sozialforum in Amed

„Revolution, Konterrevolution und imperialistische Hegemonie“

Elmar Millich

Der Umbruch in der arabischen Region und im Mittleren Osten war ein, wenn nicht der Schwerpunkt des zweiten Mesopotamischen Sozialforums. In verschiedenen Sessions wurden die unterschiedlichen Aspekte diskutiert. Die Bandbreite reichte von der Rolle der Gewerkschaften im arabischen Umbruch bis zur Frage, welche Auswirkungen sich für den Israel-Palästina-Konflikt ergeben. Für Besucher aus Europa war es natürlich von besonderem Interesse zu erfahren, wie die Einschätzung der Beteiligten aus der Region ausfällt, da ja die Berichterstattung etwa in den deutschen Medien nicht interessenfrei erfolgt. Leider konnten durch Einreise-/Ausreiseverbote nicht aus allen Regionen geplante Teilnehmer anreisen.

Der Titel einer Session „Revolution, Konterrevolution und imperialistische Hegemonie“ brachte den Spannungsbogen vieler Diskussionen auf den Punkt. **Nidal Chartouny** von der Kommunistischen Partei Libanons verortete etwa drei Gruppierungen und Kräfte, die miteinander in Konflikt stehen: zum einen die emanzipatorischen Kräfte, die Jugendlichen, die die Revolution vorangetrieben haben und in Tunesien und Ägypten den Sturz der Diktatoren herbeigeführt haben. Zum anderen die Kräfte des Status quo, der Beharrung, die sich gegen Veränderungen stellen. Hier wären vor allem Saudi-Arabien und Iran zu nennen, aber auch Syrien, das augenblicklich im Fokus der Umgestaltung liegt. Als dritte Gruppe agieren die imperialistischen Kräfte, USA, EU und NATO, die von den Umbrüchen überrascht wurden und nun versuchen, ein neues hegemoniales Modell für die Region zu implementieren, so dass ihre Interessen gewahrt bleiben. Einigkeit bei den meisten Sprechern gab es in der Bewertung grundsätzlicher Unterschiede zwischen den vorangegangenen Ereignissen in Tunesien und Ägypten und den aktuellen Entwicklungen in Libyen und Syrien. Die Umbrüche in Tunesien und Ägypten kamen aus der Wut der verarmten Mittelschicht gegen Korruption, Willkür der Sicherheitskräfte und generell mangelnde Zukunftsperspektiven. Sie schafften es zwar, die Köpfe der Regime, Ben Ali und Mubarak, zum Rücktritt zu zwingen, aber die bestehenden staatlichen Machstrukturen blieben unangetastet. Zurzeit sehen die meisten Diskussionsteilnehmer die Konterrevolution auf dem Vormarsch. Die Rede war vom „arabischen Herbst“ anstatt vom „arabischen Frühling“. **Hesham Alquam** von der Jordanischen Volkspartei sah vor allem auf Ägypten bezogen eine sich abzeichnende Allianz von Militär, Kräften des alten Regimes, wirtschaftsliberalen Kreisen und den Muslimbruderschaften, die die neue Machtbasis stellen. Die eigentlichen Träger der Revolution, emanzipatorische Jugendliche und sozialistische Kräfte, sollen aus dem Transformationsprozess herausgedrängt werden. Die andauernden Verhaftungen, militärgerichtlichen Prozesse und die Pressezensur in Ägypten sprechen eine deutliche Sprache. Den Muslimbruderschaften wurde bei aller Ablehnung ein taktisch geschicktes Vorgehen bescheinigt, indem sie sich wohl wissend um die antiislamischen Vorurteile im Westen am Anfang der Rebellionen zurückhielten und nun erst, nachdem die „Facebook-Generation“ die Kastanien aus dem Feuer geholt hat, ihre Machtansprüche geltend machen.

Libyen als Wendepunkt | Bei Libyen herrschte die Einschätzung vor, dass von vornherein eher ethnisch orientierte Auseinandersetzungen im Mittelpunkt standen, die von Anfang an auf militärische Eskalation ausgerichtet waren, und es sich letztendlich eher um einen Krieg der NATO mit Unterstützung von Aufständischen gehandelt hat. Vor allem Frankreich und Großbritannien, die den NATO-Einsatz vorangetrieben haben, verbinden mit ihren Öluntergesellschaften „Total“ und „BP“ die stärksten ökonomischen Interessen in der Region. Nachdem die westlichen Staaten vom arabischen Umbruch überrascht wurden und sich im Fall Ägyptens lange nicht entscheiden konnten, auf welches Pferd sie setzen sollten, gab ihnen die Situation in Libyen die Gelegenheit, sich angeblich an die Spitze des arabischen Umbruchs zu setzen. Aktuell steht Syrien im Fokus des imperialistischen Drucks. Auch hier geht die Analyse dahin, dass nach anfänglich durchaus demokratisch motivierten Protesten hauptsächlich die Muslimbruderschaften und ethnisch orientierte Gruppen in enger Verzahnung mit dem Westen, wie in Libyen, auf jeden Fall einen Regimewechsel herbeiführen wollen. Sollte dies gelingen, stünde dann als Nächstes Iran auf der Liste.

Sehr genau wurde beobachtet, dass der angeblich so auf die Menschenrechte verpflichtete Westen von der Niederschlagung des Aufstands in Bahrein mit Unterstützung Saudi-Arabiens kaum Notiz genommen hatte. Bei einer möglichen Stärkung des „Schiitischen Bogens“ und damit des Irans hört nun mal die Begeisterung für Demokratie und Freiheitswillen bei den westlichen Betrachtern auf. Die von der deutschen Bundesregierung angekündigte Lieferung von 200 Leopard-2-Panzern an Saudi-Arabien spricht da eine eigene Sprache.

Einen etwas größeren Bogen zog **Irfan Açıkgöz**, ein Intellektueller aus Amed, der die Umstrukturierung der Region vom Ausmaß her mit der kapitalistischen Neuordnung Westeuropas nach dem Zweiten Weltkrieg verglich. Er wies auf das Dilemma hin, dass es für demokratische Kräfte außerhalb keinen Sinn macht, die Status-quo-Mächte zu unterstützen, allerdings die Gefahr besteht, dass nach den durch emanzipatorische Kräfte herbeigeführten Regimewechseln eine Allianz aus Muslimbruderschaften und imperialistischen Kräften das Ruder übernimmt. **Ayhan Bilgen** von der kurdischen „Bewegung für eine demokratische Verfassung" wies auf Parallelen in den Kräftekonstellationen des arabischen Frühlings mit den orangenen Revolutionen in Osteuropa Anfang dieses Jahrzehnts hin. Auch hier gab es eine Vermischung von gerechtfertigtem Freiheitswillen der Bevölkerung gegen die aus der Zeit der Sowjetunion übrig gebliebenen autoritären Regime und einer aggressiven Politik der NATO, die auf eine Ausweitung ihrer Einflusszone und die wirtschaftliche Integration der Region in den europäischen Markt hinarbeitete.

Optimistischer argumentierte **Ibrahim Çiçek** von der türkischen ESP. Er wies auf den positiven Aspekt hin, dass nach der kolonialen Phase und der darauf folgenden jahrzehntelangen Unterdrückung der arabischen Region durch Statthalter des Imperialismus die totalitären Regime keine Chance mehr hätten, da nun die Menschen keine Angst mehr haben, für ihre Rechte auf die Straße zu gehen. Die Revolutionen könnten nicht länderspezifisch beurteilt werden, sondern nur aus der gesamten Region heraus, da der Imperialismus seine Kontrollmechanismen auch auf regionaler Ebene aufgebaut hat. Die arabische Revolution sei keine kurzfristige Angelegenheit, die Kurden kämpften beispielsweise seit 30 Jahren um ihre Rechte.

Die Rolle der Türkei und die kurdische Frage | Kritisch innerhalb des arabischen Umbruchs wurde die Rolle der Türkei gesehen. Diese soll als islamischer, laizistischer und wirtschaftsliberaler Staat Modellcharakter für die ganze Region bekommen. So scheint eine Allianz aus gemäßigten islamischen Kräften, exportorientierter Bourgeoisie und prowestlichem Militär tatsächlich als neues Hegemonialsystem für den Mittleren Osten und den arabischen Raum seitens der imperialistischen Staaten favorisiert zu werden. Interessanterweise brachten Redner aus der Türkei den Beginn dieser neuen Ordnung mit dem Start der Ergenekon-Prozesse nach einem Treffen zwischen Bush und Erdoğan im November 2007 in Zusammenhang. Hier ging es darum, die Dominanz der wirtschaftsliberalen AKP über etatistische und USA-feindliche Militärs sicherzustellen.

Vor allem kurdische Sprecher beklagten, dass sich Erdoğan im Ausland als Held der arabischen Massen und Anwalt der Palästinenser feiern ließe, während er in Kurdistan die Gesellschaft mit Krieg und Repression überziehe. Während überall in den Staaten des arabischen Umbruchs neue Verfassungen ausgearbeitet werden sollen, bleibt es den Kurden durch Repression und taktische Spielchen verwährt, sich an einer geplanten neuen Verfassung für die Türkei zu beteiligen. Mit Sorge im Hinblick auf die Situation in Syrien und die dortige kurdische Bevölkerung wird auch verfolgt, dass sich große Teile der syrischen Opposition in ideologische und auch materielle Abhängigkeit von Ankara begeben.

Ibrahim Çiçek von der ESP räumte ein, dass die türkische Linke lange Zeit den kurdischen Aufstand nicht verstanden hätte und nun auch Gefahr liefe, den arabischen Aufstand nicht zu verstehen. Durch eine enge Zusammenarbeit zwischen türkischer Linke und kurdischer Bewegung könnte die Dominanz der AKP gebrochen werden.

Die Verbalattacken der letzten Zeit von Ministerpräsident Erdoğan gegen Israel wurden als aufgesetzt empfunden, um über die antiisraelischen Ressentiments bei den arabischen Massen den Einfluss der Türkei auf den arabischen Umbruch sicherzustellen. Nach wie vor sei davon auszugehen, dass es eine strategische Allianz zwischen USA, Türkei und Israel gebe. Aber auch im Fall, dass die neue Politik der Türkei gegen Israel nicht rein taktischer Natur ist, wäre eine populistische Unterstützung islamistischer Kräfte durch die Türkei von westlichen Staaten und Israel akzeptierbar, solange sie den iranischen Einfluss zurückdrängt.

Palästina und der arabische Frühling | In keiner Diskussionsrunde zeigte sich der Unterschied zwischen der westlichen Sichtweise und der des Mittleren Ostens so deutlich wie im Forum „Palästina, im Herzen des arabischen Frühlings". Während westliche Politiker und Kommentatoren betonen, die Sicherheit Israels müsse bei den Umbrüchen im arabischen Raum gewährleistet werden, stand hier im Vordergrund, inwiefern der arabische Umbruch neue Räume für eine Lösung des seit Jahrzehnten festgefahrenen Konflikts eröffnet. **Salim Rasheed** von der Palästinensischen Volkspartei wies als ersten Erfolg aus, dass unter dem Druck der durch den arabischen Frühling inspirierten palästinensischen Bevölkerung die dominierenden Fraktionen Fatah und Hamas ihren jahrelangen Streit erst einmal beigelegt haben und in Kairo ein Kooperationsabkommen abgeschlossen haben, dem auch 30 andere Organisationen zustimmten. Auch die palästinensische Bevölkerung fordere alsbaldige Wahlen, da weder die Hamas noch die Regierung im Westjordanland inklusive Präsident Abbas noch demokratisch legitimiert seien. Nach den Umbrüchen sei eine größere Unterstützung der palästinensischen Sache durch die arabische Bevölkerung zu erwarten, da diese durch ihre unter Kontrolle des Westens stehenden Staatschefs an Solidarität gehindert wurden.

Einen anderen Akzent setzte **Osama Tamin** von der PFLP. Er wies darauf hin, dass eben diese Führer den israelisch-palästinensischen Konflikt missbraucht haben, um der Bevölkerung Demokratie und Freiheit vorzuenthalten, da diese nur israelischen Spionen nutzen würde. Interessanterweise berichtete auch ein Vertreter der jordanischen Linken, dass aktuell emanzipatorische und sozialistische Kräfte von den dortigen Muslimbruderschaften bei der Bevölkerung als Agenten Israels diffamiert werden.

Berat Birtek, eine Vertreterin der palästinensischen Jugendbewegung und eine der wenigen Frauen bei den fast durchge-

hend männlich besetzten Podien zum Thema arabischer Umbruch, meinte, es sei noch zu früh zu entscheiden, in welche Richtung sich Tunesien und Ägypten entwickeln würden, aber die arabische Revolution sei bei den Palästinensern mit großen Hoffnungen verbunden. Sie bezog sich explizit positiv auf die Demonstrationen von Jugendlichen vor der israelischen Botschaft, nachdem in Sinai fünf ägyptische Sicherheitskräfte durch israelische Operationen im Zuge von Anschlägen im Negev zu Tode kamen. Vor allem die Bevölkerung im Gaza-Streifen erhofft sich von einer neuen ägyptischen Regierung eine Verbesserung der Lebensverhältnisse. Als größtes Problem sehe sie aber die eigene Führung an, die korrupt und uneinig sei.

Die Rolle der Gewerkschaften beim Umbruch in Ägypten | Wenig Aufmerksamkeit in den westlichen Medien fand die Rolle von Streiks und Protesten der Arbeiterschaft vor allem beim Umbruch in Ägypten. Bei dem Diskussionsforum zu diesem Thema ging als erster **Lami Özgen** von der türkischen Gewerkschaft KESK darauf ein, dass aufgrund der mangelnden kapitalistischen Entwicklung im Mittleren Osten Gewerkschaften und Arbeiterbewegung nicht die Rolle spielten wie in den kapitalistisch entwickelten Ländern Europas. Dafür gäbe es aber in Mesopotamien eine 5 000-jährige Widerstandstradition. Trotzdem war gerade in der Türkei die Gewerkschaftsbewegung vor und nach dem Militärputsch von 1980 massiver Unterdrückung ausgesetzt gewesen, bei der viele inhaftiert und ermordet wurden. Aktuell sieht er die Gefahr, dass in den Ländern des Umbruchs nur ein autoritäres Regime durch das andere ausgetauscht wird, während die neoliberale Ausrichtung, sprich der Ausverkauf der lokalen Ressourcen an den Westen, bestehen bleibt. Wichtig sei, dass sich die Gewerkschaften auf regionaler Ebene vernetzen, um gemeinsam dem Imperialismus etwas entgegensetzen zu können. Aber auch die palästinensische und kurdische Frage müssten dringend gelöst werden.

Ein sehr dezidiertes Bild des Umbruchs in Ägypten gab der gewerkschaftsnahe Autor **Adel Zekeria**. Die ägyptischen Gewerkschaften sind seit Nassers Zeiten als Staatsgewerkschaften organisiert und damit auch ein Teil des Herrschaftssystems gewesen. Zurzeit befindet sich die ägyptische Revolution in einer kritischen Phase. Statt die Revolution voranzutreiben, kümmern sich die emanzipatorischen Kräfte eher um die Vergangenheit, etwa den Prozess gegen Mubarak, während sich die reaktionären Kräfte festsetzen und Fakten schaffen. An den Umstürzen zwischen dem 25. Januar und dem 11. Februar dieses Jahres hatte die Arbeiterbewegung maßgeblich Anteil. Vor allem der Streik und die Proteste in Suez parallel zu den Aktionen der Studenten auf dem Tahir-Platz in Kairo hätten den herrschenden Militärs klargemacht, dass Mubarak nicht zu halten ist. Bei diesen Streiks gab es auch den ersten Toten der Revolution. Schon 2006 fand ein großer Streik in der Textilindustrie statt, der die Ausmaße einer Intifada annahm. Daraufhin wurden viele Gewerkschafter inhaftiert und Büros geschlossen. Auch aktuell gibt es eine massive Streikbewegung in Ägypten. Ob eine Revolution Erfolg hat, zeige sch nicht nur an der Meinungsfreiheit, sondern auch daran, wie die sozialen Probleme angegangen würden. Die sozialen Bewegungen sollen aktuell in Ägypten weitgehend aus der Transformation herausgehalten werden, weil ein prinzipieller Antagonismus zum Kapital besteht, egal ob es sich um westliches oder islamisches Kapital handelt. Das neue Regime versucht mit aller Gewalt, am System der Staatsgewerkschaft festzuhalten, und behindert den Aufbau freier Gewerkschaften. Speziell die Muslimbruderschaften wollen die Spitzenpositionen in dieser Staatsgewerkschaft besetzen, um so ihren Einfluss auszubauen. Unabhängige staatsferne Gewerkschaften werden dagegen von ihnen attackiert, sie würden die Einheit der Gewerkschaftsbewegung gefährden. Zekeria appellierte an die türkischen Kollegen, auch Druck auf türkische Investoren auszuüben, da zurzeit mehr als 800 türkische Unternehmen in Ägypten aktiv sind.

Fazit: | Drei Tage intensive Diskussionen auf dem Mesopotamischen Sozialforum zeigen, dass sich die Region irreversibel in einer Umbruchsituation befindet. Die bisherigen autoritären Regime, ob sie nun für oder gegen den Westen eingestellt sind, befinden sich in der Defensive. Die westlichen Staaten versuchen in den Ländern, in denen aus eigener Kraft ein Umbruch stattgefunden hat, ein neues Hegemoniekonzept zu installieren in einer Allianz aus prowestlichen Militärs, exportorientierter Bourgeoisie und sogenannten gemäßigten islamischen Kräften. Die emanzipatorische Jugend und die sozialen Bewegungen, die eigentlichen Träger des Umbruchs, werden in diesem Prozess zunehmend an den Rand gedrängt und kriminalisiert. Auf der anderen Seite werden der Schwung und das Label des arabischen Frühlings aktuell dazu missbraucht, um eher von außen gesteuert Länder wie Syrien und letztendlich auch den Iran zu destabilisieren und ebenfalls unter imperialistische Kontrolle zu bringen. Eine zentrale Rolle für dieses neue Hegemonialmodell hat die Türkei mit ihrer Verankerung in der NATO auf der einen Seite und dem Einfluss auf die Muslimbruderschaften im arabischen Raum dank des islamischen Anstrichs der AKP auf der anderen. Reaktionäre Regime wie vor allem Saudi-Arabien werden zumindest noch so lange gestützt, wie ein geostrategisches Gegengewicht zum Iran notwendig ist.

Trotz des aktuellen Rollbacks hat der arabische Frühling den Imperialismus in der Region geschwächt. Die Region kann nicht mehr durch Statthalter des Westens verwaltet werden, sondern der Westen muss reale Kompromisse mit Kräften der Region eingehen, auch wenn dies bislang reaktionäre Kräfte sind. Mittelfristig ist aber ein Prozess angestoßen, indem die Jugendlichen der Mittelschicht, sozialistische Kräfte und die Frauen weiter für soziale und demokratische Veränderungen eintreten werden. In Zeiten, in denen in Europa das Finanzkapital offensiv die Kontrolle über Politik und Sozialstaat übernimmt, lassen sich auch die sozialen Wohltaten der Muslimbruderschaften, denen sie ihre Akzeptanz in der Gesellschaft zum großen Teil verdanken, nicht mehr unbeschränkt durch Petro-Dollars finanzieren. ♦

Das 2. Mesopotamische Sozialforum im Zeichen des arabischen Umbruchs

„Freiheit wird siegen“

Interview mit Talat Çetinkaya, MSF-Organisator

Vom 21. bis 25. September 2011 fand in Amed (Diyarbakır) das zweite Mesopotamische Sozialforum (MSF) statt. Im Folgenden ein Interview mit Talat Çetinkaya, einem der Organisatoren.

Kannst Du uns mitteilen, unter welchen allgemeinpolitischen Umständen das MSF dieses Jahr stattfindet? Uns ist aufgefallen, dass ja die Eröffnungsdemo und auch die Frauendemo durch ein massives Polizeiaufgebot verhindert wurden.

Also besonders nach den letzten Wahlen ist es ja klar geworden, dass die AKP-Regierung nicht daran interessiert ist, die kurdische Frage auf einem demokratischen Weg zu lösen. Die Regierung ist wieder in die klassische Staatspolitik zurückgefallen, jeden unserer Schritte, jede unserer Aktionen zu unterdrücken. Daher nehmen leider auch weniger Leute am MSF teil, als wir erhofft hatten. Und diese harte Reaktion, eben das Verbot der beiden Demonstrationen, steht damit in Zusammenhang. Sie versuchen, die kurdische Frage eben nicht demokratisch zu lösen, sondern mit Härte und Verboten.

Was sind diesmal die politischen Schwerpunkte des MSF?

Unser Hauptthema sind die Aufstände im Mittleren Osten. Wie ist die Reaktion des Imperialismus und wie ist die Reaktion der Bevölkerung darauf. Deshalb war es für uns auch wichtig, möglichst viele Teilnehmer und Teilnehmerinnen aus dem Mittleren Osten für das Forum zu gewinnen. Wir wollen unsere Arbeit und unseren Kampf hier vorstellen und schauen, inwieweit man sich zusammenschließen kann. Unsere Frage ist, gibt es eine Plattform für gemeinsames Arbeiten und Kämpfen.

Mir ist aufgefallen, dass wenig Sprecher aus den Hauptländern des arabischen Frühlings anwesend waren, also etwa Tunesien, Ägypten und speziell auch Syrien, wo ja jetzt viele Entwicklungen stattfinden. Eher waren Teilnehmer aus dem Libanon und Palästina vertreten. Wie kommt das? Gab es da Reisebeschränkungen, oder was waren die Probleme, aus diesen Ländern mehr Sprecher zu gewinnen?

Wir hätten es gerne gehabt, dass sich Personen aus diesen Ländern am Sozialforum beteiligen. Während der Vorbereitung waren wir im Libanon gewesen und haben mit den Freunden dort gesprochen. Von dort aus wollten wir nach Ägypten reisen. Das konnten wir aber nicht. Sie haben uns nicht nach Ägypten einreisen lassen, da hatten wir große Probleme. Also haben wir versucht, uns über E-Mail zu verständigen. Die Freunde haben auch zugesagt, dass sie kommen wollten, aber es hat leider nicht geklappt, da sie dann nicht ausreisen konnten. Durch die Probleme, die zurzeit in Syrien herrschen, konnten auch die Freunde von dort nicht kommen. Wir wollten gerne die Palette der Redner zum Thema arabischer Umbruch noch breiter fächern, aber es hat eben diese Probleme gegeben, dass sie nicht ausreisen konnten. Manche



Die Frauendemonstration konnte in diesem Jahr nicht durchgeführt werden. Foto: A. Bender

haben eben auch für die Einreise kein Visum von der Türkei bekommen.

Dazu noch eine Frage: Es gibt ja jetzt auch in Israel seit ein paar Monaten eine soziale Bewegung, die analog zum ägyptischen Umbruch Zeltstädte in Tel Aviv aufbaut. Eine Teilnahme hätte ich spannend gefunden. Wurden da Leute angesprochen?

Mit den Leuten in Tel Aviv haben wir keinen Kontakt gehabt. Mit der sozialen Bewegung in Ägypten schon, hauptsächlich mit Gewerkschaftern, die gerne kommen wollten, aber nicht ausreisen konnten.

Wie verortet Ihr die kurdische Bewegung innerhalb des arabischen Umbruchs?

Als kurdische Bewegung haben wir ja mehrere Strukturen, die verschiedene Arten der Auseinandersetzung führen. Hier auf dem Sozialforum wollten wir uns mit den anderen treffen und austauschen. Das Ziel ist, mit Gleichgesinnten eine gemeinsame Solidarität aufzubauen, einen gemeinsamen Kampf zu starten. Wir wollten auch unsere kurdische Bewegung bekannt machen. Unsere Forderung ist, dass die Teilung unseres Volkes endlich beendet werden muss. Wir suchen Gleichgesinnte, mit denen wir in Solidarität treten können. Für das nächste Jahr haben wir überlegt, dass es ein Forum im Mittleren Osten geben soll, wo man solche Art von Kontakten weiterführen kann.

Gibt es da schon eine Idee, wo das stattfinden könnte?

Es ist die Idee, dass zum Abschluss des Forums ein solcher Beschluss gefasst wird, wobei aber noch kein besonderes Land oder eine spezielle Stadt im Gespräch ist.

Kannst Du noch etwas zum Schwerpunktthema Ökologie sagen. Habt Ihr da Eure Ziele erreicht, dass Leute aus verschiedenen Ländern zusammenkommen und sich vernetzen? Sind gemeinsame Projekte geplant?

Das Interesse hier auf dem MSF an der Ökologiebewegung war eigentlich noch größer als erwartet. Darüber haben wir uns sehr gefreut. Besonders aus dem Bereich des Schwarzmeers gab es viele Ökologen, die sich daran beteiligt haben. Auf einer gemeinsamen Plattform ist geplant, verschiedene Solidaritätsprojekte durchzuführen. Es gibt sowohl im Schwarzmeergebiet als auch in Kurdistan große Staudammprojekte, die aus rein kapitalistischen Gründen gebaut werden sollen. Gegen diese Projekte wollen wir gemeinsame Solidaritätsveranstaltungen durchführen. Morgen gibt es hier auch eine Diskussionsveranstaltung zur mesopotamischen Ökologiebewegung. Es gibt im Moment einen eher lockeren ökologischen Zusammenschluss. Morgen soll beschlossenen werden, dass es eine richtig große Bewegung wird.

Ein Schwerpunkt war ja auch der demokratische Konföderalismus. Gibt es da auch außerhalb Kurdistans Interesse?

Ja, ein bisschen können wir das ja auf dem Forum auch erkennen. Von denen, die von außerhalb gekommen sind – vor allem von den Gewerkschaftern – gibt es ein reges Interesse und auch eine positive Reaktion.



Das Ökologie-Zelt auf dem Mesopotamischen Sozialforums Foto: A. Bender

War die europäische Beteiligung am Sozialforum zufriedenstellend? Stand sie überhaupt im Fokus, da es ja Mesopotamisches Sozialforum heißt?

Ich hatte ja vorhin schon gesagt, dass dieses Jahr unser Schwerpunkt der Mittlere Osten war, deshalb haben wir uns mehr um eine Beteiligung des Mittleren Ostens gekümmert. Natürlich sind auch Leute aus Europa da und wir freuen uns darüber, aber das war nicht unser Schwerpunkt. Deshalb ist es dieses Jahr auch o.k. mit der Beteiligung, die wir von dort haben. ♦



Zweiter bundesweiter Aktionstag der Kampagne „Tatort Kurdistan“

Rüstungsexporte stoppen

Elmar Millich

Zum Antikriegstag am 1. September fanden im Rahmen eines Aktionstags der Kampagne „Tatort Kurdistan“ in 14 deutschen Städten Protestveranstaltungen gegen Rüstungsexporte und Kriegsunterstützung durch die Bundesrepublik statt. Mehr als 2 000 Menschen engagierten sich auf verschiedene Weise gegen die deutsche Politik, die in der Türkei/Kurdistan eine politische Lösung des seit dreißig Jahren andauernden Konflikts eher behindert als fördert.

Im Fokus der Redebeiträge standen die Angriffe der iranischen und türkischen Armee auf das Kandil-Gebiet im Nordirak. Ziel der Angriffe ist vor allem die Zivilbevölkerung, die systematisch aus den Dörfern vertrieben wird. Diese Angriffe werden mit Billigung und Unterstützung maßgeblicher Staaten durchgeführt. So liefern die USA Luftaufklärungsdaten, die dann von der Türkei auch an den Iran weitergegeben werden. Die nordirakische Autonomieregierung, die sich in starker Abhängigkeit von den USA und der Türkei befindet, unterstützt diese Politik, indem sie Prämien an die Bevölkerung bei „freiwilligem Verlassen“ der Region anbietet.

Auf vielen Veranstaltungen wurde auch Andrea Wolfs gedacht, die 1998 nach ihrer Festnahme durch das türkische Militär ermordet wurde. Mitte September hat sich dann noch eine Delegation auf den Weg in die Türkei gemacht, um weitere Aufklärung einzufordern. [*s. S. 46*]

Schwerpunkt des diesjährigen Aktionstags war das Thema Rüstungsexporte. Für Aufmerksamkeit war gesorgt, da die von der Bundesregierung geplante Lieferung von 200 Panzern an Saudi-Arabien die öffentliche Diskussion in den vorherigen Wochen geprägt hatte. Ein ausführlicher Artikel zum Thema Waffenlieferungen aus Sicht von „Tatort Kurdistan“ war einige Tage vor dem 1. September in der „jungen Welt“ erschienen. Die wohl spektakulärste Protestaktion fand in Berlin am Vorabend statt. AntimilitaristInnen hatten literweise Blut vor die Berliner Filiale des Rüstungsunternehmens Krauss-Maffei Wegmann geschüttet und in Flugblättern auf die Verstrickungen deutscher Waffenexporte in den Konflikt in Kurdistan hingewiesen. Erst im März 2010 hatte Bundeskanzlerin Merkel die Lieferung von weiteren 56 Leopard-2-Panzern an die Türkei zugesagt, die von Krauss-Maffei Wegmann produziert werden.

Die Aktionsformen waren in den verschiedenen Städten unterschiedlich, wurden in der Regel aber von Bündnissen aus dem Bereich Antifa, AntimilitaristInnen und der Partei „Die Linke“ getragen. Recht aktiv bei den Veranstaltungen war auch der kurdische Studierendenverband YXK. Einen „TATORT Kurdistan“-Block gab es auf der Antinazidemo in Dortmund am 2. September. Einen Tag später hatte ein Vertreter der Kampagne die Möglichkeit, die Ziele in Köln auf dem alljährlichen kurdischen Kulturfestival vor ca. 50 000 Menschen darzustellen. Nähere Informationen zu den Aktionen in den einzelnen Städten finden sich unter http://tatort-kurdistan.blogsport.de/

Dass „TATORT Kurdistan“ aneckt bei dem Versuch, Sand ins Getriebe einer reibungslosen deutsch-türkischen Zusammenarbeit zu streuen, zeigt die Erwähnung im Verfassungsschutzbericht 2010. Wahrheitswidrig wird dort die Kam-

pagne als von der PKK organisiert und gesteuert dargestellt. Was an der Kritik gegen Waffenexporte und umweltzerstörende Staudammprojekte verfassungswidrig sein soll, konnte die Bundesregierung auf eine Kleine Parlamentarische Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke („Die Linke") nicht beantworten. Hingewiesen wird lediglich auf die Mitarbeit der kurdischen Organisationen YEK-KOM und YXK. Auch die Berichterstattung im „Kurdistan Report" wird seitens des Innenministers als Indiz genannt. Es ist davon auszugehen, dass durch eine gezielte Diffamierung von „TATORT Kurdistan" im Verfassungsschutzbericht die erfolgreiche Bündnisarbeit der Kampagne torpediert werden soll.

Im nächsten Jahr wird sich „TATORT Kurdistan" verstärkt mit dem Thema Repression beschäftigen. Zum einen soll die Aufmerksamkeit auf die zunehmende Zahl politischer Gefangener in der Türkei gelenkt werden. Durch Verhaftungswellen gegen PolitikerInnen der kurdischen Partei BDP, MenschenrechtlerInnen und alle, die sich gegen die Politik der herrschenden AKP stellen, ist in Kurdistan aktuell keine Oppositionsarbeit mehr möglich. Aber auch in Deutschland hat die Repression gegen politisch aktive KurdInnen ein neues Ausmaß erreicht, indem erstmalig mit der Erlaubnis des Justizministeriums Strafverfahren nach § 129b StGB (Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung) eröffnet wurden. Weiter im Fokus steht auch der kurdische Fernsehsender Roj TV, wie die Beschlagnahmung eines Aufnahmewagens durch deutsche Behörden im September dieses Jahres zeigt. Zu diesem Repressionskomplex veranstaltet „TATORT Kurdistan" ein Seminar vom 20. bis 22.4.2012 in Köln. ♦

Berlin: Waffenproduzent Krauss-Maffei in Blut gebadet

Mehrere engagierte Antimilitarist_innen und Internationalist_innen haben am Abend des 31. August 2011 das Berliner Büro des Rüstungsunternehmens Kraus-Maffei am Pariser Platz besucht und dutzende Liter Blut vor deren Eingang verschüttet um auf die blutige Geschäftspraxis des Konzerns hinzuweisen. Darüber hinaus wurden mehrere tausend Handzettel auf dem Pariser Platz verteilt, die auf die blutigen Verstrickungen des Konzernes im Krieg gegen die kurdische Bevölkerung in der Türkei aufmerksam machen sowie ein Transparent mit der Aufschrift „Tatort Kurdistan: Rüstungsexport ist Massenmord" ausgebreitet.

Die Aktion fand statt im Rahmen des bundesweiten Aktionstages der Kampagne „Tatort Kurdistan" am 1. September , mit dem antimilitaristische und internationalistische Gruppen auf vielfältige Weise gegen den Waffenexport in die Türkei und die Repression gegen die kurdische Befreiungsbewegung hier in der BRD aktiv werden wollen. Krauss-Maffei stellt vor allem Panzer und andere Ketten- und Panzerfahrzeuge her. Vor allem der Leopard 1- und Leopard 2-Panzer hat sich zu einem echten deutschen Exportschlager gemeistert und wird nach Saudi-Arabien und in viele andere Staaten exportiert. Auch die Türkei besitzt den deutschen Kampfpanzer und setzt ihn im Krieg gegen die kurdische Befreiungsbewegung ein. Im März 2010 wurden der Türkei von Bundeskanzlerin Merkel weitere 56 Panzer dieses Typs versprochen. Aktuell eskaliert der türkische Staat den auch mit deutschen Waffen geführten Krieg gegen die kurdische Bevölkerung wieder. Seit dem 17.August 2011 bombardiert die türkische Luftwaffe kurdische Siedlungsgebiete in Südkurdistan. Eine Bodenoffensive der türkischen Armee gegen Stellungen der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) wird aktuell vorbereitet. Betroffen von den Bombenangriffen ist vor allem die Zivilbevölkerung. Ganze Dörfer wurden zerstört und eine 7-köpfige Familie getötet. Krauss Maffei verdient mit der militärischen Unterdrückung der kurdischen Bewegung in der Türkei viel Geld. Wir haben das Berliner Büro des Konzerns heute mit Blut markiert, um die Profiteure von Krieg und Vernichtung zu warnen, dass sie ihre Renditen nicht ewig ungestört auf Kosten der Menschen in Kurdistan und anderswo im Trikont machen können. Auch hier in der Metropole haben sie sich mit ihrem Handeln erbitterte Gegner_innen geschaffen.

Deutsche Waffen raus aus Kurdistan!
Hoch die internationale Solidarität!
Krieg dem Krieg!
Für einen revolutionären Aufbauprozess!
Aktionsgruppe „Andrea Wolf"



aus: http://de.indymedia.org/2011/08/315101.shtml

Südafrika/Kurdistan

„Erdoğan könnte gemeinsam mit Abdullah Öcalan den Friedensnobelpreis bekommen ...“

Ulf Petersen führte das Interview mit Essa Moosa

Essa Moosa war einer der Anwälte Nelson Mandelas. Er ist 1936 in Kapstadt geboren, arbeitete über 40 Jahre lang als Anwalt und war auch Aktivist gegen das Apartheid-Regime. Er verteidigte politisch Angeklagte und kümmerte sich um ihre Haftbedingungen. Auf diesem Weg lernte er Nelson Mandela kennen, der seit 1962 gefangen war. Anfang der 1990er Jahre, während der Verhandlungen über den Übergang von der Apartheid zur Demokratie, war er Sekretär des Verfassungskomitees des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), das an der Erarbeitung und Einführung einer neuen demokratischen Verfassung für das neue Südafrika beteiligt war. Nach der Wahl des ANC an die Regierung 1994 wurde er zum Politikberater im Justizministerium ernannt, um das Justizsystem nach den Werten und Prinzipien der neuen Verfassung zu reformieren.

1997 beteiligte sich Essa Moosa an der Gründung der südafrikanischen Kurdish Human Rights Action Group (KHRAG, http://www.khrag.org) und nahm 2005, 2009 und 2011 an internationalen Anwaltsdelegationen nach Nordkurdistan teil. Von 1998 bis 2011 war er Richter am Obersten Gericht Südafrikas. Er lebt heute in Kapstadt.

Wir trafen Essa Moosa im September in Köln, er war dort bei einer Veranstaltung des Verbands der Studierenden aus Kurdistan (YXK) zu Gast. Er leitete das Interview ein mit einer Darstellung des Friedensprozesses, der mit den inoffiziellen Gesprächen zwischen Nelson Mandela und der regierenden Nationalen Partei 1985 begonnen hatte.

Essa Moosa: Es gab zwei Wege der Kontaktaufnahme: mit Mandela im Gefängnis und mit dem ANC außerhalb. Sie liefen zusammen, als P. W. Botha [*Regierungschef bis 1989, wurde dann von De Klerk abgelöst*] sich weigerte, mit dem ANC zu verhandeln, wenn dieser nicht der Gewalt abschwören würde. Mandela sagte: „Seht, wir haben nicht mit der Gewalt angefangen, Ihr, das Apartheid-Regime, habt mit der Gewalt begonnen. Wir waren gezwungen, uns zu verteidigen, und wir können die Gewalt nicht aufgeben, wenn Ihr die Gewalt nicht aufgebt.“

Der damalige US-Präsident Ronald Reagan und die britische Premierministerin Margaret Thatcher übten Druck auf Botha aus, aber er weigerte sich, mit Nelson Mandela im Gefängnis und dem verbotenen ANC zu sprechen. 1985 wurde erwartet, dass Botha auf dem Jahreskongress der Nationalen Partei, die er damals anführte, eine wichtige Erklärung abgeben würde. Sowohl die internationale als auch die südafrikanische Öffentlichkeit erwarteten, dass er „den Rubikon überschreiten“[1] und Verhandlungen mit Nelson Mandela und dem ANC beginnen würde.

Bothas Haltung war einfach, dass er bereit wäre zu verhandeln, wenn sie bereit wären, auf Gewalt zu verzichten, und er sagte auch, dass er nicht mit „Terroristen“ und einer „terroristischen Organisation“ verhandeln würde. Das weiße südafrikanische Establishment, das die Nationale Partei kontrollierte, war mit dieser Reaktion nicht glücklich. Es spürte, dass angesichts des internationalen Drucks die Zeit für Veränderung gekommen war. Sie sahen keine Aussicht mehr für eine erfolgreiche Fortsetzung der Apartheid. Und irgendwie ging Botha seinen Weg und überschritt nicht den Rubikon.

Die Leute im Land und weltweit waren sehr enttäuscht, besonders die Geschäftsleute. Die internationalen Sanktionen und der Widerstand im Land wurden verstärkt. Im September 1989 wurde Botha als Führer der Nationalen Partei ersetzt und De Klerk Präsident Südafrikas. Im Februar 1990 kündigte De Klerk an, dass er mit Nelson Mandela und dem ANC verhandeln und alle verbotenen Organisationen legalisieren würde. Er war bereit, alle laufenden Anklagen gegen politische Aktivisten im Land zurückzuziehen. Er war bereit, alle politischen Gefangenen freizulassen, einschließlich Nelson Mandelas. Und er war bereit, die Exilierten zurück ins Land zu lassen und ihnen eine Art vorläufiger Immunität zu gewähren, damit die Verhandlungen weitergehen könnten.

So schuf De Klerk das nötige Klima für Verhandlungen, er „überschritt den Rubikon“ und bekam später den Friedensnobelpreis gemeinsam mit Nelson Mandela. Und ich glaube, dass P. W. Botha es bereut hat – das ist meine persönliche Sicht, nachdem ich mit ihm später gesprochen habe –, diesen Schritt nicht getan zu haben. Er hat das nie öffentlich gesagt, aber im

privaten Gespräch bekam ich den Eindruck, dass er es bereute. Ich bin sicher, dass er zusammen mit Mandela den Nobelpreis anstelle von Botha bekommen hätte, wenn er es getan hätte.

Jetzt eröffnet sich die gleiche Gelegenheit für Erdoğan. Wenn er diese Gelegenheit nutzt und mit Abdullah Öcalan verhandelt, könnten sie vielleicht den Friedensnobelpreis bekommen. In diesem Fall würden wir in Südafrika sie dafür nominieren. Aber ob Erdoğan ein De Klerk oder ein Botha sein wird, bleibt abzuwarten.

Vertrauliche Gespräche als Anfang

Eine schwierige Phase eines solchen Friedensprozesses ist es, wenn die Verhandlungen noch geheim und nicht öffentlich sind. Die Gespräche brauchen anfangs Diskretion. Wie wurde damit umgegangen?

Als die Gespräche begannen, zunächst mit Nelson Mandela im Gefängnis, wurde das völlig geheim gehalten. Beide Seiten haben nur vorgefühlt, um das Vertrauen aufzubauen, denn sie waren ja Feinde. Weiterhin gab es außerhalb des Landes private Gespräche mit Geschäftsleuten, politischen und religiösen Führern und einflussreichen Akademikern, nachdem die Gespräche mit Mandela begonnen hatten. Damals gab es im Land nicht wirklich ein Klima dafür, diese Gespräche öffentlich zu machen, denn:

Erstens hätten die Unterdrückten gesagt: „Wie könnt Ihr mit dem Feind sprechen? Wir bekämpfen ihn und wollen ihn zerstören. Ihr habt kein Recht, in unserem Namen zu sprechen." Zweitens hätten die Weißen gesagt: „Schaut, Ihr sprecht mit den Terroristen und ihr habt kein Recht dazu." Also mussten beide Seiten vorsichtig ihre Basis auf die schließlich stattfindenden Gespräche vorbereiten. Und das passierte schrittweise. Anfangs hatten der ANC und seine Unterstützer im Land und außerhalb Probleme damit, dass Mandela mit dem Apartheid-Regime verhandelt. Sie hatten Angst, dass er ihre Position gefährden würde. Also hat er ihnen versichert, dass sie sich keine Sorge machen müssten, dass er dies nicht tun würde. Aber die Leute hatten ihre Vorbehalte, sie sagten, er sei im Gefängnis, und er verhandle aus einer Position der Schwäche.

Währenddessen gab es auch die Gespräche außerhalb des Gefängnisses. Der Kontakt zwischen Mandela und dem ANC lief hauptsächlich über Winnie Mandela und die Anwälte, die ihn immer wieder besuchten. Auch gab es einige internationale Politiker, die öfters kamen und ihn im Gefängnis besuchten. Und sie berichteten, was er sagte. Das lief alles vertraulich und geheim ab und entwickelte sich zu einem breiteren Netzwerk.

Aber als nach der Aufhebung der Organisations-Verbote 1990 die wirklichen Verhandlungen begannen, war dieser Prozess sehr transparent. Die Presse durfte an diesen Gesprächen teilnehmen. Nur bestimmte vertrauliche Fragen wurden vielleicht geheim verhandelt. Aber die wesentlichen Gespräche waren sehr offen und transparent. Ich glaube, das hat es sehr erleichtert, die Mentalität der Leute in Richtung auf eine Akzeptanz dieser Gespräche zu verändern.

Der ANC führte einen bewaffneten Kampf. War dies der kritischste Punkt für die Regierung?

Ja. Anfangs war P. W. Botha nicht bereit, mit dem ANC zu verhandeln. De Klerk hatte dann den Mut, die Aufhebung des ANC-Verbots zu verkünden. Und **danach** begannen sie zu verhandeln, was mit dem bewaffneten Arm, der Guerilla, passieren würde, wie sie in die nationale Armee integriert werden könnte und was mit den Waffen gemacht würde. Aber das geschah viel später im Verhandlungsprozess. Worauf sie sich im Prinzip geeinigt haben: dass die Gewalt von beiden Seiten aufhört; dass Verhandlungen stattfinden; dass die Guerilla-Bewegung in die Verteidigungskräfte aufgenommen wird, sobald eine neue Verfassung angenommen ist; dass sie die Waffen abgeben und eine neue demokratische Regierung sie übernehmen wird.

Nach 1994 wurden dann viele Guerilla-Kämpfer in die nationale Armee aufgenommen. Nicht alle, aber die Mehrheit der Leute. Viele, die nicht in die Armee aufgenommen werden konnten, kamen zur Polizei und einige auch zum Geheimdienst.

Was würden Sie also zu den Leuten in der Türkei sagen, die von der PKK fordern, dass sie bedingungslos die Waffen niederlegt, als Vorbereitung für einen Friedensprozess?

Nein, diese Frage sollte Teil der Verhandlungen sein. Man kann von ihnen nicht erwarten, dass sie die Waffen niederlegen, ohne zu wissen, was mit der anderen Seite passiert. Nach den Bestimmungen des internationalen Rechts haben sie das Recht auf Selbstbestimmung und auf Selbstverteidigung. Ja, der bewaffnete Konflikt sollte von beiden Seiten nicht weitergeführt werden. Es muss aber die Bereitschaft beider Seiten geben. Sie müssen Verhandlungen beginnen, um zunächst das Klima zu schaffen. Zweitens ist die Erarbeitung einer neuen Verfassung nötig, die die Rechte des kurdischen Volkes als solches garantiert. Und dann kann es auch ein Aufgehen der PKK in der Armee einer neuen demokratischen Türkei geben. Das ist alles Inhalt des Verhandlungsprozesses.

Wir in Südafrika haben all dies sehr erfolgreich zwischen den beiden Feinden ausgehandelt. Obwohl das Apartheid-Regime das Niederlegen der Waffen als Vorbedingung verlangen wollte, war der ANC dazu nicht bereit. Sie befürchteten, was passieren würde, wenn sie ihre Waffen niederlegten und das Apartheid-Regime dann nicht mit guten Absichten verhandeln würde. Das wurde international akzeptiert.

Wahrheits- und Versöhnungskommission 1996–1998

In der Zeit der Übergangsverfassung nach 1990 gab es ein Amnestiegesetz. Zwischen 1996 und 1998 wurde es mit der Wahrheits- und Versöhnungskommission (engl. Truth and Reconciliation Commission (TRC)) umgesetzt. So blieben viele Leute, die Verbrechen begangen hatten, frei von Strafverfolgung. Wie beurteilen Sie die

Reaktion der schwarzen Bevölkerungsmehrheit angesichts der ehemaligen Täter in Freiheit?

Während des Verhandlungsprozesses befürchteten beide Parteien, bestimmte illegale Taten begangen zu haben, zum Beispiel haben sie vielleicht unschuldige Zivilisten getötet, keine Kämpfer. Es bestand die Möglichkeit, strafrechtlich verfolgt zu werden. Es gibt weltweit verschiedene Optionen, wie man die Frage der Versöhnung behandelt. Die Konfliktparteien hätten entscheiden können, beiden Seiten eine pauschale Amnestie zuzugestehen, also unabhängig davon, was passiert war, jedem Straffreiheit zu gewähren.

Aber dann müssen auch die Opfer und ihre Familien berücksichtigt werden. Viele Opfer sind einfach verschwunden. Ihre Leichen wurden entweder ins Meer geworfen oder in Massengräbern begraben. Und viele der Mütter und der Familien wollten wissen, was mit ihren Lieben passiert ist. Das herauszufinden war möglich, indem die Verantwortlichen sagten: „Schaut, das haben wir getan, wir haben sie ins Meer geworfen", oder „Wir haben sie dort vergraben". Wenn die Familie zumindest dieses erfährt, kann sie die Gebeine nehmen und sie anständig nach den Gebräuchen der Leute begraben. In Afrika besonders gibt es eine komplette Begräbnisprozedur, wenn jemand stirbt. Für die Menschen existieren die Toten fort, sie können mit ihnen kommunizieren.

Im südafrikanischen Beispiel kamen die Konfliktparteien zu der Meinung, dass es eine Wahrheits- und Versöhnungskommission (TRC) geben soll. Ziel war, dass die Wahrheit ans Licht kommt und die Parteien versöhnt werden. Zunächst würden die Täter zugeben, was sie getan haben und dass es falsch war. Die Familie des Opfers würde genau erfahren, was passiert war. Sie würden sich dann vergeben, es gäbe eine Versöhnung, Ubuntu[2].

Das war das Ziel. Ob es erreicht wurde, ist eine andere Frage. Viele, die ziemlich furchtbare Verbrechen begangen hatten, sind nicht vor die TRC gekommen. Also haben die Familien ihrer Opfer nichts erfahren. Sie könnten zwar strafrechtlich verfolgt werden. Aber das Problem war, dass diese Verbrechen während der Apartheid verübt worden waren. Und kurz bevor die Demokratie kam, wurden die Beweise vernichtet. Um jetzt nach 20, 30 oder 40 Jahren die Strafverfolgung durchführen zu können, bräuchte man diese Beweise. Also blieb es eine unmögliche Aufgabe, sie ohne brauchbare Beweise zu belangen.

Die Leute, die vor die TRC gingen, bekamen eine Amnestie. Aber zumindest erfuhren die Opfer, was ihren Lieben passiert war. Viele Tote wurden aufgefunden und entsprechend den Gebräuchen begraben. Dann gab es noch die dritte Gruppe, die vor der TRC nur die halbe Wahrheit gesagt haben. Viele von diesen bekamen keine Amnestie. Sie konnten strafrechtlich verfolgt werden, aber es stellte sich wieder die Frage, ob es genug Beweise gab.

Aus dem Wahrheitsfindungs- und Versöhnungsprozess ergab sich die Empfehlung, dass die Opfer entschädigt werden sollten. Das Problem waren die Ressourcen. Es wurden verschiedene Vorschläge gemacht. Einer war, dass es eine einmalige Steuer für alle geben sollte, die von der Apartheid profitiert hatten. Sie sollten 5 oder 10 Prozent ihres Reichtums abgeben. Aber es gab Opposition von den Weißen und dem Big Business.

Wenn Sie mich also fragen, ob die TRC erfolgreich war, muss ich sagen, dass sie in einem begrenzten Ausmaß den Menschen ermöglichte herauszufinden, was mit ihren Lieben passiert war. Aber insgesamt würde ich sagen, dass sie die angestrebte Aufgabe nicht erfüllt hat. Wenn mehr Leute vor die Wahrheitskommission gekommen wären, hätte es eine größere Versöhnung zwischen den Unterdrückten und den Unterdrückern gegeben.

Beispielsweise war das Big Business nicht bereit zu kommen und zu sagen: „Wir hatten Unrecht, wir haben von der Apartheid profitiert und wir wollen Wiedergutmachung leisten." Und die Nationale Partei kam nicht, um zu sagen: „Wir haben Verbrechen begangen und von der Apartheid profitiert, es tut uns leid." Alles, was sie sagten, war: „Nein, wir haben das System vorgefunden und es akzeptiert, wie es war." Heute kann man niemanden im Land finden, der die Apartheid unterstützt hat.

Deshalb ist das System der TRC nicht perfekt. Aber was wäre die Alternative? Die andere Option ist, jedem eine Amnestie zu geben und sie kommen mit den Morden davon.

Sie müssen sich auch darüber klar sein, dass viele Leute nicht bereit sind, den Friedensprozess zu akzeptieren. Sie haben Angst, strafrechtlich verfolgt zu werden. Nehmen Sie die türkische Armee, die alle diese Grausamkeiten begangen hat, sie könnten versuchen, einen Friedensprozess zu sabotieren. Einfach weil sie für die Verbrechen verantwortlich gemacht werden könnten, die in der Zeit ihrer Kontrolle über das Land begangen wurden. Das ist in unserem Fall passiert. Das Militär, das für furchtbare Verbrechen während der Apartheid verantwortlich war, versuchte die Gespräche zu sabotieren.

Es gibt auch große soziale Probleme. Das ist die Konsequenz der Kompromisse, die während des Verhandlungsprozesses gemacht werden mussten. Es gibt immer noch die Ungleichheit zwischen den Armen und den Reichen. Ich erinnere mich, dass wir zu Apartheidzeiten in den besten Teilen des Landes kein Land und Eigentum kaufen konnten. Jetzt versuchen sie, es teuer zu verkaufen, aber die meisten Menschen sind arm und können es sich nicht leisten. Das meiste Land, fast 80 Prozent, ist immer noch in den Händen der Weißen. Und die meisten der Unterdrückten leben heute, nach 17 Jahren Demokratie, immer noch in erbärmlicher Armut. Das sind die Widersprüche: Man kann wählen, wer sein Vertreter im Parlament ist, aber man lebt immer noch in einer Hütte. Die Leute hatten erwartet, dass sie von der Demokratie wirtschaftlich profitieren würden. Das ist ein Mythos, weil der Reichtum in den Händen der ehemaligen Unterdrücker geblieben ist.

Die Wahrheits- und Versöhnungskommission wird von der kurdischen Befreiungsbewegung und Abdullah Öcalan als eine Art Modell betrachtet. Aber vielleicht wäre es für die Kurden äußerst schwer, eine Amnestie für die Mörder ihrer Angehörigen zu akzeptieren. Außerdem wurden in Südafrika die Taten des Regimes und der Befreiungsbewegung gleich behandelt. Das wäre für Kurden jetzt ebenso nicht einfach hinnehmbar.

Das muss Teil der Verhandlungen und ihrer Ergebnisse sein. Die türkische Bevölkerung wurde auch mental konditioniert, dass die Kurden „Terroristen" seien, dass die Kurden ihre Soldaten getötet hätten. Genauso fühlen die kurdischen Mütter auf der anderen Seite „nein, sie nahmen die Kinder aus unseren Häusern und ermordeten sie". So gibt es beide zugespitzte Sichtweisen und man muss versuchen, sie mit dem Ziel der Versöhnung zusammenzubringen. Und man muss bestimmte Kompromisse eingehen.

Welches das beste Modell für die kurdische und die türkische Bevölkerung ist, hat sie zu entscheiden. Ich denke nicht, dass man ihr ein bestimmtes vorschreiben kann. Es gibt in der Welt verschiedene Optionen und ich kann Ihnen sagen, dass es kein perfektes System gibt. Kein Land, kein Volk hat jemals ein System gefunden, das für seine Situation perfekt war. Es gab immer viel Unzufriedenheit.

Manchmal muss man bestimmte Dinge akzeptieren, ohne den gesamten Prozess zu sabotieren. Wenn man sagt „ja, wir brauchen eine Wahrheitskommission, aber die muss untersuchen, wie die Armee die unschuldigen Menschen umgebracht hat", wird diese das nicht akzeptieren. Noch wird das kurdische Volk akzeptieren, dass nur sie untersucht werden, weil sie eine legale Regierung bekämpft und kein Recht gehabt hätten, zu den Waffen zu greifen. Also braucht man einen Kompromiss; aber welcher Kompromiss, das ist eine Frage, die von der türkischen und der kurdischen Bevölkerung verhandelt werden muss. Am Ende entscheiden sie vielleicht, dass es ein so großes Problem ist und sie sich auf kein Modell einigen können, dass eine Amnestie für beide Seiten am besten wäre, um eine Versöhnung zu erreichen.

Kurdistan-Solidarität in Südafrika

1997 wurde die Kurdish Human Rights Action Group (KHRAG) in Südafrika gegründet. Wie ist diese entstanden und wie hat sie sich entwickelt?

Zwischen 1995 und 1997 besuchten uns führende Mitglieder des kurdischen Exils in Südafrika. Damals war die PKK verboten und Abdullah Öcalan befand sich außerhalb der Türkei, erst im Libanon und später in Syrien. Ziel der KHRAG war erstens, die Menschenrechtsverletzungen gegen das kurdische Volk in der Türkei zu beobachten, und zweitens, sich für das Konzept der Selbstbestimmung des kurdischen Volkes einzusetzen – das Recht, grundlegende Menschenrechte zu genießen, das Recht, die eigene Sprache zu sprechen, das Recht, in der Muttersprache unterrichtet zu werden und die eigene Kultur zu praktizieren.

Wir hatten auch Diskussionen bezüglich politischen Asyls für Abdullah Öcalan in Südafrika. Wir sorgten uns um seine Sicherheit während der Reise nach Südafrika und wir wollten sicherstellen, dass er hier politisches Asyl bekommt. Wir haben mit bestimmten Beamten in der südafrikanischen Regierung gesprochen, um diesen Prozess zu eröffnen. Aber dies geschah sehr, sehr geheim. Wir wollten, dass weder die türkische Regierung noch internationale Geheimdienste etwas davon mitbekommen. Wir glaubten, dass sonst Druck auf Südafrika ausgeübt werden könnte, ihm kein politisches Asyl zu gewähren. Die KHRAG hat sich also auf den Empfang Abdullah Öcalans für das politische Asyl in Südafrika vorbereitet. Leider wurde er dann in Kenia gefangen genommen, ihm wurden die Augen verbunden und ihm wurde vor einem halb-militärischen Gericht der Prozess gemacht.

Wir haben dann die Kampagne für seine Freilassung begonnen. Aus unserer Sicht war der Prozess von Anfang an illegal. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hatte 2005 entschieden, dass das Gerichtsverfahren in der Türkei zulässig war, obwohl Abdullah Öcalan illegal entführt und gewaltsam in die Türkei gebracht worden war. Wir sagen, dass dieses Urteil des EGMR nach internationalem Recht juristisch keinen Bestand hat.

Wir hatten in Südafrika einen ähnlichen Fall, als 1986 Ebrahim Ebrahim – heute unser stellvertretender Außenminister – aus Swaziland nach Südafrika entführt und vor Gericht gestellt wurde. In Swaziland hatte er als Organisator für den ANC gearbeitet. Er wurde von einem unteren südafrikanischen Gericht verurteilt. Die Angelegenheit kam 1991 in die Berufung vor ein höheres Gericht. Dieses entschied, dass es illegal gewesen war, ihn zu entführen und zu bestrafen.

Ich war 2005 in Straßburg dabei, als Abdullah Öcalans Gerichtsverfahren verhandelt wurde. Der EGMR hat diesen Punkt ignoriert. Sie sind der Frage ausgewichen, ob der Prozess legal war oder nicht. Ich sage: Wenn der Ablauf nach internationalem Recht illegal war, ist alles illegal, was sich daraus ergibt. Abgesehen davon hat der EGMR den Prozess für unfair befunden. Wenn der Prozess unfair war, dann sind auch die Prozessprotokolle unfair. Man kann deshalb kein Wiederaufnahmeverfahren auf der Grundlage dieser Unterlagen führen. Dies setzt die Unfairness fort.

Die Angelegenheit wurde in der Türkei von einem höheren Gericht untersucht. Dieses entschied, dass, unabhängig vom unfairen Prozess, auch in einem fairen Prozess das gleiche Urteil gefällt worden wäre.

Abdullah Öcalan genießt unter den ehemals Unterdrückten in Südafrika viel Sympathie und Unterstützung, da ihre Anführer gleiche Erfahrungen gemacht haben. Sie haben sich mit dem Kampf des kurdischen Volkes identifiziert. Wir haben eine Organisation von Veteranen des Kampfes gegen die Apartheid. Sie haben Verbindungen zu einer kurdischen Veteranenorganisation aufgebaut und Abdullah Öcalan einen Friedenspreis für seine Rolle als Initiator eines friedlichen Dialogs mit der Erdoğan-Regierung verliehen. Sie suchen noch nach einem Weg, ihm diesen Preis zukommen zu lassen. ♦

Der englische, etwas ausführlichere Originaltext wurde von Essa Moosa geprüft und überarbeitet und findet sich unter: http://www.kurdistanreport.de

Fußnoten:
1- Die Metapher „den Rubikon überschreiten" bezieht sich auf die Überquerung des Flusses Rubikon durch Julius Cäsar im Jahr 49 v. u. Z. und bedeutet, dass es dann „kein Zurück mehr" gibt.
2- Eine afrikanische Lebensphilosophie, die sich auf die Gemeinsamkeit der Menschen und deren Verbundenheit bezieht. Das Wort ist aus den Bantu-Sprachen und bedeutet in etwa „Menschlichkeit", „Nächstenliebe", „Gemeinsinn".

„Er hatte sich auf den Weg zwischen zwei Distanzen begeben und war irgendwo dazwischen geblieben. Ohne je wirklich anzukommen.“

Ipek Demirtas: Wintermädchen Der Fremde zwischen zwei Welten

Buchbesprechung von Susanne Roden

Waschen von Geschirr mit Wasser und Sand, ohne Waschmittel, am klaren seicht dahinfließenden Quellbach. Die Frauen hocken am Rand des Baches, wo sich eine Art Sandbank gebildet hat, und lächeln in die Kamera. Sie haben das Geschirr in Wannen dorthin getragen und reiben jedes Stück mit dem Waschsand ein, bevor sie es dann ins Wasser halten. Bilder aus einem Dokumentarfilm, der in der kurdischen Filmwoche gezeigt wurde. Es ging um das Leben von Kurden in einem abgelegenen Bergdorf, wie sie dort in Lehmhäusern leben, ihre kleinen Schafherden versorgen, inmitten von Sommerobstwiesen und in dieser unendlich schönen Natur mit einem Himmel ohne Ende. Eine Natur, die einen im Sommer erblühen und im Winter mit endloser Kälte, Schnee und Unwirklichkeit, abgeschottet vom Rest der Welt, fast erstarren lässt.

Genau das beschreibt die Autorin Ipek Demirtas mit eindringlichen Bildern, wenn sie in ihrem Roman „Wintermädchen“ ihren Romanhelden Harun mit seinen Gedanken in die Vergangenheit gleiten lässt. Die vertraute Umgebung, den weiten Himmel, die Menschen, die ihn begleitet hatten, all dies hatte er eines Tages ohne lange Umschweife als Kind zurücklassen müssen. Er wurde von Menschen abgeholt, die er nur von einem Bild kannte und von denen man sagte, dass sie seine Eltern seien. Sie würden in einem sehr entfernten reichen Land leben und ihn eines Tages, wenn auch sie reich seien, holen, aber bis dahin müsse er sich als Gast den Umständen fügen. Er hilft viel, muss hart arbeiten und lernt früh, was es bedeutet, nicht an gleicher Stelle im Familienband zu stehen. Er ist ein kluger Kopf, er lernt eifrig Lesen und Rechnen mit Hilfe eines alten Mannes im Dorf und erkämpft sich so bereits im Kindesalter eine besondere Stellung.

Schon zu Beginn des Romans wird für den Leser ganz behutsam die Bedeutung des Winters mit in den Text eingeflochten, so wie sanft herabrieselnde Schneeflocken. Es beginnt mit dem Anzünden einer Zigarette, einem nach draußen wanderndem Blick in den trüben Nachmittagshimmel, wie im Winter üblich, und der Feststellung, dass ihn der Winter immer traurig machte. Aber im Gegensatz zu den meisten Menschen eben nicht wegen der kurzen und oft düsteren Tage, sondern weil etwas in ihm tief drinnen vergraben war, und das eben schon sehr lange.

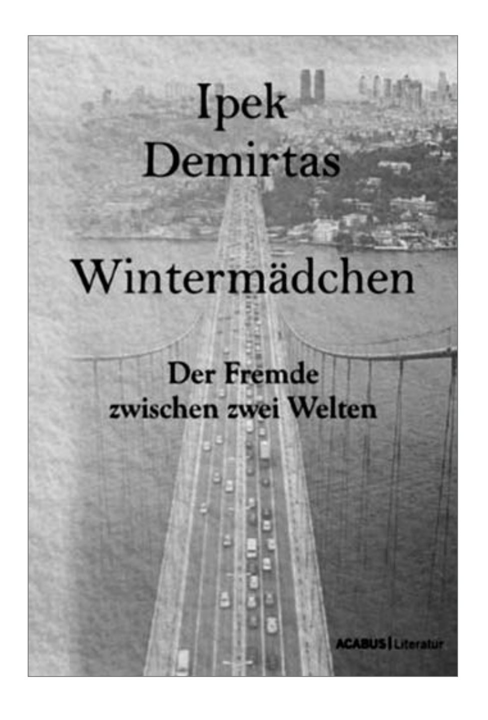
Wintermädchen | Der sehr schöne Titel des Romans hat natürlich mit einer weiblichen Figur zu tun – offenbar wollte die Autorin oder musste der Verlag noch einen weiteren Untertitel hinzufügen. Und in der Tat, es gibt bereits eine Veröffentlichung eines Jugendromans über zwei Mädchen zum Thema Magersucht aus dem Jahr 2010. Somit wurde dann der Untertitel „Der Fremde zwischen zwei Welten“ gewählt und im Verlauf der Handlung wiederum vom Romanhelden erwähnt.

Der bereits durch den Roman von Walter Flex belegte Titel „Wanderer zwischen den (beiden) Welten“ hätte die Situation vom Inhalt her auch sehr gut beschreiben können, in der heutigen Zeit eventuell sogar einen positiven Anstrich haben können. Es ist ja eine Bereicherung, wenn man sich in zwei oder mehreren Kulturen zuhause fühlen und sich in ihnen bewegen kann. Aber das ist eben graue Theorie und nur wenn zwei Kulturen positiv gelebt und verbunden werden, dann kann man sich wohl fühlen.

Aber der Romanheld Harun, der ist ja nicht zeitgleich in zwei Kulturen aufgewachsen, sondern wurde eigentlich aus seiner Kindheitswelt entführt, seinen vertrauten Kontaktpersonen entrissen, sollte auf einmal eine neue Sprache lernen und ihm bis dahin fremde Menschen lieben. Und somit beginnt der Roman auch mit der Einleitung, dass er sich auf den Weg zwischen zwei Distanzen begeben hatte, aber irgendwo dazwischen geblieben war, ohne je wirklich angekommen zu sein in einer der zwei Welten.

Ipek Demirtas beschreibt in ihrem zweiten Roman die innere Auseinandersetzung eines scheinbar glücklichen, weil

erfolgreichen Managers, Harun Kara, gebürtiger Türke mit deutschem Pass. Exemplarisch wird an dem Romanhelden Harun die zweite Generation, also Kind einer der ersten angeworbenen Gastarbeiter aus der Türkei, in seinem mustergültigen Werdegang dargestellt. Er bewegt sich auf internationalem Parkett, arbeitet weltweit, reist von Schauplatz zu Schauplatz, genießt Privilegien durch seinen Erfolg, den er durch sehr gute Leistung von Anfang an unter Beweis gestellt hat. Aber seine scheinbar mustergültige „Integration“ stellt eben eine oberflächliche Betrachtung dar, denn in seinem Herzen, in seiner Seele ist er ein Fremder geblieben, ein Entwurzelter und ein Getriebener.



Wintermädchen

Der Fremde zwischen zwei Welten
360 S., Hardcover
24,90 Euro
ISBN: 978-3-86282-061-0

Er, der sich in wechselnden Hotels mehr zu Hause fühlt als in seiner immer noch unfertigen Wohnung, wird aus seinem Geschäftsalltag herauskatapultiert, als er plötzlich eines Tages die Stimme des jüngeren Bruders am anderen Ende des Telefons vernimmt. Sein Bruder, an den er sich nur als Kind erinnern kann und der mit den Eltern 17 Jahre zuvor wieder in die Türkei zurückgekehrt war. Es gibt einen gewichtigen Grund: Der Vater liegt im Sterben. Dieser Anruf rüttelt alles an verdeckten Gefühlen und Erinnerungen offen und es beginnt eine ausführliche Auseinandersetzung mit dieser Gedankenwelt. Die in seinem Kopf schweifenden Gedanken, diese verdrängten Empfindungen, die Vergangenheit, alles sickert ganz langsam kreiselnd in das Tagesgeschäft, in die Zwiegespräche mit dem Ich, aber auch bei Begegnungen und Gesprächen mit Freunden und Bekannten ein.

Es folgt eine detailreiche Auseinandersetzung mit der Situation der ersten Gastarbeiter, ihrer Lebens- und Wohnsituation hier in Deutschland, ein intensiver Blick hinter die Kulissen, kritische Analyse des gelebten Patriarchats innerhalb dieser isolierten Familienverbände. Genau eben diese in Teilzuständen gelebte Unterdrückung und Ausbeutung von Frauen, diese isolierten Kleinherrschersysteme, die sich jedem Streben zur Gleichstellung der Frau innerhalb der demokratischen Grundordnung in unserer Gesellschaft entzog. Und so erkennt die Romanfigur Harun eben auch das Sprachproblem, das Nichtankommen in dem Gastland, da es ja nur vorübergehend zum Geldverdienen gedacht ist. Die Gastarbeiter, sie wollen bleiben, was sie sind, aber Harun will nicht bleiben, was er ist. Er will lernen und fortkommen, und das wollte er ja im Dorf auch schon. Die Welt der Zahlen, die universal verstanden werden. Aber er entfremdet sich dadurch der Welt seiner Eltern und ihrem Verhalten. Sie haben ihr Dorfleben einfach transferiert und besonders das rücksichtslose Verhalten der Männer den Frauen gegenüber im Ausland empört ihn zutiefst.

Ipek Demirtas behandelt die Brüche und Narben, die durch die Entwurzelung und die Verfremdung in Menschen entstehen, mit großer Intensität und sprachlicher Dichte. Eine Intensität, die aus dem eigenen Erleben und dem Sichauseinandersetzen mit der eigenen Herkunft, der Sprache, der Bedeutung von Heimat, mit den Brüchen, der Hoffnung, dem Schmerz, dem Hin- und Hergerissensein zwischen den Ländern und Gesellschaften, der inneren Leere jeweils darin, entstanden ist.

Der Weg zurück in die Vergangenheit, die schmerzliche Auseinandersetzung mit der eigenen Situation, auch mit verschiedenen Lebensmodellen, mit verschiedenen Traditionen, Familienwurzeln, Gemeinschaften, das alles beleuchtet sie mit eindringlicher Sprache und immer wieder zeitversetzt in Rückblenden innerhalb des Handlungsstromes.

Ohne Vergangenheit, keine Zukunft. Und der Romanheld Harun hat seine Vergangenheit in Ostanatolien, da ist die Vergangenheit und da ist sein Ursprung. Die Welt, aus der er kam. Im Inneren, im Herzen, in der Phantasie, und die Stimmen, die aus der Landschaft, aus der Natur sprachen, alle Menschen, die von dem Ort kamen, die Gott gelauscht hatten.

Ipek Demirtas wurde 1967 im kurdischen Bergland Ostanatoliens geboren, verbrachte die ersten sieben Lebensjahre dort bei Verwandten der Eltern im Dorf. Sie wurde von den Eltern, die als Gastarbeiter nach Deutschland angeworben wurden, später geholt und lernte im Verlauf der Grundschulzeit die deutsche Sprache. Sie machte über den zweiten Bildungsweg Abitur, studierte Betriebswirtschaft in Koblenz und arbeitet als Managerin einer großen Wirtschaftsprüfungs-Gesellschaft. Sie unterrichtet als freie Dozentin an der Universität Dortmund.

2009 erschien ihr Debütroman „Die Skulptur“ im ACABUS Verlag.
Wintermädchen ist ihr zweiter Roman aus dem Jahr 2011. ♦

Belgien:
KNK - Kurdistan National Kongress | Zentrale
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 30 84
E-Mail: knk@kongrakurdistan.com

KON-KURD
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 99 53
E-Mail: info@kon-kurd.org

Deutschland:
Ceni | Kurdisches Frauenbüro für Frieden
Corneliusstr. 125
40215 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 5989251
E-Mail: ceni_frauen@gmx.de

YEK-KOM
Graf-Adolf-Str. 70a
40210 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 17 11 451
E-Mail: yekkom@gmx.net
http://www.yekkom.com/

Internationale Initiative Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan
Postfach 100511, D-50445 Köln
Tel: (49) 221 130 15 59
E-Mail: info@freedom-for-ocalan.com
http://www.freedom-for-ocalan.com

ISKU | Informationsstelle Kurdistan e.V.
Büro für Internet und Öffentlichkeitsarbeit
Stahltwiete 10; 22761 Hamburg,
Tel: 040 / 42102845
E-Mail: isku@nadir.org
http://isku.org

Kurd-Akad. | Netzwerk kurdischer AkademikerInnen e.V.
Postfach 102801, 44028 Dortmund
E-Mail: info@kurd-akad.com
http://www.kurd-akad.com

Österreich:
FEY-KOM
Jurekgasse 26
1050 Wien
Tel: (43) 1 - 9718824
E-Mail: info@feykom.at

Italien:
Ufficio d´Informazione del Kurdistan in Italia
UIKI-Onlus
Via Gregorio VII 278, int. 18, 00165 Roma
Tel: (39) 06 - 636892
E-Mail: uiki.onlus@fastwebnet.it
http://www.uikionlus.com

Frankreich:
Centre d'Information du Kurdistan
147 Rue Lafayette; 75010 Paris
Tel: (33) 1 42 81 22 71
E-Mail: knkparis@wanadoo.fr

Schweiz:
KURD-CHR
15 rues des Savoises
1205 Genevre
Tel: (41) 22 32 81 984
E-Mail: kurd-chr@freesurf.ch

Niederlande:
FED-KOM
Sloterkade 10
1058 HD Amsterdam NL
Tel: (31) 20 - 61 41 816
E-Mail: fedko@dds.nl
http://www.fedkom.nl

Dänemark:
FEY-KURD
Victoriagade 16 c, 2 Sal
1655 Kobenhavn
Tel: (45) 33 - 22 89 98
E-Mail: feykurd@kurder.dk
http://www.kurder.dk

Australien:
Australian Kurdish Association Inc.
93 Main Street
Blacktown 2148 Sydney
Tel: (61) 2 - 96 76 72 45

Zypern:
Kypriaki Epitropi Allileggyis sto Kourdistan
Tach. Thyr. 25607
1311 Lefkosia / Kypros
Tel: (357) 2 - 37 42 16
E-Mail: ernk-ky@logos.cy.net

Russländische Föderation:
Mala Kurda
ul. Vilgelma Pika, d. 4/A
129 226 Moskva
Tel./Fax: (70) 95 - 18 71 200
E-Mail: kurdistan_komite@yahoo.com

Ungarn:
KURDISZTÁNI INFORMÁCIÓS ÉS KULTÚRÁLIS EGYESÜLET
Dózsa György út 58; 1076 Budapest
(36) 30 405 8790, (36) 30 873 7521
E-Mail: info@kurdistan.hu
www.kurdistan.hu

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.),
S. Karabulut,
B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU –
Informationsstelle
Kurdistan e.V.
Stahltwiete 10
22761 Hamburg

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
Hamburger Sparkasse
Kto.Nr. 102 021 21 20
BLZ 200 505 50

Internet-Adresse:
www.kurdistanreport.de
k.report@gmx.de

Preise:
Jahresabonnement
6 Exempl. 15,– Euro
plus Portokosten

Einzelexempl.: 2,50 Euro

Titelbild:
Die internationale Delegation protestiert am Militärposten bei Narlı.
Foto: A. Bender

Rückseite:
Die Demokratie der AKP Festnahmen und Inhaftierungen kurdischer PolitikerInnen

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Artikel, LeserInnenbriefe und Fotos sind erwünscht und werden nach Möglichkeit abgedruckt. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.

DIE DEMOKRATIE DER AKP



SEIT APRIL 2009

7748 FESTNAHMEN
3895 INHAFTIERUNGEN

+ TÄGLICH 9 WEITERE INHAFTIERUNGEN

AUS DEN REIHEN KURDISCHER POLITIKERINNEN UND AKTIVISTINNEN ZIVILGESELLSCHAFTLICHER ORGANISATIONEN

ISSN 0935-5375